D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 30
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

24. Juli 1981
Preis 1 DM

Westliche Gipfelkonferenz in Ottawa

Reagan gibt weiter Druck

Von Friedemann Bleicher

Von den Kennzeichnungen, die dem westlichen Wirtschaftsgipfel in Ottawa zuteil wurden, ist sicherlich diese am ehesten zutreffend, daß er politischer und spannungsgeladener war als die vorigen sechs.

Weiter auseinander als je standen die politischen Programme, die dort vertreten waren. Ronald Reagans Erneuerung heuchelnde urkapitalistische Politik auf dem einen Pol, Mitterrands vorsichtige Reformpolitik andererseits. Gegensätze, die verschiedene Entwicklungsrichtungen vertreten und auch Zeugnis dafür sind, daß es den von verschiedensten Seiten behaupteten oder an die Wand gemalten „Trend nach rechts" nicht gibt. Aber bestimmend waren sie nicht für diese Konferenz; bestimmend waren die unterschiedlichen Interessen zwischen den USA und den restlichen Teilnehmern.

Nicht nur die nichtssagende „Politische Erklärung", die in bloß allgemeinsten Formeln von fortdauerndem Aufbau sowjetischer Militärmacht, der Notwendigkeit einer starken eigenen Militärmacht und von Bereitschaft zum Dialog spricht, hat dies deutlich gemacht. Auch bei der Diskussion fast eines jeden der wirtschaftlichen Themen – die wirtschaftliche Entwicklung, die Nord-Süd-Beziehungen, der Ost-West-Handel, die Energiepolitik – stellte sich eine Konstellation her, bei der sich der US-Präsident alleine gegen die Mehrheit oder alle anderen fand. Was noch an Gemeinsamkeiten

und spannungsgeladener war als die vorigen sechs.

Weiter auseinander als je standen die politischen Programme, die dort vertreten waren. Ronald Reagans Erneuerung heuchelnde urkapitalistische Politik auf dem einen Pol, Mitterrands vorsichtige Reformpolitik andererseits. Gegensätze, die verschiedene Entwicklungsrichtungen vertreten und auch Zeugnis dafür sind, daß es den von verschiedensten Seiten behaupteten oder an die Wand gemalten „Trend nach rechts" nicht gibt. Aber bestimmend waren sie nicht für diese Konferenz; bestimmend waren die unterschiedlichen Interessen zwischen den USA und den restlichen Teilnehmern.

Nicht nur die nichtssagende „Politische Erklärung", die in bloß allgemeinsten Formeln von fortdauerndem Aufbau sowjetischer Militärmacht, der Notwendigkeit einer starken eigenen Militärmacht und von Bereitschaft zum Dialog spricht, hat dies deutlich gemacht. Auch bei der Diskussion fast eines jeden der wirtschaftlichen Themen – die wirtschaftliche Entwicklung, die Nord-Süd-Beziehungen, der Ost-West-Handel, die Energiepolitik – stellte sich eine Konstellation her, bei der sich der US-Präsident alleine gegen die Mehrheit oder alle anderen fand. Was noch an Gemeinsamkeiten
geboten wurde, bestätigt diesen Gesamteindruck gerade.

Eine Nord-Süd-Beziehung gibt es für Reagan nicht. Sie ist für ihn Bestandteil der Beziehung, in der die US-Supermacht zur sozialimperialistischen Supermacht steht. Entwicklungspolitik ordnet sich der Absicht *unter*, dem sowjetischen Einfluß in der Dritten Welt zu begegnen und feste Stützpunkte zu schaffen. Daraus folgt auch eine unnachgiebigere Haltung gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer, folgt, daß Globalverhandlungen nur widerwillig hingenommen werden, stattdessen zweiseitige Verhandlungen und Einflußnahme vorgezogen werden.

Auch den Ost-West-Handel betrachtet Reagan in erster Linie als ein Mittel, die Sowjetunion zu bekämpfen (was ihn freilich nicht hinderte, das Getreideembargo aufzuheben). Die Cocom-Liste der NATO möchte er erweitert sehen; sie verzeichnet die Waren, deren Lieferung an die UdSSR ausgeschlossen ist.

Anders stellt sich die Sache für die westeuropäischen Regierungen dar. Sie haben keine weltweite Vormachtstellung zu verteidigen. Auch sie sind auf Expansion aus, aber ihnen erscheint eine Situation der politischen Entspannung, die den normalen Gang ihrer Geschäfte nicht stört, am günstigsten. Begrenztes Entgegenkommen gegenüber der Dritten Welt ist in dieser Politik erforderlich, um den Widerspruch zwischen den beiden Supermächten zu überlagern, und eröffnet außerdem die besten Exportchancen.

Der Ost-West-Handel erschließt für Japan und Westeuropa einen Markt, der exakt auf ihre Exportstärke paßt. Japan hat dieser Tage einen neuen Großauftrag aus Moskau abgeschlossen, Westeuropa wird von dem Röhren-Gas-Geschäft mit der UdSSR nicht lassen. Ist doch solch ein Leckerbissen zur Auslastung überdimensionierter Röhrenwerke nicht alle Tage greifbar – und auch die Energieabhängigkeit von den US-Ölkonzernen (und den USA) vermindert sich!

Reagans Vorstöße, etwa gegen das Röhren-Gas-Geschäft, stießen auf deutliche Ablehnung. Doch um so mehr ließ er Härte erkennen, wo ihm die Verbündeten ausgeliefert sind. Die USA würden nicht von ihrer Zinspolitik abgehen, hatten Repräsentanten der US-Regierung und ihrer Notenbank bereits vor der Konferenz erklärt. Darunter aber leidet inzwischen die ganze außeramerikanische Wirtschaft, und der französische Präsident warnte gar vor der Gefahr einer sozialen Revolution in Frankreich infolge der Auswirkungen der Hochzinspolitik Washingtons, während andere weniger dramatisch andeuteten, sie könnten wegen dieser Politik die geforderten Militärausgaben nicht finanzieren.

Um die Sprengkraft dieser im stillen wirkenden wirtschaftlichen Vorgänge zu zeigen, soll es genügen, auf die wichtigsten Auswirkungen hinzuweisen.

Die hohen Zinsen in den USA (Großkredite kosten 20%) sind politisch festgesetzt. Sie passen auf die wirtschaftliche Lage *dort* (hauptsäch-

zur Auslastung überdimensionierter Röhrenwerke nicht alle Tage greifbar – und auch die Energieabhängigkeit von den US-Ölkonzernen (und den USA) vermindert sich!

Reagans Vorstöße, etwa gegen das Röhren-Gas-Geschäft, stießen auf deutliche Ablehnung. Doch um so mehr ließ er Härte erkennen, wo ihm die Verbündeten ausgeliefert sind. Die USA würden nicht von ihrer Zinspolitik abgehen, hatten Repräsentanten der US-Regierung und ihrer Notenbank bereits vor der Konferenz erklärt. Darunter aber leidet inzwischen die ganze außeramerikanische Wirtschaft, und der französische Präsident warnte gar vor der Gefahr einer sozialen Revolution in Frankreich infolge der Auswirkungen der Hochzinspolitik Washingtons, während andere weniger dramatisch andeuteten, sie könnten wegen dieser Politik die geforderten Militärausgaben nicht finanzieren.

Um die Sprengkraft dieser im stillen wirkenden wirtschaftlichen Vorgänge zu zeigen, soll es genügen, auf die wichtigsten Auswirkungen hinzuweisen.

Die hohen Zinsen in den USA (Großkredite kosten 20%) sind politisch festgesetzt. Sie passen auf die wirtschaftliche Lage *dort* (hauptsäch-
lich wegen der höheren Inflation). Doch der Mechanismus der internationalen Finanzbeziehungen zwingt die Notenbanken auch in den anderen Ländern zu Maßnahmen, die dort das Zinsniveau ebenfalls auf eine neue Höhe treiben.

Auf die wirtschaftliche Lage in den meisten anderen Ländern passen derart hohe Zinsen überhaupt nicht. Sie verteuern die Kredite. Ein Kredit, für den vorher vielleicht fünf Prozent Zins zu zahlen waren, muß jetzt mit zehn Prozent honoriert werden. In der wirtschaftlichen Praxis aber wird kaum ein Geschäft ohne Kredit abgewickelt. Jede Investition wird per Kredit finanziert, selbst jedes größere Warengeschäft. Sind die Zinsen unbezahlbar geworden, so müssen die Geschäfte eingeschränkt werden. Können neue Kredite zur Begleichung fälliger Zahlungen wegen der gestiegenen Zinsen nicht mehr abgeschlossen werden, so geht der Kapitalist pleite.

Um diese Auswirkungen der amerikanischen Zinspolitik geht es vor allem. Sie führt zu einer Einschränkung der Investitionen und des Handels, für deren normalen Gang flüssiger Kredit unabdingbare Voraussetzung ist. Und sie führt zu einer Welle von Konkursen. Das natürlich behagt den US-Verbündeten nicht.

Auch in offiziellen Kreisen soll von US-Diktatur die Rede sein. Es wird aber auch gekuscht; wirksame Maßnahmen zu ergreifen wagen die westeuropäischen Regierungen nicht. Und dort, wo sie mal „Selbständigkeit" gegenüber den USA vorgeben, wie beim Röhren-Gas-Geschäft, lassen sie sich auf gefährliche Kuhhändel mit der anderen Supermacht ein.



Hamburg. Als Gegenveranstaltung zum Internationalen Gerontologenkongreß hielten Selbsthilfegruppen von Rentnern den „Altentag 1981" ab. Mit einer Demonstration trugen sie ihre Forderungen an die Öffentlichkeit. (Artikel S. 5)

Israelische Angriffe auf den Libanon Beginn eines neuen Nahost-Krieges?

lup. Noch während die Krise zwischen Israel und Syrien über die syrischen SAM-6-Raketen in der libanesischen Bekaa-Ebene schwelt, Reagan-Emissär Habib zwischen Israel und verschiedenen arabischen Hauptstädten pendelt, eröffnet die Begin-Regierung eine weitere Front. Die israelische Armee greift palästinensische Flüchtlingslager und PLO-Stellungen im Südlibanon an.

Führung des Likud-Blockes, läßt erklären, Israel werde sich auch in Zukunft das Recht nehmen, PLO-Büros auch dann zu bombardieren, wenn sie inmitten dichtbesiedelter Wohngebiete liegen. Ziel der Angriffe sei die Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon. – Wohin? Ins Meer? Auf palästinensischem Gebiet liegen heute Israel und die von Israel besetzten Gebiete.



Hamburg. Als Gegenveranstaltung zum Internationalen Gerontologenkongreß hielten Selbsthilfegruppen von Rentnern den „Altentag 1981" ab. Mit einer Demonstration trugen sie ihre Forderungen an die Öffentlichkeit. (Artikel S. 5)

Israelische Angriffe auf den Libanon Beginn eines neuen Nahost-Krieges?

lup. Noch während die Krise zwischen Israel und Syrien über die syrischen SAM-6-Raketen in der libanesischen Bekaa-Ebene schwelt, Reagan-Emissär Habib zwischen Israel und verschiedenen arabischen Hauptstädten pendelt, eröffnet die Begin-Regierung eine weitere Front. Die israelische Armee greift palästinensische Flüchtlingslager und PLO-Stellungen im Südlibanon an.
Aufgrund eines Abkommens mit der libanesischen Regierung hatte die PLO von dort aus seit längerem keine Aktionen mehr gegen Israel vorgetragen. Nach den israelischen Angriffen beschießen palästinensische Guerillas nordisraelische Dörfer. Die israelischen Verluste halten sich in Grenzen. Israelische Bomber fliegen daraufhin Angriffe auf das Zentrum Beiruts, um, wie sie sagen, den Kopf des palästinensischen „Terrors" zu vernichten. 123 Zivilisten werden nach PLO-Angaben getötet. Gleichzeitig werden durch israelische Angriffe mehrere Brücken zerstört, die Beirut mit dem Südlibanon verbinden. Erneut antworten palästinensische Guerillas mit Angriffen auf nordisraelische Dörfer. Israel setzt daraufhin Bodentruppen in Südlibanon ein und versucht, südlibanesische Dörfer von der Küste her mittels Kampfhubschraubern anzugreifen. Der UNO-Sicherheitsrat verlangt die Einstellung der Angriffe, auf Druck der USA allerdings ohne den Aggressor beim Namen zu nennen. Die USA verschieben die Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen an Israel. Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat erklärt, das palästinensische Volk befinde sich bereits im Krieg mit Israel, und fordert von den arabischen Staats- und Regierungschefs direkte Unterstützung. Gleichwohl erklärt Arafat die Bereitschaft der PLO, einem Waffenstillstand mit Israel zuzustimmen, wenn Israel seine Luftangriffe und alle anderen militärischen Aktionen im Libanon einstellt.

Israels Ministerpräsident Menachim Begin, noch in Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung unter

Führung des Likud-Blockes, läßt erklären, Israel werde sich auch in Zukunft das Recht nehmen, PLO-Büros auch dann zu bombardieren, wenn sie inmitten dichtbesiedelter Wohngebiete liegen. Ziel der Angriffe sei die Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon. – Wohin? Ins Meer? Auf palästinensischem Gebiet liegen heute Israel und die von Israel besetzten Gebiete.
Daß die Palästinenser bereit sind, mit Juden und Christen in einem nichtzionistischen, demokratischen palästinensischen Staat zusammenzuleben, ist Bestandteil des Programms der PLO. Daß die PLO auch bereit wäre, in Teilen Palästinas, auf den Westbanks und im Gaza-Streifen, einen palästinensischen Staat zu errichten, der mit Israel koexistieren würde, wenn Israel das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt, hat die PLO indirekt erklärt. Es sind nicht die Palästinenser, die die Existenz der Juden bedrohen. Es ist der auf der Vertreibung der Palästinenser beruhende Staat Israel, der das palästinensische Volk immer von neuem bedroht und vertreibt.

Die gegenwärtige Zuspitzung der Situation im Nahen Osten ist durch Israel absichtlich und zielstrebig betrieben worden. Es spricht manches dafür, daß es Begin wie 1978 direkt auf einen neuen, großangelegten Einmarsch in den Libanon anlegt. Die Zerstörung der Verbindungslinien zwischen Beirut und dem Süden soll offenbar schon im Vorfeld eines solchen Krieges die PLO-Stützpunkte von ihren rückwärtigen Verbindungen abschneiden.

Der US-Regierung kommt diese Entwicklung offenbar nicht direkt gelegen, die die arabischen Staaten trotz vielfältiger Differenzen untereinander gegen die israelischen Expansionisten und ihren amerikanischen Ziehvater zusammenschweißen muß. Trotzdem, bei einem neuen Nah-Ost-Krieg wird man die amerikanische Regierung unbedingt auf der Seite Israels finden. Die Gefahr, daß es dabei zu einem Zusammenstoß der beiden Supermächte in dieser Region kommt, ist dann ziemlich groß.

Polen – weder vor noch zurück

gek. Die Begeisterung der westlichen Presseleute für Verlauf und Ergebnis des außerordentlichen Parteitags der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hatte etwas Erheiterndes und dürfte zur Beurteilung in Polen selbst einigermaßen konträr gestanden haben. Die Erleichterung, daß es wegen Polen unmittelbar keine internationalen Scherereien geben wird – die Sowjetunion hat den Parteitag grollend und unter strikter Aufsicht, aber immerhin stattfinden lassen –, sorgte schon gleich für leichte Euphorie, und die demokratischen Prozeduren gaben der Angelegenheit fast die Spannung eines westlichen Parteitags, mit allerhand Kabalen, Kungeleien, Indiskretionen etc.pp.

Was hat der Parteitag geleistet? Er hat aus der Mitte des Delegiertenkörpers in tadelloser demokratischer Prozedur ein neues, 200-köpfiges ZK gewählt sowie aus (pro forma) zwei Kandidaten einen Ersten Sekretär des ZK, d.h. Parteivorsitzenden. Sodann hat er diese Wahlprozedur in einem Statut festgehalten; definitiv muß dies Statut aber noch ausgearbeitet und auf einer Sonderkonferenz verabschiedet werden. Den Entwurf für neue Programmthesen der Partei hat der Parteitag nur noch am letzten Tag per Abstimmung durchgenommen, abschnittsweise, mit diesen und jenen Änderungen, die den allgemeinen Eindruck nicht verbergen konnten, daß es sich um eine hohle Deklaration ohne praktische Bedeutung handele. Bis in zweieinhalb Jahren, zum nächsten Kongreß, soll ein wirkliches neues Programm ausgearbeitet werden. Dafür soll eine Kommission berufen werden. Eine andere Kommission soll eine neue

merhin stattfinden lassen –, sorgte schon gleich für leichte Euphorie, und die demokratischen Prozeduren gaben der Angelegenheit fast die Spannung eines westlichen Parteitags, mit allerhand Kabalen, Kungeleien, Indiskretionen etc.pp.

Was hat der Parteitag geleistet? Er hat aus der Mitte des Delegiertenkörpers in tadelloser demokratischer Prozedur ein neues, 200-köpfiges ZK gewählt sowie aus (pro forma) zwei Kandidaten einen Ersten Sekretär des ZK, d.h. Parteivorsitzenden. Sodann hat er diese Wahlprozedur in einem Statut festgehalten; definitiv muß dies Statut aber noch ausgearbeitet und auf einer Sonderkonferenz verabschiedet werden. Den Entwurf für neue Programmthesen der Partei hat der Parteitag nur noch am letzten Tag per Abstimmung durchgenommen, abschnittsweise, mit diesen und jenen Änderungen, die den allgemeinen Eindruck nicht verbergen konnten, daß es sich um eine hohle Deklaration ohne praktische Bedeutung handele. Bis in zweieinhalb Jahren, zum nächsten Kongreß, soll ein wirkliches neues Programm ausgearbeitet werden. Dafür soll eine Kommission berufen werden. Eine andere Kommission soll eine neue
Parteigeschichte schreiben.

Seine eigentliche Aufgabe hat der Kongreß überhaupt nicht erfüllt: die Grundlinien der dringend notwendigen Wirtschaftsreform und künftigen Wirtschaftsverfassung festzulegen und ein Programm dringender Notmaßnahmen aufzustellen. Dies in einer Lage, wo sich der wirkliche finanzielle und wirtschaftliche Kollaps des Landes anbahnt. Im Juni ist die Produktion nochmal um 17% zurückgegangen, und je weniger vom vorhandenen Geld sich in Ware umsetzen kann, um so hektischer läuft die Notenpresse.

Die neue, personell weitgehend ausgewechselte Parteiführung kann sich auf ein quasi demokratisches Mandat berufen. Aber für was wird sie es einsetzen? Da sich für revolutionär durchgreifende Reformmaßnahmen auf diesem Kongreß nur ganz vereinzelte Stimmen erhoben haben, wird es ein Kurs der schrittweisen Restauration des erschütterten Staatsmonopols sein, abgesichert durch eine „maßvolle" Entscheidungsfreiheit der Betriebe, Wojewodschaften und Kommunen. Die Krise wird so aber wahrscheinlich nicht bereinigt, die Mehrheit der Gesellschaft damit nicht leben können. Die Sowjetunion kann auf den absehbaren Zusammenstoß zwischen Staatsmacht und Arbeiterbewegung in Polen zuwarten, und das ist offensichtlich auch ihre neu eingeschlagene Taktik. Die Kompromisse, die bei LOT (wo sich die Belegschaft selbst einen Direktor gewählt hatte) und in den Häfen gefunden wurden, ähneln wohl eher Waffenstillständen.

(Fortsetzung Seite 8)

Nacheheliche Treue der Frau ein Verfassungsgebot?

Von Gerd Koenen

Die Herren Verfassungsrichter haben in einem dritten Grundsatzurteil zum reformierten Ehe- und Scheidungsrecht von 1977 letzte Woche für Recht erkannt und verkündet:

Eine Mutter von sechs Kindern, die ihren Ehemann verlassen hat und nun mit ihrem Liebhaber zusammenlebt, kann nicht mehr wie bisher automatisch einen Unterhaltsanspruch gegenüber ihrem vormaligen Gatten geltend machen. Indem sie einen Liebhaber hat, sich aber nicht von neuem ehelich an ihn bindet, hat sie sich einer ,,Verletzung der Rechte des Mannes'' schuldig gemacht, der in diesem Fall die ,,Härteklausel'' des Gesetzes geltend machen kann. Wer den Ehepartner verläßt, dürfe ,,sich nicht deshalb seines Unterhaltsanspruchs sicher sein, weil er ein gemeinsames Kind mit sich nimmt, und zwar selbst dann nicht, wenn er meint, es wegen der Berufstätigkeit seines Ehepartners besser versorgen zu können'', so das Gericht. Bei der jetzigen Regelung könne ein Ehegatte nämlich geradezu verleitet werden, ,,sich beim Auftreten ehelicher Schwierigkeiten nicht mehr um den Erhalt der Ehe zu bemühen, sondern sich stattdessen – unter Mitnahme des Kindes – einem anderen Partner zuzuwenden''. ,,Derartige ehebeeinträchtigende Wirkungen unterhaltsrechtlicher Regelungen'' seien mit dem Art. 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter den starken Schutz des Staates stellt, nicht zu vereinbaren.

Dieser komisch furchterregende Keuschheitsgürtel, der da mit heiligem Eifer geschmiedet wird – eine geschiedene Frau hat sich also der Aufzucht ihrer Kinder zu widmen und sonst gar nichts, es sei denn, sie heiratet wieder – mag wunderlich antiquiert erscheinen in einer Gesellschaft, die den ,,Sex'' zur allseits käuflichen Ware gemacht hat. Aber praktisch wie theoretisch gehört das zusammen. Jede menschliche Beziehung muß hier die Form einer Rechtsbeziehung annehmen, Kauf, Miete, Ehe, Scheidung oder sonst was. Auch das reformierte Scheidungsrecht hat die Ehe – für die Masse der arbeitenden Bevölkerung eine einfache Solidargemeinschaft zweier Menschen – rechtlich streng als eine bürgerliche Erb- und Besitzgemeinschaft gefaßt, mit allen daraus folgenden Gehässigkeiten. Und der ,,Besitzende'', der kleine, miese Bourgeois in der Ehe ist in aller Regel der Mann. Es ist die Frau, die Unterhaltsansprüche geltend machen muß.

Die Eherechtsreform von 1977 mit ihren gestärkten Versorgungsansprüchen der Frau hat in der Justizpraxis zu dem scheinbar paradoxen Resultat geführt, daß der fiktive Bourgeois von Mann, dessen künftige Lohneinkommen und Rentenbezüge da kapitalisiert und aufgeteilt werden, als wär's Vermögen und Besitz, in die Position gebracht ist, auch nach zerrütteter Ehe seiner früheren Frau hinterherzuschnüffeln, ihr möglichst *nacheheliche Untreue* nachzuweisen, um aus seinen eigenen nachehelichen Zahlpflichten herauszukommen. In der Praxis haben die Gerichte, die lila Herrenriege aus Karlsruhe vornweg, das ,,Zerrüttungsprinzip'' des neuen Rechts dem ,,Schuldprinzip'' des alten Rechts wieder erheblich angenähert.

Solche juristischen Bleigewichte bindet die herrschende Klasse der arbeitenden durchaus mit Vorbedacht an die Füße. Mit christlich-heuchlerischer Reaktion werden die Frauen wieder fester an den Eheherrn gekettet. Nur muß man bei allem nicht vergessen, daß die eigentliche Gehässigkeit nicht so sehr im Gesetz und Recht liegt als im sozialen Leben selbst: in der materiellen Enge der Existenz als Lohnabhängiger, die die Ehe zur Zwangsgemeinschaft macht, und das auch noch nach der Scheidung; in der verknöcherten gesellschaftlichen Arbeits- und Rollenteilung, die den Frauen schon als Mädchen die Flügel stutzt oder sie sogar als ,,Hausfrauen'' zur stillen Arbeitsmarkt-Reserve verurteilt, mit allen Resten der Familiensklaverei, die daraus folgen. Das Recht kann eben, nach Marx' bekanntem Satz, nie höher sein als die soziale Gestaltung, aus der es entspringt. Umgekehrt natürlich: Die Karlsruher Reaktion muß man bekämpfen, um diese ,,soziale Gestaltung'' endlich beseitigen zu können.

Mitgegangen – Mitgefangen – Mitgehangen?

Den Nürnberger Massenverhaftungen soll jetzt Massenaburteilung folgen

dic.Nürnberg. 141 Haftbefehle hatten die Nürnberger Ermittlungsrichter nach der Demonstartion am 5. März fabriziert. Zweien der 141 will die Staatsanwaltschaft nachgewiesen haben, daß sie bei dieser Demonstration eigenhändig Steine warfen und Fenster beschädigten. Aber wäre es nicht ein Eingeständnis eigenen Unrechts gewesen, wenn die Justiz die übrigen 139 Verfahren eingestellt hätte? Deshalb: Einstellung nur bei den 59, denen nicht einmal die Teilnahme an der Demonstration nachgewiesen werden konnte. 17 Anklagen an eine große Strafkammer. Etwa ebensoviele Anklagen an eine weitere große Strafkammer. 32 Anklagen gegen Heranwachsende, die der Jugendkammer vorgelegt werden. Bei einigen Jugendlichen soll von Verfolgung abgesehen werden.

Zunächst eine Bemerkung zu den Einstellungen. Von vornherein war klar, daß weit über 20 der Verhafteten nicht an der Demonstration teilgenommen hatten. Staatsanwalt Schmidt mußte zugeben, daß er bewußt auch Unschuldige hatte verhaften lassen. Trotzdem heißt es in – wohl allen – Einstellungsverfügungen: ,,D(er) Besch(uldigte) steht zwar in dem Verdacht, an der geschilderten Aktion teilgenommen und die gewalttätigen Ausschreitungen billigend in Kauf genommen zu haben. D(er) Besch(uldigte) ist jedoch nicht mit ... zur Anklageerhebung ausreichenden Sicherheit zu überführen.'' Im Klartext: Tatsächlich werden alle dabeigewesen sein, bei keinem ist die Unschuld erwiesen – jede einzelne Verhaftung war gerechtfertigt.

Vor den großen Strafkammern der Landgerichte werden üblicherweise Fälle schwerer Kriminalität angeklagt wie Raub, Vergewaltigung oder Totschlag. Es bedarf schon einiger Anstrengungen, um etwa 70 Demonstranten, von denen allenfalls zwei nachweisbar einen Stein in der Hand hatten, vor das Landgericht zu zerren.

Nach §125 StGB wird wegen Landfriedensbruch bestraft, wer als Täter oder Teilnehmer Gewalttätigkeiten aus einer Demonstration gegen Personen oder Sachen begeht. Wer nur an einer gewalttätigen Demonstration teilnimmt, wird nicht bestraft. Die Hauptanstrengung der Staatsanwaltschaft ist nun darauf gerichtet, aus etwa 150 einzelnen Teilnehmern der Demonstration einen einheitlichen Pulk, eine einförmige schreiende, tobende, steinewerfende und gewalttätige Masse zu machen. Die Formel vom ,,bewußten und gewollten Zusammenwirken'' wird strapaziert. Alle Demonstrationsteilnehmer sollen von vornherein zu Gewalttätigkeiten entschlossen gewesen sein, nachdem sie zuvor einen Film über die holländischen Kraker gesehen hätten und danach aus einer gewalttätigen Gruppe heraus ,,laßt uns spazierengehen, wir wollen jogging'' gerufen wurde.

Zahlreiche der Verhafteten hatten vor dem Ermittlungsrichter ihre Teilnahme an der Demonstration zugegeben und gleichzeitig angegeben, sie hätten an gewalttätigen Handlungen nicht teilgenommen. Für die Aussage wurde ihnen Entlassung aus der Haft versprochen, die auch erfolgte. Und demonstrieren sei ja nicht verboten, das könne man ja zugeben. In der Anklage heißt es jetzt, die Angaben der Demonstranten, sie hätten sich von Gewalttätigkeiten distanziert, seien widerlegt. Kein Polizist habe distanzierende Rufe gehört. Und wenn man nur zwei Steinewerfer identifiziert habe, sei das der beste Beweis dafür, wie gut diese Masse diese vor den Blicken der Polizei abgeschirmt habe.

Im übrigen enthält die Anklage langatmige Ausführungen über gewaltsame Demonstrationen vor dem 5. März, bei denen die Demonstranten die Polizei austricksten. Die Methode der Massenverhaftung wird so als einziges wirksames Mittel gegen ,,Amsterdamer Praktiken'' dargestellt.

Die Anklagen stellen wohl mehr dar als den Versuch, peinliches Fehlverhalten der Justiz bei den Massenverhaftungen im Nachhinein trotzköpfig zu rechtfertigen. Sie zielen vielmehr auf eine drastische Einschränkung des Demonstrationsrechts. Welcher Teilnehmer weiß schon im voraus, ob auf der Demonstration ein Stein fliegt? Bei welcher Demonstration geht man in lockeren Gruppen und nicht im ,,Pulk''? Und wer geht noch zu einer Demonstration, wenn er mit wochenlanger Haft und Anklage zum Landgericht rechnen muß, auch wenn er nur mitläuft? Die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts durch CDU/CSU wäre überflüssig.

Aber je mehr der Luftballon aufgeblasen wird, desto leichter kann er platzen. Die Anklagen bieten von ihrem juristisch überspitzten Konzept her gute Ansatzpunkte für eine wirksame Verteidigung. Und wie mit den Verhaftungen wird die Justiz mit den Massenanklagen auf Widerstand bis in die Reihen von SPD, FDP, evangelischer Kirche und DGB stoßen.



ne ein Ehegatte nämlich geradezu verleitet werden, ,,sich beim Auftreten ehelicher Schwierigkeiten nicht mehr um den Erhalt der Ehe zu bemühen, sondern sich stattdessen – unter Mitnahme des Kindes – einem anderen Partner zuzuwenden''. ,,Derartige ehebeeinträchtigende Wirkungen unterhaltsrechtlicher Regelungen'' seien mit dem Art. 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter den starken Schutz des Staates stellt, nicht zu vereinbaren.

Dieser komisch furchterregende Keuschheitsgürtel, der da mit heiligem Eifer geschmiedet wird – eine geschiedene Frau hat sich also der Aufzucht ihrer Kinder zu widmen und sonst gar nichts, es sei denn, sie heiratet wieder – mag wunderlich antiquiert erscheinen in einer Gesellschaft, die den ,,Sex'' zur allseits käuflichen Ware gemacht hat. Aber praktisch wie theoretisch gehört das zusammen. Jede menschliche Beziehung muß hier die Form einer Rechtsbeziehung annehmen, Kauf, Miete, Ehe, Scheidung oder sonst was. Auch das reformierte Scheidungsrecht hat die Ehe – für die Masse der arbeitenden Bevölkerung

,,Schuldprinzip'' des alten Rechts wieder erheblich angenähert.

Solche juristischen Bleigewichte bindet die herrschende Klasse der arbeitenden durchaus mit Vorbedacht an die Füße. Mit christlich-heuchlerischer Reaktion werden die Frauen wieder fester an den Eheherrn gekettet. Nur muß man bei allem nicht vergessen, daß die eigentliche Gehässigkeit nicht so sehr im Gesetz und Recht liegt als im sozialen Leben selbst: in der materiellen Enge der Existenz als Lohnabhängiger, die die Ehe zur Zwangsgemeinschaft macht, und das auch noch nach der Scheidung; in der verknöcherten gesellschaftlichen Arbeits- und Rollenteilung, die den Frauen schon als Mädchen die Flügel stutzt oder sie sogar als ,,Hausfrauen'' zur stillen Arbeitsmarkt-Reserve verurteilt, mit allen Resten der Familiensklaverei, die daraus folgen. Das Recht kann eben, nach Marx' bekanntem Satz, nie höher sein als die soziale Gestaltung, aus der es entspringt. Umgekehrt natürlich: Die Karlsruher Reaktion muß man bekämpfen, um diese ,,soziale Gestaltung'' endlich beseitigen zu können.

genommen und die gewalttätigen Ausschreitungen billigend in Kauf genommen zu haben. D(er) Besch(uldigte) ist jedoch nicht mit ... zur Anklageerhebung ausreichenden Sicherheit zu überführen.'' Im Klartext: Tatsächlich werden alle dabeigewesen sein, bei keinem ist die Unschuld erwiesen – jede einzelne Verhaftung war gerechtfertigt.

Vor den großen Strafkammern der Landgerichte werden üblicherweise Fälle schwerer Kriminalität angeklagt wie Raub, Vergewaltigung oder Totschlag. Es bedarf schon einiger Anstrengungen, um etwa 70 Demonstranten, von denen allenfalls zwei nachweisbar einen Stein in der Hand hatten, vor das Landgericht zu zerren.

Nach §125 StGB wird wegen Landfriedensbruch bestraft, wer als Täter oder Teilnehmer Gewalttätigkeiten aus einer Demonstration gegen Personen oder Sachen begeht. Wer nur an einer gewalttätigen Demonstration teilnimmt, wird nicht bestraft. Die Hauptanstrengung der Staatsanwaltschaft ist nun darauf gerichtet, aus etwa 150 einzelnen Teilnehmern der Demonstration einen einheitlichen Pulk, eine einförmige schreiende, tobende, steinewerfende und gewalttätige Masse zu machen. Die Formel vom ,,bewußten und gewollten Zusammenwirken''

austricksten. Die Methode der Massenverhaftung wird so als einziges wirksames Mittel gegen ,,Amsterdamer Praktiken'' dargestellt.

Die Anklagen stellen wohl mehr dar als den Versuch, peinliches Fehlverhalten der Justiz bei den Massenverhaftungen im Nachhinein trotzköpfig zu

platzen. Die Anklagen bieten von ihrem juristisch überspitzten Konzept her gute Ansatzpunkte für eine wirksame Verteidigung. Und wie mit den Verhaftungen wird die Justiz mit den Massenanklagen auf Widerstand bis in die Reihen von SPD, FDP, evangelischer Kirche und DGB stoßen.



MdB Hansen aus der SPD ausgeschlossen

gkr. Die 3köpfige Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein hat am Montag ihren Spruch gefällt: Hansen habe mit seiner Kritik an der Bundesregierung bewußt und gewollt, vorsätzlich und erheblich gegen das Solidaritätsangebot der Sozialdemokratie verstoßen und damit der Partei großen Schaden zugefügt. Er hatte der Regierung Schmidt Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk vorgeworfen. Die Jusos verurteilten die Entscheidung. Hansen will, gestützt auf eine Unterschriftensammlung mit 15000 Unterzeichnern in der Partei, vor die Bundesschiedskommission gehen und sein Bundestagsmandat behalten.

Gesamtschulgesetz in NRW verabschiedet

vol. Mit den Stimmen der SPD-Fraktion hat der NRW-Landtag das Gesamtschulgesetz in der letzten Woche verabschiedet. Trotz einiger kleiner Änderungen ist der schlechte Kompromißcharakter des Gesetzes geblieben. Positiv geändert wurde, daß die Einführung der Gesamtschule als Regel etwas hervorgehoben wurde, die Stellung der anderen Schularten damit etwas abgeschwächt wird; weiterhin wird die Lehrerstundenzahl bei 24 Stunden pro Woche bleiben, die Gesamtschulen sollen Ganztagsschulen sein. Trotzdem wird der Bestand des dreigliedrigen Schulsystems neben der Gesamtschule garantiert, insbesondere wird die Frage der Beibehaltung der dreigliedrigen Schulen oder der Einführung der Gesamtschulen zu einer rein bürokratischen Entscheidung der Schulentwicklungspläne gemacht. Die CDU hat, in einem aufsehenerregenden Schwenk ihrer Position, sich grundsätzlich mit der Gesamtschule neben dem dreigliedrigen Schulsystem einverstanden erklärt und will sich jetzt auf die gesetzliche Fixierung der Schulinhalte konzentrieren.

Bayern: Spitzelerlaß für Lehrer

meu.Nürnberg. Wie erst jetzt durch die bayrische GEW bekannt wurde, hat Kultusminister Maier am 26. Mai verfügt, daß die Lehrer aller Schulen meldepflichtig sind über alle ihnen bekannten Aktivitäten der Friedensbewegung in den jeweiligen Orten. Rapportpflichtig sind die Lehrer gegenüber dem Schulleiter über alle Abstimmungen und Unterschriftensammlungen an Schulen, darüberhinaus ,,in Betrieben, auf Veranstaltungen, in Jugendringen und Verbänden''. Darüberhinaus sollen sie erkunden, wo die Kirchen Glocken für den Frieden läuten lassen, Gottesdienste, Gebetsstunden usw. zu diesem Thema abhalten und wo ,,gemeinsame Aktionen mit demokratischen Soldaten bzw. vor Kasernen'' geplant oder Initiativen für den Friedensunterricht an Schulen bekannt sind. Die GEW nennt diese Anordnung in einem Protestschreiben eine ,,Aufforderung zur Denunziation''. Kommunale Vertreter der Schulbehörden mochten sich bisher noch nicht zu diesem Spitzelerlaß äußern, das Kultusministerium hüllt sich in Schweigen.

Itzehoer Bürgerinitiative – kriminelle Vereinigung?

gkr. Die Staatsanwaltschaft in Schleswig hat ein Ermittlungsverfahren gegen die Itzehoer Bürgerinitiative ,,Weiße Rose'' wegen Verdachts auf Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung eingeleitet. Anlaß: Anschläge auf Baufahrzeuge von Firmen, die am Bau des AKWs Brokdorf beteiligt sind. Stillegen von LKWs und Durchschneiden eines langen Förderbandes einer örtlichen Zementfabrik – allenfalls Sachbeschädigung – wird jetzt als terroristischer Gewaltakt behandelt. Im Zuge der Ermittlungen wurden kürzlich die Wohnungen von sieben BI-Mitgliedern, allerdings ohne Erfolg, durchsucht. – Mit Bekanntmachung vm 12.6.81 wurde inzwischen die beabsichtigte Errichtung eines Kompaktlagers für Atommüll in Brokdorf bekanntgegeben – ein Eingeständnis, daß die Entsorgung über lange Zeit noch nicht gelöst sein wird. Von den Betroffenen in der Wilster Marsch wird dagegen durch Unterschriften Einspruch erhoben.

WDR-Redakteure gemaßregelt

gkr. Beim WDR gibt es Krach wegen des NATO-Doppelbeschlusses. Mehr als 60 WDR-Redakteure, darunter fast die ganze Kölner ,,Tagesschau''- und ,,Tagesthemen''-Redaktion, hatten eine Anzeige gegen die Nachrüstung unterschrieben, in der der NATO u.a. vorgeworfen wird, mit dem Beschluß ,,werde eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet''. Chefredakteur Theo M. Loch und Stellvertreter Casdorff riefen die Redakteure zur Ordnung. Wichtige Fakten wären in der Anzeige beiseite gelassen. Loch: ,,Es geht überhaupt nicht um das Recht des einzelnen, eine Anzeige zu unterschreiben. Aber ein politischer Redakteur, der differenziert arbeiten muß, kann nicht einfach Fakten beiseite schieben. Er muß berücksichtigen, daß sonst seine Glaubwürdigkeit von anderer Seite in Zweifel gezogen werden kann.'' Also doch Maßregelung.

SFB-Filmmaterial: Beschlagnahme rechtens

gkr. Am vergangenen Freitag hat das Landgericht Moabit in Berlin entschieden: Die Beschlagnahme von ungesendetem Filmmaterial über eine Straßenschlacht durch die Berliner Staatsanwaltschaft war zulässig. Das Landgericht hatte damit in letzter Instanz den Spruch des Amtsgerichts, gegen den SFB und ZDF Beschwerde eingelegt hatten, zurückgewiesen. Das Urteil bedeutet eine Einschränkung der Pressefreiheit, denn welcher Teilnehmer einer Demonstration soll nicht hinter jedem Pressefotografen einen – vielleicht unfreiwilligen – Polizeispitzel vermuten? Die Staatsanwaltschaft, die steinewerfende Demonstranten mit den Bildern identifizieren will, behauptet, nicht sie, sondern die Demonstranten bedrohten in Wirklichkeit die Pressefreiheit. Professor Fritz Eberhard, Miglied des Parlamentarischen Rates, in einem Kommentar für die taz: ,,Die Pressefreiheit, hier speziell die Freiheit der Kameramänner, frei zu berichten, ist essentiell für den Bestand der Demokratie. Das Landgericht hat die Pressefreiheit in diesem Fall nicht ausreichend berücksichtigt und hat eine falsche Abwägung getroffen.''

Stärkster Anstieg bei Rauschgiftdelikten und Diebstahl

gkr. Nachdem sich die Innenminister der Länder auf ihrer Sitzung am 12. Juni mit der Kriminalstatistik für 1980 befaßt hatten, wurde diese jetzt veröffentlicht. 3,816 Mio. Straftaten wurden danach insgesamt im vergangenen Jahr registriert, das sind 9% mehr als im davorliegenden Jahr. Mit 2,402 Mio. Jahr registriert, das sind 9% mehr als im davorliegenden Jahr. Mit 2,402 Mio. (63,9%) machen Diebstähle den weitaus größten Teil aus. Neben den Ladendiebstählen fallen hierunter vor allem Fahrraddiebstähle (358865; + 22,8% gegenüber 1979), Diebstähle von und aus Automaten (73333 Fälle; + 22,8%) und Kfz-Diebstähle (297131 Fälle; + 2,5%). Vor allem diese Straftaten haben auch zugenommen. Die stärkste Zunahme im vergangenen Jahr aber ist bei den sogenannten Rauschgiftdelikten zu verzeichnen mit 21,3%. Diese Straftaten kann man als durchaus typisch für die Straftaten besonders von Jugendlichen und Heranwachsenden bezeichnen. Gleichzeitig ergibt die Kriminalstatistik, daß eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Jugendlichen und Heranwachsenden, also in der Altersstufe von 15 bis 21 Jahren, mit den bürgerlichen Gesetzen in Konflikt geraten: 5,1% der Jugendlichen, 6,5% der Heranwachsenden, dagegen nur 2,1% der Erwachsenen.

Das „KuKuCK"

Gespräch mit Bewohnern des „Kunst- und Kultur Centrum Kreuzberg"



kea. Westberlin. Seit einem halben Jahr ist das Haus Anhalter Str. 7 in Kreuzberg besetzt. Das Haus heißt jetzt „Kunst und Kultur Centrum Kreuzberg", kurz „KuKuCK". Es hat einen gewissen Symbolcharakter für die Westberliner Instandbesetzerbewegung bekommen. Einmal als ein Kommunikationszentrum dieser Bewegung und zum anderen als ein Ort, an dem eine neue und eigenständige kulturelle Tätigkeit entwickelt werden soll. Das im folgenden (auszugsweise) abgedruckte Interview mit einigen Bewohnern des „KuKuCK" fand letzte Woche statt. Die Antworten sind von verschiedenen Personen abgegeben worden, aber auf Wunsch der Befragten nicht namentlich gekennzeichnet.

Wie kam die Idee zustande, ein alternatives Kulturzentrum wie das KuKuCK aufzubauen?

Also, zum damaligen Zeitpunkt ist von den besetzten Häusern, die es bis dahin gab, ein Beschluß gefaßt worden, daß eigentlich so ein Kulturzentrum besetzt werden sollte, um eine Eroberung von Lebensräumen über das reine Wohnen hinaus weiterzuentwickeln, eben auf Kulturbereiche, auf Arbeitsbereiche und Lernbereiche. Dann auch, um Kommunikationszentren zu schaffen, für Besetzer und eben für Leute, die halt Interesse an dem haben, was da abläuft, wo ein Austausch stattfindet. Daß sich diese Besetzerszene nicht in ein eigenes Ghetto reinzieht, eben auch durch die Angst vor Spitzeln, daß die meisten Häuser eigentlich dicht waren – wogegen dieses Haus eigentlich ein öffentliches Haus ist. Es ist auch eine öffentliche Besetzung geworden. – Und weiter eben auch, um Möglichkeiten zu schaffen, um Versammlungen abzuhalten, z.B. Besetzerräte. Und dann auch um 'ne Möglichkeiten zu haben, eine andere Kultur zu bilden; oder eben gerade in einer solchen Verbindung, in einem Haus gemeinschaftlich zu leben, zusammen zu arbeiten und da auch ein Programm aufzubauen.

Was haltet Ihr von der bestehenden institutionalisierten Kultur und was habt Ihr demgegenüber anderes vor?

Die bestehende institutionalisierte Kultur ist sehr stark ein Ausdruck von dem, was auch institutionalisiert läuft. Wogegen das hier ein Versuch sein soll, eigentlich das, was an anderen Vorstellungen da ist, eben auch kulturell auszudrücken. Auch eben in einer ganz anderen Preisgestaltung. Wenn man bestimmte Eigentumsverhältnisse im Lebensraum aufhebt, wie z.B. wir mit dem Haus, daß eben keine Miete bezahlt wird, dann kann man auch zu

für Leute, die halt Interesse an dem haben, was da abläuft, wo ein Austausch stattfindet. Daß sich diese Besetzerszene nicht in ein eigenes Ghetto reinzieht, eben auch durch die Angst vor Spitzeln, daß die meisten Häuser eigentlich dicht waren – wogegen dieses Haus eigentlich ein öffentliches Haus ist. Es ist auch eine öffentliche Besetzung geworden. – Und weiter eben auch, um Möglichkeiten zu schaffen, um Versammlungen abzuhalten, z.B. Besetzerräte. Und dann auch um 'ne Möglichkeiten zu haben, eine andere Kultur zu bilden; oder eben gerade in einer solchen Verbindung, in einem Haus gemeinschaftlich zu leben, zusammen zu arbeiten und da auch ein Programm aufzubauen.
Was haltet Ihr von der bestehenden institutionalisierten Kultur und was habt Ihr demgegenüber anderes vor?
Die bestehende institutionalisierte Kultur ist sehr stark ein Ausdruck von dem, was auch institutionalisiert läuft. Wogegen das hier ein Versuch sein soll, eigentlich das, was an anderen Vorstellungen da ist, eben auch kulturell auszudrücken. Auch eben in einer ganz anderen Preisgestaltung. Wenn man bestimmte Eigentumsverhältnisse im Lebensraum aufhebt, wie z.B. wir mit dem Haus, daß eben keine Miete bezahlt wird, dann kann man auch zu

ganz anderen Preisen Kultur anbieten und zugänglich machen. Und die Leute können auch irgendwo davon leben, also diejenigen, die Kultur machen, wenn sie auch selber ihre finanziellen Ansprüche runterstufen. Bei uns gibt es zum Beispiel keine Veranstaltung über 5 Mark.

Das ganze hat auch den Sinn, daß man das, was normalerweise im Kulturbetrieb läuft, nämlich den Konsum, ein bißchen abbaut, dahingehend arbeitet, daß Gruppen hier autonom von sich aus was auf die Beine stellen. Es geht nicht nur um verbilligten Konsum, sondern um die Schaffung von Freiraum für Kreativität. Daß es das hier noch nicht, oder wir es nur in Ansätzen erreicht haben, das liegt wohl daran, daß es nicht so einfach ist und auch ein bißchen Zeit erfordert, dazu eine Konzeption zu entwickeln. Es war eigentlich von der Idee so, daß eine Trennung zwischen dem, der Kunst produziert, und dem, der sie konsumiert, aufgehoben werden soll. Teilweise ergibt sich das so, daß nach Veranstaltungen auch andere Leute noch was machen. Und das ist eigentlich in normalen Institutionen gar nicht möglich.

Habt Ihr bei Eurer Kulturarbeit ein bestimmtes Konzept, oder wollt Ihr eher einen Rahmen schaffen, wo möglichst breit und vielseitig sich Leute kulturell betätigen können?

Ich würde eher sagen, das letztere, weil wir nicht so sehr vorstrukturieren wollen, daß andere Leute, Theatergruppen usw., die hier reinkommen, sich schon wieder gegängelt fühlen. Es geht hier wirklich um Eigeninitiative und Selbstbestimmung und nicht um eine abgemilderte Form von Fremdbestimmung, was außen sowieso ständig läuft. Es ist auch kaum vorstellbar, daß irgendjemand, der ganz andere Vorstellungen hat wie wir, hierherkommen würde. Jede Gruppe, die hier ankommt, die begeht ja auch schon einmal einen Rechtsverstoß, von daher engt sich das schon ein auf Gruppen, die auch bewußt solche Rechtsverstöße in Kauf nehmen, weil sie einfach einsehen, daß so ein Verstoß gegen etwas, was bei uns als Recht gilt, notwendig ist. Jeder, der hier reinkommt, begeht eigentlich Hausfriedensbruch.

Könnt Ihr etwas konkreter berichten, was hier stattfindet?

Ja, da gibt es auf der einen Seite die Programme, die am Wochenende normalerweise stattfinden – das sind Rockkonzerte, Theater usw., wie gesagt zu verbilligten Preisen – und dann gibt's auf der anderen Seite, hat's früher mal mehr gegeben als jetzt, Theatergruppen, die hier in den einzelnen Theateretagen üben, Programme machen, an Stücken arbeiten, an Szenen. Es gibt auch eine Artistengruppe



daß irgendjemand, der ganz andere Vorstellungen hat wie wir, hierherkommen würde. Jede Gruppe, die hier ankommt, die begeht ja auch schon einmal einen Rechtsverstoß, von daher engt sich das schon ein auf Gruppen, die auch bewußt solche Rechtsverstöße in Kauf nehmen, weil sie einfach einsehen, daß so ein Verstoß gegen etwas, was bei uns als Recht gilt, notwendig ist. Jeder, der hier reinkommt, begeht eigentlich Hausfriedensbruch.
Könnt Ihr etwas konkreter berichten, was hier stattfindet?
Ja, da gibt es auf der einen Seite die Programme, die am Wochenende normalerweise stattfinden – das sind Rockkonzerte, Theater usw., wie gesagt zu verbilligten Preisen – und dann gibt's auf der anderen Seite, hat's früher mal mehr gegeben als jetzt, Theatergruppen, die hier in den einzelnen Theateretagen üben, Programme machen, an Stücken arbeiten, an Szenen. Es gibt auch eine Artistengruppe

und eine Musikgruppe, die ziemlich regelmäßig probt. Dann ist zum Beispiel eine Sprachschule da, und teilweise sind work-shops geplant und teilweise auch gelaufen, oder eben, daß die gesamten Theatergruppen, die mitarbeiten, daß die teilweise zu kurzfristigen Projekten, wie zu Straßenfesten, die Grenzen zwischen ihren Theatergruppen aufheben und versuchen, Straßentheater zu machen. Oder eben auch, daß teilweise Leute, die nicht regelmäßig im Haus sind, an einer solchen Produktion mitmachen, oder daß Leute, die hier im Haus wohnen und nicht bei einer Theatergruppe sind, daß die für Straßenfeste zusammen mit Leuten von Theatergruppen was gemacht haben. Selbst die Theatergruppen an sich sind da nicht mehr so ein fester Block, sondern da läuft drüber hinaus eben so 'ne Zusammenarbeit. Es war auch so, daß teilweise mit Gruppen, die hier ankamen, ein Austausch läuft. Das ist aber manchmal ziemlich schwierig, weil es manchmal auch eine Überlastung ist: so ein Kulturprogramm machen, das Haus instandhalten, dann zusammen mit 30 bis 40 Leuten wohnen und dann noch das, was so alles auf der Straße ist, an politischen Aktivitäten. Manchmal fallen dann schon Sachen, die man eigentlich als Anspruch hat und auch gern machen will, aus Zeitmangel weg.

Könnt Ihr durch Eure Kulturarbeit Euren Lebensunterhalt und die Instandsetzung des Hauses wirtschaftlich bestreiten bzw. wovon lebt Ihr?

Es ist schon ziemlich schwierig. Wir nehmen eigentlich bei den ganzen Veranstaltungen so gut wie nichts ein. Die Veranstaltungen sind hauptsächlich dafür da, daß die Theatergruppen oder die Musikgruppen, wenn überhaupt Geld genommen wird, daß die das bekommen. Der Getränkeverkauf und vom Café, das sind so die einzigen Einnahmequellen, die wir haben. Wobei da auch öfters mal was an Knastgruppen geht oder so. Das gesamte Geld, was wir so einnehmen, wenn es nicht an eine Gruppe geht, die das braucht, das benützen wir eigentlich zur Instandsetzung. Am Anfang haben wir unser gesamtes Privatgeld da reingesteckt in die Instandhaltung. Viele haben auch aufgehört zu arbeiten, weil das hier ein Rund-um-die-Uhr-Job ist. Es sind also relativ wenige, die noch arbeiten, einige Studenten bekommen noch BAFöG.

Ihr sagt, daß es finanziell schon recht knapp ist, aber daß es Euch die Sache wert ist.

Ich würde behaupten, daß das letzte halbe Jahr, seitdem sehr viele Leute mit der Besetzerszene zu tun haben,

kommen. Der Getränkeverkauf und vom Café, das sind so die einzigen Einnahmequellen, die wir haben. Wobei da auch öfters mal was an Knastgruppen geht oder so. Das gesamte Geld, was wir so einnehmen, wenn es nicht an eine Gruppe geht, die das braucht, das benützen wir eigentlich zur Instandsetzung. Am Anfang haben wir unser gesamtes Privatgeld da reingesteckt in die Instandhaltung. Viele haben auch aufgehört zu arbeiten, weil das hier ein Rund-um-die-Uhr-Job ist. Es sind also relativ wenige, die noch arbeiten, einige Studenten bekommen noch BAFöG.
Ihr sagt, daß es finanziell schon recht knapp ist, aber daß es Euch die Sache wert ist.
Ich würde behaupten, daß das letzte halbe Jahr, seitdem sehr viele Leute mit der Besetzerszene zu tun haben,

seitdem viele Leute Häuser besetzen und in ganz andere Lebenszusammenhänge reingeraten, daß sich da für die Leute ungeheuer viel abgespielt hat, also eine Intensität von Erfahrungen, die oft im normalen Leben drei bis vier Jahre hätten ausfüllen können. Es ist auch so, daß man wirklich weniger Geld braucht. Wir haben hier unser Kino im Haus, haben die Sprachschule, haben Werkstätten, haben Übungskeller, haben Konzerte und Theateraufführungen, und unser Café im Haus. Man geht kaum noch außerhalb auf Veranstaltungen und wenn man weggeht, geht man meistens auf Veranstaltungen, die auch von Besetzern sind, wo Du, wenn Du mal abends ausgehst, drei Mark brauchst oder so. Es läuft unwahrscheinlich viel zwischen den Häusern ab, also daß man einander besucht und so. Viel Geld, was man sonst verbraucht, um Zeit totzuschlagen, daß die Leute vor den Flipper-Automaten stehen und da ihr Geld reinbröseln, Kneipen und so, das fällt hier ziemlich flach, Du hast eigentlich ein total ausgefülltes Leben mit den Menschen. Langeweile habe ich das letzte halbe Jahr überhaupt nicht gehabt.

Was für Schwierigkeiten machen Euch die staatlichen Behörden und auch der private Hausbesitzer?

Der Hausbesitzer hat uns am Anfang mal mit einer privaten Schlägertruppe gedroht, nachdem die Polizei sich wegen „Verhältnismäßigkeit der Mittel" geweigert hat zu räumen. Das hat er sich aber dann doch irgendwie nicht getraut. Aber es kann eigentlich immer noch kommen. Und mit Behörden haben wir halt den üblichen Knatsch, wie jedes besetzte Haus. Wir sind auch durchsucht worden, alle verhaftet worden, teilweise vierzehn Stunden festgehalten worden, erkennungsdienstlich behandelt und haben halt unsere Anzeigen wegen Nötigung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch bekommen. Dann kommt die BEWAG öfters mal vorbei. Also die haben auch bei der Durchsuchung den Strom abgezwickt. Was wir hier machen, ist eigentlich auch ein bewußtes Sich-Wehren gegen unsinnige Vorschriften und Bestimmungen. Und damit war es auch ein bewußter Schritt in eigentlich fast schon eine Illegalität. Teilweise eben auch, um den Senat damals unter Druck zu setzen, die Gefangenen rauszulassen. Es war ja damals gerade auch hier diese Besetzung als öffentliche Besetzung eigentlich so gedacht, einen neuen Druckpunkt gegenüber dem Senat zu schaffen.

Wollt Ihr denn nicht eine Form der Legalisierung durchsetzen, wo der Senat akzeptiert, wie Ihr das Haus instandsetzen wollt und nutzen wollt für Eure Zwecke?

Wir gehen eigentlich davon aus, daß der Senat uns nie deshalb legalisieren wird, weil er jetzt findet, daß wir Recht haben. Wenn, dann deshalb, weil eben der Druck von außen so stark geworden ist, daß jetzt versucht wird, wieder einen Rechtsfrieden oder eine Rechtssicherheit zu schaffen, und von da aus legalisiert wird. Und wir wissen halt aus Erfahrung, so wie bei der Schrippen-Kirche, wenn wir uns in irgendeiner Weise anbiedern, ich halte auch deshalb das Treuhand-Modell für falsch, daß eben Leute, wie bei der Schrippen-Kirche, einen Verein gegründet haben und dann, nachdem sie ihre Vereinsgründung hatten, was die Auflage war für Verhandlungen, sind sie geräumt worden, abgerissen worden und die Leute, die den Verein gegründet haben, sind dann wegen Sachbeschädigung verurteilt worden. Auf dieser Rechtsebene werden wir eigentlich immer die Schwächeren sein. Das ist deren Ebene. Mit den ganzen Vertragsklauseln werden nicht mehr solche Möglichkeiten gegeben sein, eine freie Entfaltung mit dem Haus zu machen. Dann kommen sie und weisen nach, daß hier vielleicht ein Verstoß gegen den Vertrag ist. Ich glaube deswegen, der Clinch würde nicht aufhören, wenn wir irgendeinen Vertrag hätten. Ich bin der Meinung, wenn sie uns legalisieren wollen, dann sollen sie's machen. Aber ich von mir aus würde denen keine Angebote machen oder sagen: So, ich gründe jetzt den Verein und den Oberträgerverein, damit ihr dann die Möglichkeit habt, uns zu legalisieren. Da sollen sie sich schon ihre eigenen Köpfe drüber zerbrechen.

Man darf auch nicht vergessen, daß die Leute, die seit dem Dezember im Knast sind, daß die doch das Haupthindernis dafür bilden, daß es überhaupt zu Verhandlungen kommt. Natürlich ist es so, daß von vielen Besetzern das Bedürfnis da ist, nicht ständig nur nach außen zu reagieren, dadurch, daß man vielleicht mit einer Durchsuchung, mit einer Räumung rechnet, mit der nächsten Demo, bei der es zu Krawallen kommt, sondern daß man auch mehr Zeit haben möchte, nach innen was aufzubauen. Das sind zwei Seiten, die kollidieren, und wo man irgendwie die richtige Mitte finden muß.

Nochmal zu den Leuten im Knast. Das ist doch irgendwo auch ein Unding. Einerseits laufen da unwahrscheinliche Repressionen. Man wird ständig irgendwo verhaftet. Manche Leute haben schon zig Verfahren auf dem Hals. Und dann wird so eine Gesprächsbereitschaft, die ist ja im Moment auch nicht mehr da, aber wurde unter Vogel noch so eine Gesprächsbereitschaft signalisiert, wo Du jetzt mit den Leuten, die Dich eigentlich prügeln und verhaften lassen, Dich an einen Tisch setzen sollst und dann heißt es: So, jetzt wollen wir doch mal 'nen Vertrag machen. Ich kann mich einfach nicht von denen akzeptiert fühlen, solange noch Leute von uns wegen der gleichen Sache im Knast sitzen.

CDU provoziert inhaltsleere „Gewalt"debatte
Knatsch, wie jedes besetzte Haus. Wir sind auch durchsucht worden, alle verhaftet worden, teilweise vierzehn Stunden festgehalten worden, erkennungsdienstlich behandelt und haben halt unsere Anzeigen wegen Nötigung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch bekommen. Dann kommt die BEWAG öfters mal vorbei. Also die haben auch bei der Durchsuchung den Strom abgezwickt. Was wir hier machen, ist eigentlich auch ein bewußtes Sich-Wehren gegen unsinnige Vorschriften und Bestimmungen. Und damit war es auch ein bewußter Schritt in eigentlich fast schon eine Illegalität. Teilweise eben auch, um den Senat damals unter Druck zu setzen, die Gefangenen rauszulassen. Es war ja damals gerade auch hier diese Besetzung als öffentliche Besetzung eigentlich so gedacht, einen neuen Druckpunkt gegenüber dem Senat zu schaffen.
Wollt Ihr denn nicht eine Form der Legalisierung durchsetzen, wo der Senat akzeptiert, wie Ihr das Haus instandsetzen wollt und nutzen wollt für Eure Zwecke?
Wir gehen eigentlich davon aus, daß der Senat uns nie deshalb legalisieren wird, weil er jetzt findet, daß wir Recht
hindernis dafür bilden, daß es überhaupt zu Verhandlungen kommt. Natürlich ist es so, daß von vielen Besetzern das Bedürfnis da ist, nicht ständig nur nach außen zu reagieren, dadurch, daß man vielleicht mit einer Durchsuchung, mit einer Räumung rechnet, mit der nächsten Demo, bei der es zu Krawallen kommt, sondern daß man auch mehr Zeit haben möchte, nach innen was aufzubauen. Das sind zwei Seiten, die kollidieren, und wo man irgendwie die richtige Mitte finden muß.
Nochmal zu den Leuten im Knast. Das ist doch irgendwo auch ein Unding. Einerseits laufen da unwahrscheinliche Repressionen. Man wird ständig irgendwo verhaftet. Manche Leute haben schon zig Verfahren auf dem Hals. Und dann wird so eine Gesprächsbereitschaft, die ist ja im Moment auch nicht mehr da, aber wurde unter Vogel noch so eine Gesprächsbereitschaft signalisiert, wo Du jetzt mit den Leuten, die Dich eigentlich prügeln und verhaften lassen, Dich an einen Tisch setzen sollst und dann heißt es: So, jetzt wollen wir doch mal 'nen Vertrag machen. Ich kann mich einfach nicht von denen akzeptiert fühlen, solange noch Leute von uns wegen der gleichen Sache im Knast sitzen.

CDU provoziert inhaltsleere „Gewalt"debatte

Weizsäckers Regierungserklärung / Gewerkschafter melden sich zu Wort

söh. Westberlin. Nach seiner Wahl im Abgeordnetenhaus hat der CDU-Senat die zweite parlamentarische Hürde genommen. Die Regierungserklärung Richard von Weizsäckers ist mit 68 gegen 61 Stimmen angenommen worden. 4 der 7 FDP-Abgeordneten haben gegen den eigenen Bezirksparteitagsbeschluß der Regierungserklärung zugestimmt.

Am besten charakterisierte sie wohl der ehemalige FDP-Schulsenator Walter Rasch, als er seine Zustimmung für diese Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus begründete. Er erklärte, daß er diese Regierungserklärung verglichen habe mit den Regierungserklärungen von Klaus Schütz 1971, Klaus Schütz 1975, Dietrich Stobbe 1977, Dietrich Stobbe 1979 und Hans Jochen Vogel 1981 und daß er in ihrer Substanz keinen qualitativen Unterschied finden könnte. Letzteres zeigt doch eine wesentliche Schwäche des CDU-Senats, er taktiert noch ohne erkennbares geschlossenes Konzept. Der CDU-Fraktionsführer Diepgen lamentiert deshalb, daß die SPD sich an die parlamentarische Gepflogenheit von 100 Tagen „Schonfrist" für die neue Regierung nicht halte, obwohl sie doch die ganzen Schwierigkeiten aus ihrer Amtszeit überlassen habe.

Eine Debatte also, die ihre Spannung kaum aus dieser Erklärung bekam, sondern vielmehr durch die Ereignisse in der Stadt. Die CDU, die die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Hausbesetzern im Juni provoziert und sich eine Gegendemonstration von 15000 und eine Straßenschlacht eingehandelt hatte, stellte für die folgenden Tage ihre Taktik um. Sie propagierte ihr Angebot, leerstehende Wohnungen auf Zeit an Studenten billig zu vermieten. Sie stellte ihren Wahlkampfschlager über den Bau von 50000 Wohnungen in den Vordergrund – wobei man allerdings noch bezweifeln muß, daß von dieser großartigen Ankündigung tatsächlich für die bedürftigen Wohnungssuchenden etwas herausspringt. – Polizeisenator Lummer distanzierte sich sogar vom Vorgehen der Staatsanwaltschaft, als diese ein Haus einreißen ließ, obwohl den Hausbesetzern vorher öffentlich versprochen war, daß die Polizei „nur" durchsuchen wolle. Die Polizei wurde dann auch nicht eingesetzt, als Demonstranten aus Protest gegen die Hausräumungen und Durchsuchungen ihr Quartier mitten auf dem Kurfürstendamm aufschlugen und für eine Nacht den Verkehr blockierten. Daß gegenüber dieser „Duldsamkeit" der CDU die Bewegung der Hausbesetzer die Gewalt um der Gewalt willen führt, dafür sollte die Demonstration „Demonstranten besuchen Spekulanten" herhalten, die in das Grunewalder Villenviertel führte.

Diese Demonstration hatte von ihrer politischen Anlage her einen relativ hohen Informationswert, zeigte sie doch die sozialen Gegensätze zwischen der Wohnlage der arbeitenden Bevölkerung und derjenigen, die sich durch deren Arbeit mästen, kraß auf. Die Demonstration wurde bereits vorher in den bürgerlichen Medien als Übergang zum „Individualterror" verketzert. In Wirklichkeit verlief sie gegenüber vorangegangenen Demonstrationen relativ friedlich. 26 Scheiben wurden zerstört, davon über die Hälfte bei der südafrikanischen Botschaft, einem Zivilpolizisten wurde das Hemd ausgezogen, ein Jägerzaun ging zu Bruch und eine Lampe in einem Vorgarten wurde verbogen. Für die bürgerlichen Medien und für die bürgerlichen Politiker war es der Gipfel der Gewalt. Nicht wenige aus der Bewegung, den KBW eingeschlossen, lassen sich von dieser massiven Propaganda beeinflussen. Die CDU bestritt große Teile der Aussprache über die Regierungserklärung mit lauten Distanzierungen von der Gewalt und machte Punkte. Sie schreit nach mehr Aufrüstung der Polizei.

Dagegen zeichnen sich positive Ereignisse in der Gewerkschaft ab. Die TU-Betriebsgruppe der ÖTV fordert u.a. die ÖTV Bezirksleitung und den DGB auf, sich verstärkt für die „Schaffung von neuem menschenwürdigem Wohnraum, für die Modernisierung von Altbauten und Bereitstellung zu günstigen Mieten gerade für Familien mit Kindern, sozial Schwachen, ausländischen Mitbürgern, Studenten und Auszubildenden" einzusetzen. Sie fordern von der Gewerkschaft, sich ebenfalls für die Aussetzung der Strafverfolgung für Hausbesetzer und für Amnestie von Verhafteten und verurteilten Hausbesetzern einzusetzen. Jugendgruppen, Studenten und andere Gruppen übernehmen immer mehr Patenschaften für besetzte Häuser. So wird der Entwicklung eines reaktionären Konzeptes von seiten der CDU entgegengearbeitet.

In der vorletzten Nummer hat sich Lutz Plümer in dem Artikel ,,Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg" mit den Auffassungen auseinandergesetzt, die glauben, eine Gegenoffensive der USA konstatiert zu haben. Die folgende Zuschrift, die uns auf den Artikel hin zuging, führt die Kritik dieser Auffassungen fort, wie sie z.B. von R. Fücks in der Nr. 8 der ,,Hefte für Demokratie und Sozialismus" vertreten wurden. Red.

Kein ,,Umschwung des Umschwungs"

Kritik der Behauptung von der Gegenoffensive der USA

Fücks benennt als ,,Faktoren" für einen grundlegenden ,,Umschwung in den internationalen Beziehungen" (S. 5) der letzten Jahrzehnte: ,,Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegungen in der 3. Welt"; ,,hat sich die UdSSR ... in den 70er Jahren von einer eurasischen Kontinentalmacht zu einer wirklichen Weltmacht gemausert ... auf der Grundlage ihrer rasch wachsenden Militärmacht"; ,,Japan und Westeuropa konnten ihre Position auf dem Weltmarkt auf Kosten der USA ausbauen" (S. 5). Es folgt der kuriose Satz: ,,Die Initiatorrolle fällt dabei den USA zu." (S. 5) Als hätten die USA den Umschwung, der ganz auf ihre Kosten ging, initiiert. Tatsächlich will Fücks natürlich nur nachweisen, daß die USA heute einen ,,Umschwung des Umschwungs" initiieren. Er bemüht sich um eine möglichst dramatische Darstellung der US-Initiative und in der obigen Formulierung sind ihm die Pferde dann einmal ganz durchgegangen. Aber auch die Behauptung eines ,,Umschwungs des Umschwungs", einer ,,Zeitenwende" (S. 4) fällt nicht überzeugend aus.

Es beginnt damit, daß Fücks die Trendwende als ,,Übergang von der Entspannungs- zur Konfrontationspolitik" (S. 5) definiert. Ich bezweifle, daß sich die neue Politik der USA und teilweise auch Westeuropas gegenüber der SU allein durch die Gegensätze Entspannung/Konfrontation fassen läßt. Wir müßten wohl eine dritte und weit treffendere Kategorie dazwischen fügen: Eindämmung. Das faßt, daß es die SU ist, die zu expandieren droht, und daß die USA und noch mehr Westeuropa kaum mehr tun können, als darauf zu reagieren und dem Einhalt zu gebieten. Wie sie auch kein sonderliches Interesse haben können, einen Systemkampf mit der SU, den sie wirtschaftlich, politisch, kulturell und ideologisch leicht und locker gewinnen bzw. längst gewonnen haben, von sich aus auf die militärische Ebene zu verlagern. Unsinn ist also der Satz: ,,Von den USA geht gegenwärtig der Impuls zur Aufkündigung des Status quo und damit zur erhöhten Kriegsgefahr aus." (S. 9) Die Expansionsbestrebungen der SU werden so faktisch zu stabilisierenden Faktoren eine Status quo verklärt. Umgekehrt erscheint die Eindämmungspolitik dann ,,als bewußtes Kalkül der NATO-Strategen" (S. 4) zur

durchgegangen. Aber auch die Behauptung eines ,,Umschwungs des Umschwungs", einer ,,Zeitenwende" (S. 4) fällt nicht überzeugend aus.
Es beginnt damit, daß Fücks die Trendwende als ,,Übergang von der Entspannungs- zur Konfrontationspolitik" (S. 5) definiert. Ich bezweifle, daß sich die neue Politik der USA und teilweise auch Westeuropas gegenüber der SU allein durch die Gegensätze Entspannung/Konfrontation fassen läßt. Wir müßten wohl eine dritte und weit treffendere Kategorie dazwischen fügen: Eindämmung. Das faßt, daß es die SU ist, die zu expandieren droht, und daß die USA und noch mehr Westeuropa kaum mehr tun können, als darauf zu reagieren und dem Einhalt zu gebieten. Wie sie auch kein sonderliches Interesse haben können, einen Systemkampf mit der SU, den sie wirtschaftlich, politisch, kulturell und ideologisch leicht und locker gewinnen bzw. längst gewonnen haben, von sich aus auf die militärische Ebene zu verlagern. Unsinn ist also der Satz: ,,Von den USA geht gegenwärtig der Impuls zur Aufkündigung des Status quo und damit zur erhöhten Kriegsgefahr aus." (S. 9) Die Expansionsbestrebungen der SU werden so faktisch zu stabilisierenden Faktoren eine Status quo verklärt. Umgekehrt erscheint die Eindämmungspolitik dann ,,als bewußtes Kalkül der NATO-Strategen" (S. 4) zur

Steigerung der Kriegsgefahr, und es scheint, daß in der NATO ,,gegenwärtig ... der offensive, imperialistische Aspekt überwiegt" (S. 6).

Wenn in der NATO ,,gegenwärtig" der ,,offensive, imperialistische" Aspekt überwöge, müßte sie gegenüber dem Warschauer Pakt ja auf Eroberungen aus sein, und dies müßte sich in der vorbereitenden Politik niederschlagen. Polen wäre zur Zeit das günstigste Objekt zur imperialen Ausdehnung. Sind es die USA oder ist es Westeuropa, die gegenwärtig, da ja ,,zur Gegenoffensive übergegangen" (S. 5), Polen unterwandern, in die Mangel nehmen, sturmreif machen? Nein, wenn Polen etwas von außen droht, dann noch immer eine sowjetische Offensive, während sich das ,,bewußte NATO-Kalkül" zur ,,imperialistischen Offensive" Polen gegenüber so zurückhaltend äußert, daß man hier getrost von einem Fücks'schen Schmarren sprechen kann.

Erstens kann man gegenwärtig nicht von einem einheitlichen NATO-Kalkül sprechen und zweitens stellen sich die NATO-Kalküle anders als bei Fücks behauptet dar. ,,Bewußtes Kalkül" der USA ist nicht, die Kriegsgefahr zu steigern oder die SU in einen Krieg zu zwingen. Die Alternative: ,,Die Sowjetführer müssen zwischen einem friedlichen Wandel ihres kommunistischen Systems in der Art des Westens (oder Polens, möchte ich ergänzen, J.J.) wählen oder einen Krieg auslösen. Es gibt keine andere Alternative ..." (S. 4) ist ja dadurch, daß sie von einem US-Politiker ausgesprochen wird, noch lange keine von den USA gestellte, sondern wirkliches Dilemma des sowjetischen Systems, das sein Heil nur in der militärischen Expansion suchen kann, soll es nicht schmählich zugrunde gehen oder eben revolutioniert werden. Bewußtes Kalkül der USA ist vielmehr: Wenn die SU Krieg haben will, soll sie ihn haben. Kalkül Westeuropas ist dagegen: Wenn die SU Krieg haben will, soll sie ihn möglichst nicht haben. Die USA sind weniger als Westeuropa auf Kriegsvermeidung aus, aber das bedeutet nicht, daß von ihnen ,,der Impuls ... zur erhöhten Kriegsgefahr" (S. 9) ausgeht. Die USA gehen richtig davon aus, daß sie in einem Krieg, den die SU zur Erhaltung und Ausdehnung ihrer Macht letztlich suchen mag, zwar einiges verlieren können, kaum aber den Krieg selbst. Die Entwicklung der Welt in den letzten Jahrzehnten spricht dafür, daß in einem 3. Weltkrieg erstmals auch die USA zu den Verlierern gehören werden, in dem Sinn etwa, wie auch die ,,Siegermacht" England nach dem 2. Weltkrieg zugleich Verlierer war. Die USA werden weit schlimmere Verwüstungen ihres Territoriums in Kauf nehmen müssen als im 2. Weltkrieg das nur konventionell bombardierte England. Sie werden weit mehr Waffen- und Menschenmaterial verschleißen müssen als im letzten Krieg. Und sie können anders als die SU im 2. Weltkrieg, die zwar fürchterlich blutete, sich aber durch gewaltige Machterweiterung über ganz Osteuropa dafür wieder entschädigte, nicht darauf setzen, daß ihnen mehr an Kriegsbeute zufällt, als worüber sie heute gebieten. Westeuropa wird keine blühende, sondern eher eine Wüstenlandschaft sein. In Osteuropa ist schon ohne Kriegsverwüstungen zu wenig zu holen, als daß sich auch nur ein konventioneller Krieg darum lohnte. Die 3. Welt wird relativ souverän dem Kriegsgeschehen gegenüber stehen und darum kaum in größere Abhängigkeit von den USA geraten, als dies heute der Fall ist. Die USA können also den Krieg gewinnen, aber in dem Krieg werden sie nichts gewinnen, sondern nur verlieren. Deswegen, und weil sie ihre Überlegenheit ohne militärisches Kräftemessen viel souveräner und kräfteschonender zur Geltung bringen können, sind sie auf einen Krieg mit der SU nicht unbedingt besessen. Sie wollen aber für den Frieden keinen höheren Preis zahlen, als sie der Krieg kosten würde. Westeuropa kostet der Krieg erheblich mehr, deshalb auch bürgerlicherseits ein größeres Interesse an einer Kriegsvermei-

stungen ihres Territoriums in Kauf nehmen müssen als im 2. Weltkrieg das nur konventionell bombardierte England. Sie werden weit mehr Waffen- und Menschenmaterial verschleißen müssen als im letzten Krieg. Und sie können anders als die SU im 2. Weltkrieg, die zwar fürchterlich blutete, sich aber durch gewaltige Machterweiterung über ganz Osteuropa dafür wieder entschädigte, nicht darauf setzen, daß ihnen mehr an Kriegsbeute zufällt, als worüber sie heute gebieten. Westeuropa wird keine blühende, sondern eher eine Wüstenlandschaft sein. In Osteuropa ist schon ohne Kriegsverwüstungen zu wenig zu holen, als daß sich auch nur ein konventioneller Krieg darum lohnte. Die 3. Welt wird relativ souverän dem Kriegsgeschehen gegenüber stehen und darum kaum in größere Abhängigkeit von den USA geraten, als dies heute der Fall ist. Die USA können also den Krieg gewinnen, aber in dem Krieg werden sie nichts gewinnen, sondern nur verlieren. Deswegen, und weil sie ihre Überlegenheit ohne militärisches Kräftemessen viel souveräner und kräfteschonender zur Geltung bringen können, sind sie auf einen Krieg mit der SU nicht unbedingt besessen. Sie wollen aber für den Frieden keinen höheren Preis zahlen, als sie der Krieg kosten würde. Westeuropa kostet der Krieg erheblich mehr, deshalb auch bürgerlicherseits ein größeres Interesse an einer Kriegsvermei-

dung bis teilweise zu einer Konzessionsbereitschaft, die ggf. das begünstigt, was sie vermeiden will. Haig hat gesagt, es gibt wichtigere Dinge als den Frieden. Der Satz hat auch in der Linken (etwa ‚Z') Aufregung hervorgerufen. Erstens stimmt er natürlich, und zweitens drückt sich in dem laxen Umgang der US-Regierung mit solchen Sätzen aus, daß für die USA die Schwelle, wo der Frieden (also die ,,friedliche" Expansion der SU, eine Politik der Konzessionen und des Gewährenlassens gegenüber der SU um des lieben Friedens willen) teurer wird als der Krieg, eher überschritten ist als für Westeuropa, einfach weil beide Teile ganz unterschiedliche Kriegsverluste haben werden.

Fücks schreibt, daß ,,es sich die USA ... leisten können, auf Rüstungsbegrenzung zu pfeifen und ihre überlegenen wirtschaftlichen Reserven in aktive militärische Überlegenheit zu verwandeln". (S. 9) Zunächst und grundlegend wird umgekehrt ein Schuh daraus: Die USA sind der SU wirtschaftlich so sehr überlegen, daß sie von sich aus ganz auf jede andere Form der Auseinandersetzung verzichten könnten und dies heute, wo sie sich schon anderswo einige Blessuren geholt haben, sicher auch tun würden. Wenn es allein nach den wirtschaftlichen Reserven ginge, könnten die USA also auf *Rüstung* pfeifen. Wer in der Welt wollte oder könnte ihnen was, sind sie doch nach wie vor Industrienation Nr. 1 und verfügen sie doch über einen solch riesigen inneren Markt, daß sie sich notfalls selbst genügen. Die USA brauchen selbst eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht zu fürchten und tun es sicher auch nicht, nur sind sie noch nicht so weich geklopft, eine solche auch ohne weiteres zu akzeptieren.

Wenn die USA heute Abschied von der bisherigen Entspannungspolitik nehmen und sich der Eindämmungspolitik gegenüber der SU zuwenden, so tun sie es zwar im ,,bewußten Kalkül" ihrer technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit, aber ja nicht aus diesem Grund, sondern weil die SU ,,friedlich" (d.h. ohne den ganz großen Krieg) expandiert und Vorbereitungen dafür trifft, Europa eines Tages in einem konventionellen Blitzkrieg bzw. in einem Waffengang unter Interkontinental-Niveau zu nehmen und vom schwerfälligen, weil bisher zu groß dimensionierten US-Atomschirm abzukoppeln. Daß die SU sich die halbe Welt unterwirft und dadurch zu einer Bedrohung selbst der USA werden kann, das ist das einzige, was die USA wirklich zu fürchten haben, und deshalb liegt der Schwerpunkt der neuen Reaganschen Politik auch auf Eindämmung gegenüber der SU. Und die USA pfeifen eben nicht auf Rüstung, obwohl sie es rein wirtschaftlich gesehen könnten. Es ist die SU, die hier den militärischen Weg vorzeichnet.

Einmal die Rüstung eingeschlagen, so könnten die USA die SU rein wirtschaftlich gesehen zweifellos totrüsten, und es gibt ja auch entsprechende Äußerungen. Aber dies ist ja eine politische Entscheidung, die die US-Regierung nur fällen kann, nachdem sie die Meinung derer gehört hat, die die Rüstungskosten letztlich tragen müssen. Die USA sind – verglichen mit der SU – ein zivilisiertes Land mit bürgerlicher Demokratie. Hier und darin, daß die USA auch Westeuropa anhören müssen, liegen entscheidende Schranken dafür, daß es zu einem Totrüsten seitens der USA nicht kommen wird.

Marx hat im amerikanischen Bürgerkrieg die beiden kriegführenden Parteien verglichen: Er sprach (sinngemäß) vom Krieg zweier sozialer Systeme, dem der Sklaverei und dem der freien (Lohn)-Arbeit. Er mokiert sich über den zivilisierten Norden, der, obwohl von den Ressourcen haushoch überlegen, gegen die lausige Oligarchie von Sklavenhaltern im Süden zunächst überhaupt nicht in die Gänge kam. Er

mung gegenüber der SU. Und die USA pfeifen eben nicht auf Rüstung, obwohl sie es rein wirtschaftlich gesehen könnten. Es ist die SU, die hier den militärischen Weg vorzeichnet.
Einmal die Rüstung eingeschlagen, so könnten die USA die SU rein wirtschaftlich gesehen zweifellos totrüsten, und es gibt ja auch entsprechende Äußerungen. Aber dies ist ja eine politische Entscheidung, die die US-Regierung nur fällen kann, nachdem sie die Meinung derer gehört hat, die die Rüstungskosten letztlich tragen müssen. Die USA sind – verglichen mit der SU – ein zivilisiertes Land mit bürgerlicher Demokratie. Hier und darin, daß die USA auch Westeuropa anhören müssen, liegen entscheidende Schranken dafür, daß es zu einem Totrüsten seitens der USA nicht kommen wird.
Marx hat im amerikanischen Bürgerkrieg die beiden kriegführenden Parteien verglichen: Er sprach (sinngemäß) vom Krieg zweier sozialer Systeme, dem der Sklaverei und dem der freien (Lohn)-Arbeit. Er mokiert sich über den zivilisierten Norden, der, obwohl von den Ressourcen haushoch überlegen, gegen die lausige Oligarchie von Sklavenhaltern im Süden zunächst überhaupt nicht in die Gänge kam. Er

(oder Engels) sagte aber auch, es sei nur natürlich, denn für ein zivilisiertes Land, das ganz auf blühenden Kommerz abgestellt ist, ist der Krieg eine ganz ungewohnte Richtung, die einzuschlagen Zeit und Überwindung kostet. Um es der SU an Skrupellosigkeit gleichzutun, müßten die herrschenden Klassen der USA und Westeuropas ihre Länder erst wieder in die Barbarei à la Hitler zurückwerfen. Ist das der Zug der Zeit? Fücks schreibt, ,,angesichts der tatsächlichen wirtschaftlilchen Stärkeverhältnisse, des überlegenen technisch-industriellen Potentials der NATO-Staaten" wäre es ,,verwunderlich", (S. 6) wenn der Warschauer Pakt der NATO rüstungsmäßig überlegen wäre oder würde. Das ist nur bei ganz enger Betrachtung (der technischen Potentiale) verwunderlich, nicht aber, wenn man die jeweiligen Gesellschaftssysteme in Betracht zieht. Nimmt man die Gesellschaften in Gänze, so spricht einiges dafür, daß die Gefahren seitens der SU zunehmen und daß der Westen inclusive USA trotz der von Reagan verkündeten Wende auch weiterhin immer ein wenig hinterherhinken wird. Man sehe sich nur die Schwierigkeiten an, die die NATO mit der Nachrüstung hat.

Fücks behauptet wie gesagt einen ,,Umschwung des Umschwungs". Es entstünde die Gefahr, daß die USA nun ihrerseits die SU an die Wand drücken (hierin geht er anscheinend einig mit der ‚Z'). Weiter versuchten die USA, zwei weitere ,,Fliegen mit einer Klappe zu schlagen" (S. 5): Westeuropa und die 3. Welt. Daß Ton und Sitten etwas rauher geworden sind, ist nicht zu bezweifeln. Ob dies eine Sache von Dauer ist, steht ebenso dahin wie der Erfolg der Reaganschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Noch hat die Reagansche Politik ihre Bewährungsprobe nicht bestanden, und die Frage, ob sie so weitergeführt werden kann und nicht vielmehr modifiziert werden muß, ist noch nicht entschieden. Gänzlich unsinnig ist aber die dramatische Form, die Fücks seiner ,,Zeitwende" gibt: Danach wären die USA dabei, ,,die nationalrevolutionären Bewegungen in der 3. Welt *niederzuwerfen* und den *uneingeschränkten* Zugang zu den strategisch wichtigen Rohstoffquellen der 3 Kontinente *zu sichern*" sowie *,,freie Hand* für militärische Aktionen gegenüber der 3. Welt" (S. 5) zurückzuerlangen. All das, was ich hervorgehoben habe, kann den USA nur gelingen, wenn die 3. Welt erneut in den tiefen Schlaf der Kolonialvölker fiele. Das aber ist ein Anachronismus, gänzlich undenkbar. Die 3. Welt müßte in die alten überlieferten Wirtschaftsformen ihrer Geschichte zurückfallen, die sie schlafend gemacht haben.

Klappe zu schlagen" (S. 5): Westeuropa und die 3. Welt. Daß Ton und Sitten etwas rauher geworden sind, ist nicht zu bezweifeln. Ob dies eine Sache von Dauer ist, steht ebenso dahin wie der Erfolg der Reaganschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Noch hat die Reagansche Politik ihre Bewährungsprobe nicht bestanden, und die Frage, ob sie so weitergeführt werden kann und nicht vielmehr modifiziert werden muß, ist noch nicht entschieden. Gänzlich unsinnig ist aber die dramatische Form, die Fücks seiner ,,Zeitwende" gibt: Danach wären die USA dabei, ,,die nationalrevolutionären Bewegungen in der 3. Welt niederzuwerfen und den uneingeschränkten Zugang zu den strategisch wichtigen Rohstoffquellen der 3 Kontinente zu sichern" sowie ,,freie Hand für militärische Aktionen gegenüber der 3. Welt" (S. 5) zurückzuerlangen. All das, was ich hervorgehoben habe, kann den USA nur gelingen, wenn die 3. Welt erneut in den tiefen Schlaf der Kolonialvölker fiele. Das aber ist ein Anachronismus, gänzlich undenkbar. Die 3. Welt müßte in die alten überlieferten Wirtschaftsformen ihrer Geschichte zurückfallen, die sie schlafend gemacht haben.

Zusammenfassend kann man sagen, daß Fücks die erste Aufgeregtheit über die Reagansche Politik (über die man sich ruhig aufregen sollte, wenigstens soweit sie über Eindämmung der SU hinaus geht, also über die Stränge schlägt) in den Rang einer Theorie zu heben versucht. Es besteht für uns eine gewisse Gefahr und Neigung, uns auf bequeme Art vom Linksradikalismus zu lösen, indem man mit dem linken Dogmatismus bricht, um in einen linken Spontaneismus zu verfallen. Den Dogmatismus mit Spontaneismus zu vertauschen ist doppelt angenehm: 1. braucht man sich von seinen linken Unarten nicht ganz zu trennen und 2. hat der Spontaneismus was Plausibles an sich, denn mit einigen ,,Massen", nämlich der ,,Bewegung", kann man sich so zu einem Gutteil verbinden.

Wir haben vier Möglichkeiten sowie die verschiedensten Verbindungen zwischen ihnen: 1. Wir lassen uns von der SU schlucken. 2. Wir lassen uns von den USA verteidigen. 3. Wir lassen uns von der westeuropäischen Bourgeoisie verteidigen. 4. Wir verteidigen uns selbst und revolutionär. Zu 4 haben wir noch kein Konzept, hier klafft eine große theoretische und eine noch größere praktische Lücke. Allein mit 4 kommen wir auf absehbare Zeit nicht aus. Also wird man zumindest 4 mit 3 verbinden müssen. Das müßte wohl so aussehen, daß wir positive Konzepte und Forderungen entwickeln und zusehen, daß wir zumindest Kompromisse erreichen. Ich habe mich mit den ,,alternativen" militärischen Konzepten noch nicht befaßt, weil ich mich wie gesagt hauptsächlich mit Dingen herumschlagen mußte, die einer Behandlung dieser Fragen überhaupt in unseren Reihen entgegenstanden, aber Raumverteidigung, wie sie wohl teilweise vertreten wird, stößt in Westdeutschland früh an die natürlichen Grenzen, und für einen ,,Verzicht auf Offensivwaffen" (S. 10), wozu Fücks etwa Panzer zählt, wäre ich nicht unbedingt. Selbst revolutionäre Verteidigung muß sich zumindest die Möglichkeit zum Nachsetzen oder auch offensiven Vorstoßen vorbehalten, und am Panzer wird es zuallerletzt liegen, ob ein Krieg gerechten oder ungerechten Zielen dient. Panzer sind heute militärische Standardartikel. Man kann sich über ihre militärische Zweckmäßigkeit unterhalten, schlecht aber über ihren ,,offensiven" Charakter. Zur Zeit ist Westeuropa zu einer eigenständigen Verteidigung noch nicht in der Lage, d.h. wir können nicht alternativlos auf 2 verzichten. Positive Forderungen, die die Verteidigung Westeuropas stärken und die USA in angemessene Schranken setzen!

Janto Just, Schortens

— ANZEIGE —
edition VielFalt bei Olle & Wolter – eV 4:
,,Partei Kaputt"
Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken
ternativen" militärischen Konzepten noch nicht befaßt, weil ich mich wie gesagt hauptsächlich mit Dingen herumschlagen mußte, die einer Behandlung dieser Fragen überhaupt in unseren Reihen entgegenstanden, aber Raumverteidigung, wie sie wohl teilweise vertreten wird, stößt in Westdeutschland früh an die natürlichen Grenzen, und für einen ,,Verzicht auf Offensivwaffen" (S. 10), wozu Fücks etwa Panzer zählt, wäre ich nicht unbedingt. Selbst revolutionäre Verteidigung muß sich zumindest die Möglichkeit zum Nachsetzen oder auch offensiven Vorstoßen vorbehalten, und am Panzer wird es zuallerletzt liegen, ob ein Krieg gerechten oder ungerechten Zielen dient. Panzer sind heute militärische Standardartikel. Man kann sich über ihre militärische Zweckmäßigkeit unterhalten, schlecht aber über ihren ,,offensiven" Charakter. Zur Zeit ist Westeuropa zu einer eigenständigen Verteidigung noch nicht in der Lage, d.h. wir können nicht alternativlos auf 2 verzichten. Positive Forderungen, die die Verteidigung Westeuropas stärken und die USA in angemessene Schranken setzen!
Janto Just, Schortens

,,Partei Kaputt"

Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken

bep. ,,Sie waren angetreten, um das, was sie für Sozialismus hielten, denen einzubleuen, die das anders sahen ... Jetzt ist die Partei kaputt. Ehemalige Verantwortliche sagen, warum und was sie jetzt tun wollen." Die ,,ehemaligen Verantwortlichen", die es über sich brachten, sich in dieser reißerischen und zugleich hämischen Weise präsentieren zu lassen, sind drei ehemalige Leitungsmitglieder der KPD. Der Inhalt sticht von dieser Aufmachung insofern ab, als die Autoren in drei Aufsätzen nüchtern und zumeist einleuchtend einige Ursachen für das Scheitern der KPD und ihren Zerfall darstellen: den KPD-Aufbau als Versuch von Gruppen der Studentenbewegung, sich durch Überstreifen des historischen Kostüms der KPD der 20er Jahre zur ,,Partei der Arbeiterklasse" zu machen, die Betrachtung der Partei als einzigen Hort der Wahrheit, die Übernahme eines dogmatisierten ,,Marxismus-Leninismus" als Instrument der Abgrenzung von der ,,kleinbürgerlichen Bewegung" und Übernahme der Sozialfaschismustheorie als Instrument der Abgrenzung von der Sozialdemokratie, das instrumentale Verhältnis zu sozialen und politischen Bewegungen, die Dämonisierung des Staatsapparates, die soziale Isolierung der Mitglieder und anderes.

Nun stand am Beginn des KBW nicht die sektiererische Konkurrenz, sondern die sehr berechtigte Kritik an der ,,Ochsenfroschpolitik" der ,,Parteigründer", speziell an der KPD, die Kritik nicht nur an ihrem Anspruch, sondern auch an wesentlichen Elementen ihrer Politik (und damit gleichzeitig der Theorie der alten KPD: Sozialfaschismusthese, RGO-Politik, Ökonomismus). Dennoch kommen wir – angesichts unserer Annäherung an das Sektierertum der ,,ML-

Rezension

Bewegung" in den letzten Jahren – um die Frage nicht herum (und in unserer eigenen Diskussion ist sie auch schon aufgeworfen), inwieweit wir nicht schon am Ausgangspunkt bestimmte theoretische Fehler dieser Bewegung geteilt haben: in der Auffassung der ,,Partei", des Marxismus-Leninismus, des Staates usw.

Die drei Verfasser gehen davon aus, daß der Auflösungsprozeß der KPD schon zwischen 1975 und 1977 seinen Ausgang nahm, als die KPD mit großen Teilen ihrer alten Konzeption brach und sich neuen Problemen stellte: vor allem der Frage nach der Verknüpfung des revolutionären Prozesses in unserem Land mit dem Kampf gegen die äußere Bedrohung und der nach der Rolle neuer gesellschaftlicher Bewegungen, der Ökologen, der Frauen. Ihr Verhältnis zur ,,traditionellen" Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung findet übrigens bemerkenswert wenig Beachtung. Die Öffnung für diese Probleme und das Unvermögen, sie angemessen zu behandeln, habe schließlich unausweichlich zur Auflösung geführt. Ein Ausdruck des parallellaufenden Verknöcherungsprozesses des KBW war, daß uns über die Polemik gegen unzureichende oder falsche Konzeptionen der KPD die realen Probleme, von denen sie damals teilweise ausging, in den Hintergrund gerieten zugunsten eines ,,radikalen Ökonomismus".

Die Autoren sehen das Schicksal der KPD als Bestandteil einer *allgemeinen* Krise der Linken (nicht nur der ,,K-Gruppen"), einer Krise, die ,,nur ein Ausdruck dafür ist, daß es offensichtlich keine übergreifenden Ideen, keine antikapitalistische Strategie auf der Höhe unserer Zeit gibt".

Ihre Konsequenz: Vorrang der theoretischen Arbeit, ohne nähere Angaben über Themen und Formen dieser Arbeit. Die Konsequenz des Herausgebers: Da die fortschrittlichen Kräfte auf absehbare Zeit in der Defensive sind, ist gegenwärtig allein der Reformradikalismus von Bürgerrechtsbewegungen angemessen.

Altentag 1981 contra Gerontologenkongreß

„Aufbruch der Alten gemeinsam mit den Jungen für ein menschenwürdiges Alter"

D.G. Im vornehmen Hamburger Kongreßzentrum (CCH) trafen sich letzte Woche 3000 Wissenschaftler aus 53 Ländern zum Internationalen Gerontologenkongreß. „Gerontologen" sind Ärzte, Psychologen, Soziologen, Pädagogen und so weiter, die sich mit dem Altern und der Lage alter Menschen befassen. Die Teilnahmegebühr betrug 300 DM. Die Betroffenen, die Rentner und alten Menschen, waren damit von der Teilnahme ausgeschlossen.

Ganz anders setzten sich am Mittwoch und Donnerstag in der Hamburger Uni die Selbsthilfegruppen und freien Initiativen im Altenbereich mit Altenproblemen auseinander. Organisiert worden war der Altentag 1981, der „Generatrubel", von den Hamburger „Grauen Panthern."

„Graue Panther", radikale Altenselbsthilfegruppen, nach dem Vorbild der amerikanischen „Grey Panthers" vor 6 Jahren in Wuppertal gegründeter Verein mit ca. 2000 Mitgliedern in der BRD, 1000 davon allein in der sehr aktiven Wuppertaler Gruppe. Organisatorisch selbständige Vereine in Hamburg, Bremen. Geplante Neugründung in Berlin unter Mitwirkung der AL. Eine weitere Selbsthilfegruppe ist der Mühlheimer Seniorentreff (MST) Köln.

Der „Generatrubel" begann am Mittwoch vormittag mit einem „Markt der Möglichkeiten". Die Altenselbsthilfegruppen (Graue Panther) beschrieben ihre Aktivitäten: gegenseitige Hilfe bei Krankheit, bei der Hausarbeit, der Durchsetzung bei Behörden und Sozialämtern, Kontakte mit Altenheimbewohnern und Protestaktionen gegen Mißstände in Heimen, Kampf gegen Entmündigung, Demonstrationen gegen staatliche Altenpolitik. Sie organisieren sich in Treffpunkten, wo politisch diskutiert wird, Forderungen erarbeitet werden, aber auch Musik gemacht, getanzt und Geselligkeit gepflegt wird.

Die freien Altenhilfegruppen (Lörrach, Bielefeld, Frankfurt) arbeiten hauptsächlich in der Pflege alter Menschen zu Hause. Mitarbeiter sind meist ehemalige Altenpfleger und Sozialarbeiter, die die altenfeindlichen Zwänge ihrer früheren Arbeitsstellen nicht ausgehalten haben und heute in selbstorganisierten Vereinen arbeiten.

Mittwoch nachmittag begannen die Arbeitsgruppen:

„Alt und Jung für den Frieden": Die Alten haben eine wichtige Aufgabe in der neuen Friedensbewegung. Sie haben zum Teil zwei Weltkriege hinter sich, haben das Leid des Krieges hautnah erlebt, einige haben schon früher an antimilitaristischen Bewegungen

Der „Generatrubel" begann am Mittwoch vormittag mit einem „Markt der Möglichkeiten". Die Altenselbsthilfegruppen (Graue Panther) beschrieben ihre Aktivitäten: gegenseitige Hilfe bei Krankheit, bei der Hausarbeit, der Durchsetzung bei Behörden und Sozialämtern, Kontakte mit Altenheimbewohnern und Protestaktionen gegen Mißstände in Heimen, Kampf gegen Entmündigung, Demonstrationen gegen staatliche Altenpolitik. Sie organisieren sich in Treffpunkten, wo politisch diskutiert wird, Forderungen erarbeitet werden, aber auch Musik gemacht, getanzt und Geselligkeit gepflegt wird.

Die freien Altenhilfegruppen (Lörrach, Bielefeld, Frankfurt) arbeiten hauptsächlich in der Pflege alter Menschen zu Hause. Mitarbeiter sind meist ehemalige Altenpfleger und Sozialarbeiter, die die altenfeindlichen Zwänge ihrer früheren Arbeitsstellen nicht ausgehalten haben und heute in selbstorganisierten Vereinen arbeiten.

Mittwoch nachmittag begannen die Arbeitsgruppen:

„Alt und Jung für den Frieden": Die Alten haben eine wichtige Aufgabe in der neuen Friedensbewegung. Sie haben zum Teil zwei Weltkriege hinter sich, haben das Leid des Krieges hautnah erlebt, einige haben schon früher an antimilitaristischen Bewegungen

teilgenommen. Diese Erfahrungen können sie den Jungen weitergeben. Die Arbeitsgruppe unterstützte den Krefelder Appell, darüberhinaus eine „atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal". Die Rüstungskosten gehen direkt zu Lasten der Alten und Kranken, durch Kürzungen bei Renten und Sozialleistungen. Das Plenum des Altentages verabschiedete eine Resolution an die Bundesregierung, vom NATO-Beschluß abzurücken.

„Wohngemeinschaften von Jung und Alt": Die Generationenwohngemeinschaft als Alternative zur Isolation der Alten in Alten„wohnanlagen" und Heimen bringt Probleme mit sich: Unterschiedlicher Lebensrhythmus und verschiedene Interessen sorgen für Konflikte. Als Lösung wurde vorgeschlagen, daß Alte und Junge jeweils ihren eigenen Bereich (Haus, Wohnung) haben, aber fürs Zusammenkommen ein gemeinschaftlicher Bereich vorhanden ist. Dies setzt menschengerechtere Bauplanung voraus.

„Alten- und -pflegeheime": Bekanntwerdende Pflegeheimskandale wegen Mißhandlungen und Veruntreuung von Geldern sind nur die Spitze des Eisberges. Ein großer Teil der Altenheimbewohner wird zwangseingewiesen. Viele werden in für sie nicht überschaubaren Verfahren entmündigt und dann legal ins Altenheim entführt. Personalmangel macht eine genaue Regulierung des Tagesablaufes notwendig, einschließlich elf Stunden erzwungener Nachtruhe. Das kann nur durch den massiven Einsatz von Beruhigungsmitteln erzwungen werden. Die Psychopharmaka beschleunigen aber rapide den geistigen und körperlichen Verfall bei ständiger Verabreichung. Völlig hilflos der Verwaltung der Heime ausgeliefert, durch die hohen Pflegesätze von 2500 und 3000 Mark zu Taschengeldempfängern der Sozialämter herabgewürdigt, siechen die alten Menschen in Vierbettzimmern dahin – die einzige Perspektive ist der Tod. Ein Ausschnitt aus den Forderungen: Stadtteilsanierung darf nicht zur Entwurzelung der Alten führen. Bestrafung von Spekulanten – für friedliche Hausbesetzungen. Für eine rechtlich und finanziell selbständige Position der Heimbewohner: Auszahlung der Gelder nicht als Sozialhilfe und nicht durch die Heimleitungen, Selbstverwaltung der Heime und Mitbestimmung in allen Fragen, mehr und besser ausgebildetes Personal, Rehabilitation – aktivierende Pflege („Helft den Alten auf die Beine und erspart uns Pflegeheime"). Statt riesiger „Altenentsorgungsanlagen" am Stadtrand: kleine Heime im Stadtteil.

„Pflege und Hilfe daheim": Die freien Altenhilfegruppen betrachten

überschaubaren Verfahren entmündigt und dann legal ins Altenheim entführt. Personalmangel macht eine genaue Regulierung des Tagesablaufes notwendig, einschließlich elf Stunden erzwungener Nachtruhe. Das kann nur durch den massiven Einsatz von Beruhigungsmitteln erzwungen werden. Die Psychopharmaka beschleunigen aber rapide den geistigen und körperlichen Verfall bei ständiger Verabreichung. Völlig hilflos der Verwaltung der Heime ausgeliefert, durch die hohen Pflegesätze von 2500 und 3000 Mark zu Taschengeldempfängern der Sozialämter herabgewürdigt, siechen die alten Menschen in Vierbettzimmern dahin – die einzige Perspektive ist der Tod. Ein Ausschnitt aus den Forderungen: Stadtteilsanierung darf nicht zur Entwurzelung der Alten führen. Bestrafung von Spekulanten – für friedliche Hausbesetzungen. Für eine rechtlich und finanziell selbständige Position der Heimbewohner: Auszahlung der Gelder nicht als Sozialhilfe und nicht durch die Heimleitungen, Selbstverwaltung der Heime und Mitbestimmung in allen Fragen, mehr und besser ausgebildetes Personal, Rehabilitation – aktivierende Pflege („Helft den Alten auf die Beine und erspart uns Pflegeheime"). Statt riesiger „Altenentsorgungsanlagen" am Stadtrand: kleine Heime im Stadtteil.

„Pflege und Hilfe daheim": Die freien Altenhilfegruppen betrachten

sich als Alternative zu Heimen und den etablierten Trägern der Altenhilfe. Ihr Ziel: „Statt Pflegeheim: Pflege und Hilfe daheim bis zum Tod". Pflege, Haushaltshilfen, Unterstützung beim Sozialamt, alles wird von ein und demselben Betreuer durchgeführt. Die Beihilfen des Sozialamts sind zu niedrig und müssen schwer erkämpft werden. Im Gegensatz zu den großen Verbänden erhalten die freien Träger fast keine staatliche Unterstützung.

„Offensives Altern": Die Berliner Gruppe „Offensives Altern" setzte sich mit dem diskriminierenden Altersbild und der herrschenden Familienideologie auseinander.

„Armut und Renten": Der Gerontologenkongreß spricht über, nicht mit uns. Armut im Alter ist dort kein Thema. 2 Millionen alte Frauen mit weniger als 600 DM Rente im Monat sind eine Schande für diesen Staat. Erwerbsminderung durch Kriege, Arbeitsmarktpolitik, Kindererziehung und die Lohnungerechtigkeit durch Leichtlohngruppen schlagen hier durch. Von den Altersforschern wurde gefordert, daß sie die Zerstörung der menschlichen Lebenskraft dort untersuchen, wo sie entsteht: im Arbeitsprozeß. Eine Volksrente wurde gefordert von zur Zeit mindestens 1300 DM. Auf dem Weg dahin: Unabhängigkeit vom Sozialamt, keine Unterhaltspflicht der Kinder, Sockelbeträge bei Rentenanpassungen, Rücknahme der 13% Rentenkürzung durch die Nettoanpassung. „Eine gesellschaftliche Ordnung, wo der gesellschaftliche Reichtum denen zugute kommt, die ihn geschaffen haben."

Nachdem die Arbeitsgruppen dem Plenum berichtet und ihre Forderungen auf Transparente und Flugblätter gebracht hatten, demonstrierten die 400 Teilnehmer (je zur Hälfte Alte und Junge) zum HCC, dem Tagungsort des Gerontologenkongesses. Nur wenige Gerontologen ließen sich auf der Abschlußkundgebung blicken. Ein amerikanischer Wissenschaftler wollte spontan den „Grauen Panthern" beitreten, „to substitute them". Einige deutsche Gerontologen rechtfertigten ihre abgehobene Wissenschaftlichkeit und bescheinigten den anwesenden Betroffenen, daß sie ja nun von Altenforschung doch nichts verstünden. Ein Mitorganisator des Kongresses verwies die „Grauen Panther" auf das Bürgerforum im HCC am Freitag. Allerdings: „Wenn da Gruppen kommen und unsachliche Beiträge bringen und polemisieren wollen, dann können wir das nicht dulden. Dann müssen wir eben das Wort entziehen" (sprich: Mikrophon abschalten). Sein Abschied: „Na, das war ja alles ganz nett, dann wollen wir jetzt mal wieder an die Arbeit gehen", sprachs und strebte wie-

Sozialamt, keine Unterhaltspflicht der Kinder, Sockelbeträge bei Rentenanpassungen, Rücknahme der 13% Rentenkürzung durch die Nettoanpassung. „Eine gesellschaftliche Ordnung, wo der gesellschaftliche Reichtum denen zugute kommt, die ihn geschaffen haben."

Nachdem die Arbeitsgruppen dem Plenum berichtet und ihre Forderungen auf Transparente und Flugblätter gebracht hatten, demonstrierten die 400 Teilnehmer (je zur Hälfte Alte und Junge) zum HCC, dem Tagungsort des Gerontologenkongesses. Nur wenige Gerontologen ließen sich auf der Abschlußkundgebung blicken. Ein amerikanischer Wissenschaftler wollte spontan den „Grauen Panthern" beitreten, „to substitute them". Einige deutsche Gerontologen rechtfertigten ihre abgehobene Wissenschaftlichkeit und bescheinigten den anwesenden Betroffenen, daß sie ja nun von Altenforschung doch nichts verstünden. Ein Mitorganisator des Kongresses verwies die „Grauen Panther" auf das Bürgerforum im HCC am Freitag. Allerdings: „Wenn da Gruppen kommen und unsachliche Beiträge bringen und polemisieren wollen, dann können wir das nicht dulden. Dann müssen wir eben das Wort entziehen" (sprich: Mikrophon abschalten). Sein Abschied: „Na, das war ja alles ganz nett, dann wollen wir jetzt mal wieder an die Arbeit gehen", sprachs und strebte wie-

der dem Kongreßzentrum zu.



Frankfurt. Am vergangenen Wochenende veranstalteten die Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West in dem Waldgelände, das für den Bau der Startbahn gerodet werden soll, ein Fest. Das Waldgelände ist seit langem besetzt, ein Hüttendorf ist dort gebaut worden. Die Landesregierung hat schon vor Wochen die Räumung des Hüttendorfes angekündigt. Innenminister Gries hatte sich anläßlich seiner Japan-Reise durch japanische Polizeitaktiker über Einsatzformen anläßlich der Räumung des dortigen Geländes für den Flughafen Narita sachkundig machen lassen. Die Bürgerinitiativen haben angekündigt, daß das besetzte Gelände im Fall der Räumung aktiv verteidigt werden wird.

CDU und SPD zusammen gegen die Ausländer

Wie lange hat Börner in Hessen noch etwas zu sagen?

ke. „Es kommt, solange ich in Hessen noch etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land." Kein mittelalterlicher Großfürst mit Kreuzzugfanatismus, nicht Strauß und auch nicht Kohl, die solches sagen, sondern Börner, SPD-Ministerpräsident in Hessen, treibt diese Volksverhetzung (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10.7.). Von der NPD-initiierten „Bürgerinitiative Ausländerstopp" erhält er dafür das Prädikat „erstaunlich fortschrittlich". Eine Flugschrift dieser „Bürger"-Initiative mit einer Startauflage von einer Million will mit diesem Kriegsruf Reklame für den Ausländerstopp machen. Man sieht, wessen Karren Börner zieht. Er wird immer mehr zum reaktionären Vorreiter in der SPD.

Die CDU-Innenminister und CDU-Parlamentarier forderten auf einem Treffen in Hannover Anfang Juli ein „härteres Ausländerrecht". Ausländer sollen sofort abgeschoben werden können, wenn die Polizei einen Verstoß gegen das Vereinigungs- oder Versammlungsrecht festgestellt hat. §10 des Ausländergesetzes müsse „um eine Reihe von Normen" ergänzt werden, um „die Gewalttätigkeit von Ausländern in der Bundesrepublik zu bekämpfen." – §10 des Ausländergesetzes zählt in zehn ausführlichen Ziffern die Tatbestände auf, die zu Ausweisung und Abschiebung führen können, vom Verstoß gegen die freiheitliche de-

mann, Frankfurter Oberbürgermeister, will die, die drin sind, ausweisen und abschieben. Beide wollen durch die Praxis durchsetzen, was die Gerichte derzeit nicht mitmachen.

Wie das funktionieren soll, zeigt Wallmanns Ausweisungsverfügung gegen Dogan Ö., türkischer Arbeiter, der nach einer Demonstration von Türken gegen eine Veranstaltung der „Grauen Wölfe" von der Polizei blutig geschlagen wurde und gegen den jetzt wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung ermittelt wird. Die Polizei muß selbst zugeben, daß sie „keinen konkreten Tatnachweis" gegen ihn hat. Wallmann sieht darüber hinweg und weist trotzdem aus. Daß Dogan Ö. seit vier, seine Frau seit neun Jahren in der BRD leben und arbeiten, daß ihre Kinder hier geboren sind, was soll's. „Sie selbst waren zunächst verpflichtet, für den Bestand Ihrer Ehe und Familie zu sorgen, indem Sie sich so verhielten, daß Sie keinen Anlaß für Ihre Ausweisung gaben." Das Verwaltungsgericht wird darüber noch entscheiden.

Veranstaltungen

Frankfurt

Diskussionsforum Kommunismus und

ke. „Es kommt, solange ich in Hessen noch etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land." Kein mittelalterlicher Großfürst mit Kreuzzugfanatismus, nicht Strauß und auch nicht Kohl, die solches sagen, sondern Börner, SPD-Ministerpräsident in Hessen, treibt diese Volksverhetzung (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 10.7.). Von der NPD-initiierten „Bürgerinitiative Ausländerstopp" erhält er dafür das Prädikat „erstaunlich fortschrittlich". Eine Flugschrift dieser „Bürger"-Initiative mit einer Startauflage von einer Million will mit diesem Kriegsruf Reklame für den Ausländerstopp machen. Man sieht, wessen Karren Börner zieht. Er wird immer mehr zum reaktionären Vorreiter in der SPD.

Die CDU-Innenminister und CDU-Parlamentarier forderten auf einem Treffen in Hannover Anfang Juli ein „härteres Ausländerrecht". Ausländer sollen sofort abgeschoben werden können, wenn die Polizei einen Verstoß gegen das Vereinigungs- oder Versammlungsrecht festgestellt hat. §10 des Ausländergesetzes müsse „um eine Reihe von Normen" ergänzt werden, um „die Gewalttätigkeit von Ausländern in der Bundesrepublik zu bekämpfen." – §10 des Ausländergesetzes zählt in zehn ausführlichen Ziffern die Tatbestände auf, die zu Ausweisung und Abschiebung führen können, vom Verstoß gegen die freiheitliche de-

mokratische Grundordnung über den Verstoß gegen eine Vorschrift des Aufenthaltsrechts (unterlassene polizeiliche Wohnanmeldung) bis zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Ziffer 11 faßt zusammen: Ausgewiesen werden kann, wer „erhebliche Belange der BRD beeinträchtigt."

Was die CDU an *Gesetzes*änderungen fordert, ist durch solche umfassend genannten Tatbestände längst erfaßt. Der CDU kommt es mit ihren Vorschlägen auf eine Änderung der *Praxis* an.

CDU und SPD organisieren den Zangengriff auf die Ausländer in der BRD, insbesondere gegen die Türken. Börner will keinen reinlassen, Wallmann, Frankfurter Oberbürgermeister, will die, die drin sind, ausweisen und abschieben. Beide wollen durch die Praxis durchsetzen, was die Gerichte derzeit nicht mitmachen.

Wie das funktionieren soll, zeigt Wallmanns Ausweisungsverfügung gegen Dogan Ö., türkischer Arbeiter, der nach einer Demonstration von Türken gegen eine Veranstaltung der „Grauen Wölfe" von der Polizei blutig geschlagen wurde und gegen den jetzt wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung ermittelt wird. Die Polizei muß selbst zugeben, daß sie „keinen konkreten Tatnachweis" gegen ihn hat. Wallmann sieht darüber hinweg und weist trotzdem aus. Daß Dogan Ö. seit vier, seine Frau seit neun Jahren in der BRD leben und arbeiten, daß ihre Kinder hier geboren sind, was soll's. „Sie selbst waren zunächst verpflichtet, für den Bestand Ihrer Ehe und Familie zu sorgen, indem Sie sich so verhielten, daß Sie keinen Anlaß für Ihre Ausweisung gaben." Das Verwaltungsgericht wird darüber noch entscheiden.

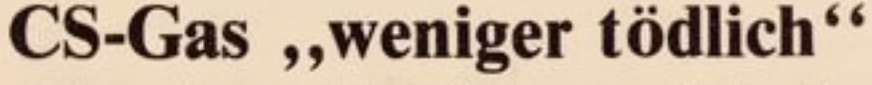
Veranstaltungen

Frankfurt

Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf, Thema: „Imperialismus, Sozialimperialismus und Probleme beim Übergang zum Sozialismus in unterentwickelten Ländern" (Kommunismus und Klassenkampf 7/81) mit Hans-Gerhart Schmierer
Gildestuben, Bleichstraße
Freitag, 31.7.1981, 19.30 Uhr

Mannheim

Diskussionsveranstaltung zum Artikel: „Imperialismus, Sozialimperialismus und Probleme beim Übergang zum Sozialismus in unterentwickelten Ländern" (Kommunismus und Klassenkampf 7/81) mit Hans-Gerhart Schmierer
Gaststätten Rhein-Neckar-Stadion, Theodor-Heuss-Anlage
Donnerstag, 30.7.1981, 19.00 Uhr



CS-Gas „weniger tödlich"

Tandlers Erkenntnisse und die Erfahrungen mit dem Kampfstoff

gkr. Es ist knapp über 3 Wochen her, daß der scheidende Vorsitzende der Polizeigewerkschaft GdP, Schirrmacher, sich für die Einführung des Reizgases CS bei der Polizei ausgesprochen hat. Bayerns Innenminister Tandler hatte kurz danach angekündigt, Bayern werde seine Polizei im Alleingang mit CS ausrüsten, und am Dienstag vergangener Woche hat die bayerische Staatsregierung diese Absicht abgesegnet. Sie berief sich dabei auf ein Urteil der technischen Kommission der Innenministerkonferenz, die Mitte Juni einstimmig zu dem Ergebnis gekommen sei, daß der Einsatz von CS gegenüber dem bisher verwendeten Tränengas CN zu bevorzugen ist. Die Innenminister hatten allerdings damals eine weitere Prüfung bis zum Herbst verabredet und auch die CDU-Kollegen Tandlers zeigten sich von dessen Vorstoß nicht begeistert.

Tatsächlich ist CS schon lange bekannt, im Vietnamkrieg wurde es von den US-Imperialisten in großem Maßstab eingesetzt. Daß es dennoch bisher nicht eingesetzt wurde, liegt offensichtlich, entgegen vielen anderslautenden Versicherungen, an der Gefährlichkeit. Hierüber liegen mittlerweile auch verschiedene Erfahrungsberichte vor. So führen die bayerischen Politiker als Beweis für die gesundheitliche Unbedenklichkeit des Kampfstoffes ein Gutachten des britischen Innenministeriums aus dem Jahre 1969 an. In Großbritannien aber wird CS mittlerweile nicht mehr als „unschädlich" bezeichnet, sondern als „weniger tödlich". Über die Folgen des Einsatzes von CS-Gas vor über zwei Wochen in Liverpool bei den schweren Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und Polizei enthüllte jetzt die britische Wochenzeitschrift „New Statesman":

CS-Gasgranaten wurden auf Menschen geschossen, die laut Hersteller nicht „gegen Menschen und Ansammlungen" benutzt werden dürfen. Mindestens 4 Menschen wurden getroffen und verletzt. Einer wurde erst an der Brust getroffen, dann, als er sich davonschleppte, im Rücken. Die tiefen klaffenden Wunden mußten im Krankenhaus behandelt werden. Ein anderer mußte eine Arterientransplantation erhalten, nachdem er an der Hüfte, wenig neben den Genitalien, getroffen worden war. Ein Angestellter des Produzenten: „Wenn sie sie direkt auf Menschen abfeuern, können sie genausogut scharfe Munition verwenden, es hätte die gleiche Wirkung."

Auch die Behörden der Schweiz, auf deren Erfahrungen sich die Polizeiexperten ebenfalls stützen, betonen die Ungefährlichkeit. Aber 1977 hatte ein Feuerwehrmann in einem geschlossenen Raum CS eingeatmet. Er hatte danach ein Lungenödem, Herzinsuffizienz, eine Lungenentzündung sowie Darm- und Leberbeschwerden und Störungen im vegetativen Nervensystem. Nach ca. einem halben Jahr war er erst wieder gesund. Die „Vereinigung unabhängiger Ärzte" der Region Zürich weist auf Dutzende von schweren Augenverletzungen nach den Kämpfen in Zürich, bei denen ebenfalls CS eingesetzt wurde, hin.

Bundeswehrangehörige, die im Umgang mit CS-Gas ausgebildet werden, weisen auf die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen bei den Übungen hin. Einen eigenen CS-Schein muß erworben haben, wer damit hantieren soll. „Ich muß in zwei bis drei Kilometer Entfernung Absperrposten einsetzen, zu denen ich ständig Funk- oder Telefonkontakt habe, um sicherzugehen, daß nicht Unbeteiligte in den Wirkungsbereich laufen", berichtet einer über eine Übung. Selbst über Wirkung und Schutzmaßnahmen belehrte Soldaten geraten, wenn sie bei einer Übung in einen CS-Nebel geführt werden, in Aufregung. Sie, heißt es, „werfen ihre Gewehre weg, schreien, vergessen alle Selbstschutzmaßnahmen, rennen durcheinander und versuchen sehnellstmöglich wegzukommen".

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Der Fall Dr. Härdle
Verteidigungsrechte in Gefahr

Unter diesem Thema beteiligten sich am Dienstag, den 14. Juli, vier- bis fünfhundert Menschen im völlig überfüllten ,,Zieglerbräu" in Heidelberg an einer Podiumsdiskussion. Nahezu noch einmal so viele Menschen fanden keinen Einlaß mehr. Die Veranstaltung war geprägt durch die Auseinandersetzung mit der Reaktion des Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Laschitza und des Prof. Dr. Döhring in der Lokalpresse auf die Kritik an den Urteilen im Fall Dr. Härdle und ihrem Zustandekommen und auf den Willen dieser demokratischen Bewegung, diese Urteile zu Fall zu bringen. Rechtlich stützt sich diese Bewegung auf die Einlegung der Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg. Versucht wird, durch breite Öffentlichkeitsarbeit hier einen Erfolg zu erringen, um die Inhaftierung von Rechtsanwalt Dr. Härdle zu verhindern. Die Position des Podiumsteilnehmers und Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen (SPD) war, er sei für rechtsstaatliche Grundsätze, die in diesem Fall verletzt worden seien. Dr. Härdle habe kein faires Verfahren bekommen, Richter und Angeklagter seien durch ihr jahreslanges Gegeneinander als Kontrahenten vor Gericht unentwirrbar miteinander verstrickt. Im folgenden dokumentieren wir wesentliche Aspekte der Debatte.



,,Tut mir leid meine Herr'n – aber die Mehrheit des Publikums wünscht ein anderes Programm!"

Gang zum Europäischen Gerichtshof soll Inhaftierung verhindern

– Aus dem Beitrag von RA Härdle –

Es wäre vieles zu sagen zu diesem Leserbrief. Ich möchte mich auf einige Punkte beschränken. Prof. Doehring, wahrscheinlich im Einklang mit seinen Professorenkollegen, argumentiert, daß, nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden habe, jede Forderung, die darauf hinauslaufe, diese Entscheidung aufzuheben oder mich nicht zu inhaftieren, illegal und verfassungswidrig sei. Diese Argumentation dient dazu, den Unterzeichnern der Anzeige in der Heidelberger Lokalpresse, unter denen z.B. Lehrer waren, auch ein Richter aus Mannheim, schwerste Verstöße gegen ihre Beamtenpflichten vorzuwerfen.

Was Prof. Doehring hier unterschlägt – und dies wundert um so mehr deshalb, weil er eigentlich Professor für Völkerrecht und sonstiges internationales Recht ist – was er vollständig unterschlägt, ist, daß ich bekanntermaßen Beschwerde gegen dieses ganze Verfahren bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg einlege, und unter Bezugnahme auf diese Beschwerde war in der Anzeige in der Heidelberger Tagespresse von 83 Gewerkschaftern, Betriebs- und Personalräten gefordert worden:

Keine Inhaftierung, Aufhebung der Entscheidungen des BVG, des BGH und des LG! Was anderes verfolge ich denn mit meiner Beschwerde in Straßburg, als daß meine Inhaftierug dadurch verhindert wird, daß die Entscheidungen, die hier national ergangen sind, tatsächlich von internationalen Instanzen beanstandet und für rechtswidrig erklärt werden. Die Bundesrepublik hat sich der Europäischen Menschenrechtskonvention angeschlossen, sie ist damit verbindliches Recht, und das will offensichtlich Prof. Doehring, der Professor ist u.a. für internationales Recht und Völkerrecht, nicht zur Kenntnis nehmen; er unterschlägt es in seiner Stellungnahme und wirft völlig zu Unrecht den Unterzeichnern solcher Erklärungen vor, verfassungswidrig zu handeln und sogar illegal. Das ist ja auch ein Ausdruck, der von ihm benutzt wird.

Der zweite Punkt, der hier noch auszuführen ist, ist der, daß Prof. Doehring die Auffassung vertritt: Wenn das Bundesverfassungsgericht einmal entschieden hat, dann darf keine Justizkritik mehr erfolgen. Ich bin da ganz anderer Auffassung und ich glaube, die Auseinandersetzung und das, was sich in diesem Verfahren gegen mich hier getan hat, zeigt, daß viele Leute anderer Auffassung sind. Aber nicht nur in diesem Verfahren sind viele Leute anderer Auffassung, sondern auch im Bezug auf andere Entscheidungen, die bis zum Bundesverfassungsgericht hin abgesegnet worden sind; da sind die Leute der Auffassung, daß Kritik zulässig ist an solchen Entscheidungen, und daß Kritik auch angebracht ist. Ich erinnere z.B. an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum §218. Selbstverständlich gab es erhebliche Kritik an dieser Entscheidung, und das war auch richtig. Darüber will sich Prof. Doehring hinwegsetzen, und ich meine, er befindet sich mit dieser Haltung gegenüber der Justiz in einer tatsächlich schlimmen Tradition.

,,Mißbrauch der Verfassung"

Aus dem Leserbrief Prof. Dr. Doehrings in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 14.7.1981.

Drei Instanzen der Gerichtsbarkeit haben die Rechtmäßigkeit der strafrechtlichen Verurteilung des Rechtsanwalts Härdle ausgesprochen bzw. bestätigt. Die zuletzt ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts enthält den Hinweis ,,unanfechtbar". Zeitungen, Rundfunk und Pressemitteilungen politischer Gruppen berichteten, die Verfahren seien ,,umstritten". Dabei sollte beachtet werden, wer hier ,,umstreitet" und was bestritten wird ... Wenn nun mit gezielter Propaganda der politischen Freunde des Verurteilten in einem Aufruf, den auch Buchhändler der Firma Ziehank und Betriebsratsmitglieder unterzeichnet haben, die ,,Aufhebung" der Urteile gefordert wird, kann doch kein Zweifel darüber entstehen, daß zu einer Illegalität, einer Mißachtung der Entscheidung des höchsten Gerichts und also einer Mißachtung der Verfassung aufgefordert wird. Man stelle sich vor, Herr Härdle wäre – eventuell mangels Beweise – freigesprochen worden und seine politischen Gegner hätten nun ihrerseits dazu aufgerufen, den Freispruch zu mißachten und eine Bestrafung trotz rechtskräftigen Urteils zu fordern. Sicherlich hätte dann der ,,Freigesprochene" mit Recht die Mißachtung des Rechtsstaates geltend gemacht ...

Die Entscheidungen der unabhängigen Gerichte unverantwortlichen Pressure groups zu überantworten, bedeutet das Ende der Rechtssicherheit. Im Grunde weiß das auch jeder an diesem Fall Beteiligte.

,,In Gefahr ist die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs"

Aus dem Leserbrief des Landgerichtspräsidenten Dr. Laschitza in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 14.7. 81:

Gemeinhin ist zu derartigen Veranstaltungen nichts zu bemerken. Im vorliegenden Fall nehmen an der Diskussion jedoch ein ehemaliger Bundesverfassungsrichter und ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages teil. Dies veranlaßt mich, Ihnen Erwägungen mitzuteilen, die in diesem Zusammenhang gehört und bedacht werden sollten.

Nach meiner Überzeugung sind nicht Verteidigerrechte in Gefahr; in Gefahr ist vielmehr die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs, weil Verteidigerrechte in einem bisher nie dagewesenen Umfang von einigen wenigen Rechtsanwälten mißbraucht wurden. So wurde gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle an 49 Verhandlungstagen – insgesamt über vier Monate – verhandelt. Die Strafkammer hatte dabei über mehr als 600 Anträge der 5 Verteidiger des einzigen Angeklagten zu entscheiden. Allein an einen einzigen Zeugen hat einer der Verteidiger nach Abschluß der eingehenden Befragung durch das Gericht über 300 Fragen gestellt ...

Würden alle Strafverteidiger die Rechte der Strafprozeßordnung in einem so exzessiven Umfang in Anspruch nehmen, würde die Strafrechtspflege zusammenbrechen ... Schließlich ist es mit dem verfassungsrechtlich verbürgten Gleichheitsgrundsatz schlechthin nicht zu vereinbaren, wenn einige wenige für sich in Anspruch nehmen, daß eine Hauptverhandlung Monate dauert, während das bei der Vielzahl der anhängigen Verfahren zwangsläufig nicht sein kann.

Pressestimmen zur Kündigung bei der Buchhandlung Ziehank

Wie in der KVZ Nr. 29/81 bereits kurz berichtet, ist in 1. Instanz die Kündigung von 6 Beschäftigten der Buchhandlung Ziehank, die sich in einer Anzeige in der Tagespresse zusammen

... sind m.E. für diese Berufsausübung völlig ungeeignet und sollten einen anderen Beruf ergreifen ..." (16.6.81)

Frau Dr. Weber, Haushaltssachbear-

Pressemitteilung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV): ,,Die Gewerkschaft HBV fordert die sofortige Rücknahme der Kündigungen und die Weiterbeschäftigung

Aus den Beiträgen von RA Baier und RA Borowsky

Rechtsanwalt Baier:

,,..., ob mit dem Urteil und mit den Entscheidungen gegen den Kollegen Härdle nicht auch das Recht auf einen Verteidiger in Gefahr ist. Ich meine nämlich, daß man davon ausgehen kann, daß das Urteil gegen Gerhard Härdle, das hier über das Landgericht Heidelberg gesprochen worden ist, in einer Reihe von Urteilen steht, mit denen versucht worden ist, teilweise er-

Wenn in einem Verfahren 600 Anträge gestellt werden, dann muß man davon ausgehen, daß die Verteidigerrechte exzessiv wahrgenommen wurden. (...)

Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Wenn man sich überlegt, daß in einem Verfahren 600 Anträge erforderlich sind, um die minimalsten Rechte des Angeklagten zu vertreten, oder zu versuchen zu vertreten, dann kehrt sich die Argumentation des Präsidenten des

nicht zu inhaftieren, illegal und verfassungswidrig sei. Diese Argumentation dient dazu, den Unterzeichnern der Anzeige in der Heidelberger Lokalpresse, unter denen z.B. Lehrer waren, auch ein Richter aus Mannheim, schwerste Verstöße gegen ihre Beamtenpflichten vorzuwerfen.

Was Prof. Doehring hier unterschlägt – und dies wundert um so mehr deshalb, weil er eigentlich Professor für Völkerrecht und sonstiges internationales Recht ist – was er vollständig unterschlägt, ist, daß ich bekanntermaßen Beschwerde gegen dieses ganze Verfahren bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg einlege, und unter Bezug-

burg, als daß meine Inhaftierug dadurch verhindert wird, daß die Entscheidungen, die hier national ergangen sind, tatsächlich von internationalen Instanzen beanstandet und für rechtswidrig erklärt werden. Die Bundesrepublik hat sich der Europäischen Menschenrechtskonvention angeschlossen, sie ist damit verbindliches Recht, und das will offensichtlich Prof. Doehring, der Professor ist u.a. für internationales Recht und Völkerrecht, nicht zur Kenntnis nehmen; er unterschlägt es in seiner Stellungnahme und wirft völlig zu Unrecht den Unterzeichnern solcher Erklärungen vor, verfassungswidrig zu handeln und sogar illegal. Das ist ja auch ein Ausdruck, der von ihm benutzt wird.

hier getan hat, zeigt, daß viele Leute anderer Auffassung sind. Aber nicht nur in diesem Verfahren sind viele Leute anderer Auffassung, sondern auch im Bezug auf andere Entscheidungen, die bis zum Bundesverfassungsgericht hin abgesegnet worden sind; da sind die Leute der Auffassung, daß Kritik zulässig ist an solchen Entscheidungen, und daß Kritik auch angebracht ist. Ich erinnere z.B. an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum §218. Selbstverständlich gab es erhebliche Kritik an dieser Entscheidung, und das war auch richtig. Darüber will sich Prof. Doehring hinwegsetzen, und ich meine, er befindet sich mit dieser Haltung gegenüber der Justiz in einer tatsächlich schlimmen Tradition.

Deutschen Bundestages teil. Dies veranlaßt mich, Ihnen Erwägungen mitzuteilen, die in diesem Zusammenhang gehört und bedacht werden sollten.

Nach meiner Überzeugung sind nicht Verteidigerrechte in Gefahr; in Gefahr ist vielmehr die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs, weil Verteidigerrechte in einem bisher nie dagewesenen Umfang von einigen wenigen Rechtsanwälten mißbraucht wurden. So wurde gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle an 49 Verhandlungstagen

stellt ...

Würden alle Strafverteidiger die Rechte der Strafprozeßordnung in einem so exzessiven Umfang in Anspruch nehmen, würde die Strafrechtspflege zusammenbrechen ... Schließlich ist es mit dem verfassungsrechtlich verbürgten Gleichheitsgrundsatz schlechthin nicht zu vereinbaren, wenn einige wenige für sich in Anspruch nehmen, daß eine Hauptverhandlung Monate dauert, während das bei der Vielzahl der anhängigen Verfahren zwangsläufig nicht sein kann.

Pressestimmen zur Kündigung bei der Buchhandlung Ziehank

Wie in der KVZ Nr. 29/81 bereits kurz berichtet, ist in 1. Instanz die Kündigung von 6 Beschäftigten der Buchhandlung Ziehank, die sich in einer Anzeige in der Tagespresse zusammen mit 79 weiteren Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern gegen die Verurteilung von Rechtsanwalt Dr. Härdle gewandt hatten, zurückgewiesen worden. Der ,,Fall Ziehank" hat selbst in der überregionalen Presse (,,Stern", ,,Zeit", ,,Frankfurter Rundschau", ,,Stuttgarter Zeitung", Hessischer, Westdeutscher, Süddeutscher und Südfunk) seinen Niederschlag gefunden. Im folgenden in Ergänzung zu unserem Artikel in der letzten KVZ eine kurze Dokumentation in Form von Presse- und Briefauszügen.

Prof. Dr. jur. Mußgnug: ,,... Ich möchte ebenso ungern wie Professor Schneider bei meinen Buchkäufen von Buchhändlerinnen bedient werden, die es für richtig halten, gegen die deutschen Gerichte unqualifizierte Angriffe zu erheben und sich zu der Forderung zu versteigen, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes müßten ,aufgehoben' werden ..." (19.6.81)

Prof. Dr. Adolf Laufs, Rektor der Universität Heidelberg: ,,Weil ich nicht Gefahr laufen möchte, mich in Ihrem Geschäft von Buchhändlern bedienen zu lassen, die eine so schlechte Meinung von der Justiz unseres freiheitlichen Rechtsstaates haben, wie dies in der Anzeige vom 11. Juni in der ,,Rhein-Neckar-Zeitung" von sechs Angehörigen Ihres Hauses zum Ausdruck gebracht worden ist, werde ich ihre Buchhandlung in Zukunft meiden ..." (15.6.81)

Prof. Dr. Karl Doehring, Direktor am Max-Planck-Institut: ,,... Vor allem aber möchte ich noch das Folgende bemerken. Juristische Buchhändler, die sich einem Aufruf derart anschließen, ... sind m.E. für diese Berufsausübung völlig ungeeignet und sollten einen anderen Beruf ergreifen ..." (16.6.81)

Frau Dr. Weber, Haushaltssachbearbeiterin, zuständig für Büchereinkauf und Zeitschriftenbezug am Jur. Seminar: ,,Die Ordinarien (verlangen) für das Juristische Seminar einen Wechsel des Lieferanten". (12.6.81)

Südfunk II: ,,... die Professoren, die in Briefen ihre Geschäftsbeziehungen zu einer Buchhandlung aufgekündigt haben, (haben) nicht nur das Amt gemeinsam ..., sondern auch die Mitgliedschaft in einem Verein. ... Was hat nun aber der ,,Bund Freiheit der Wissenschaft" mit der Affäre um die Buchhandlung Ziehank zu tun? Der Freiheitsbund wirkt seit eh und je am liebsten im Geheimen ... (Die) Briefe verraten ein und dieselbe Handschrift. Nach außen sollte das ganze wie eine spontane Aktion aussehen. Daß der Professorenbund die Hand im Spiel hat, diesen Eindruck wollte man vermeiden. Nur – so wie die Dinge liegen – läßt er sich wohl nicht vermeiden ..." (9.7.81)

,,Frankfurter Rundschau": ,,... Die Briefe wären eine vordemokratische Provinzposse konservativer Professoren geblieben, hätte sich der Inhaber der Buchhandlung, Walter Torka, vor seine Angestellten gestellt ..." (9.7.81)

Süddeutscher Rundfunk: ,,... Die Universtität selber streitet solchen gezielten Boykott ab ..." (3.7.81)

,,Stern": ,,... Walter Torka aber scheint schon sicher zu sein, daß er den Anblick der sechs Kläger zumindest für längere Zeit keinem ordentlichen Professor mehr zumuten muß. Im Schaufenster bei Ziehank hängt bereits ein Schild: ,,Aushilfen gesucht' ..." (Nr. 29/9.7.81)

Pressemitteilung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV): ,,Die Gewerkschaft HBV fordert die sofortige Rücknahme der Kündigungen und die Weiterbeschäftigung der 2 gekündigten Arbeitnehmer, sowie die Rücknahme der Kündigungs-Anträge gegenüber den Betriebsratsmitgliedern ..." (2.7.81)

,,Rhein-Neckar-Zeitung": ,,... Der Sekretär der Gewerkschaft HBV, Portner, und der Heidelberger DGB-Vorsitzende Menzel ... fühlten sich durch das Vorgehen der Justiz an den Nazispruch erinnert: ,Kauft nicht bei Juden!' ..." (7.7.81)

,,Rhein-Neckar-Zeitung": ,,... Wie Richter Hennemann in seiner Urteilsbegründung sagte, sei die Firma nicht berechtigt, politische Meinungsäußerungen ihrer Mitarbeiter zu rügen. In der Anzeige in der ,,RNZ" für Dr. Härdle könne man keine Pflichtverletzung durch die Angestellten erkennen. Das Namensrecht wäre auch nicht verletzt, da die Betriebsräte sich auch als solche bezeichnen dürften. Sie hätten ein berechtigtes Interesse daran gehabt, sich in der bewußten Anzeige als Betriebsräte zu bezeichnen, da sie zeigen wollten, daß sie nicht irgendwelche Sektierer, sondern Angehörige einer gesellschaftlich relevanten Gruppe seien ..." (7.7.81)

,,Stuttgarter Zeitung": ,,... Und wenn der Professor Doehring seinen Studenten die Buchhandlung künftig nicht mehr empfehlen wolle, dann ,kündigt er damit lediglich an, daß er etwas zu unterlassen gedenkt, wozu er ohnehin nicht befugt ist, nämlich in den Wettbewerb einzugreifen', erklärte der Richter ..." (8.7.81)

Prof. Gert Weisskirchen, SPD-Bundestagsabgeordneter: ,,... Mit dem Fall Ziehank ist das Faß übergelaufen." (,,RNZ", 16.7.81)

Aus den Beiträgen von RA Baier und RA Borowsky

Rechtsanwalt Baier:

,,..., ob mit dem Urteil und mit den Entscheidungen gegen den Kollegen Härdle nicht auch das Recht auf einen Verteidiger in Gefahr ist. Ich meine nämlich, daß man davon ausgehen kann, daß das Urteil gegen Gerhard Härdle, das hier über das Landgericht Heidelberg gesprochen worden ist, in einer Reihe von Urteilen steht, mit denen versucht worden ist, teilweise erfolgreich, Verteidiger zu legen. Ich spreche hier von Groenewold, von dem Prozeß gegen Croissant, Stroebele ...

Wenn es mit rechten Dingen zugegangen wäre, dann hätten diese Hauptverfahren überhaupt nicht erst eröffnet werden können. Wir können die Unterlagen lesen, wir können das Urteil der ersten Instanz und der zweiten Instanz lesen. Bezüglich des Vorwurfs der Körperverletzung sagt ein Polizeibeamter: Ich habe Härdle nicht schlagen sehen. Ich habe etwas in meinem Rücken verspürt. Ich habe mich umgedreht und sah hinter mir Härdle, nur er konnte es gewesen sein. Demgegenüber sind mehr als ein Dutzend Zeugen von der Verteidigung benannt und vom Gericht notgedrungenerweise gehört worden, die sagten erstens: Härdle stand wo ganz anders. Er konnte gar nicht da gestanden haben ...

Es sind Zeugen dagewesen, die bekundet haben, Härdle habe die ganze Zeit Zeitungen unter dem Arm und eine Plastiktüte in der Hand gehabt und konnte gar nicht schlagen ...

Ich stelle hier jetzt bewußt die Frage, ob nicht der gesamte Umfang, der Gang des Verfahrens und das Ergebnis des Verfahrens die Frage aufwerfen müssen, nachdenken zu müssen, ob hier nicht Rechtsbeugung stattgefunden hat."

Rechtsanwalt Borowsky:

,,..., um klar zu machen, daß der Vorwurf der Prozeßsabotage, der hier expressis verbis erhoben wird, sicherlich nicht die Verteidiger trifft. Im Grunde ist die Argumentation des Präsidenten des Landgerichts schlüssig. Wenn in einem Verfahren 600 Anträge gestellt werden, dann muß man davon ausgehen, daß die Verteidigerrechte exzessiv wahrgenommen wurden. (...)

Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Wenn man sich überlegt, daß in einem Verfahren 600 Anträge erforderlich sind, um die minimalsten Rechte des Angeklagten zu vertreten, oder zu versuchen zu vertreten, dann kehrt sich die Argumentation des Präsidenten des


Mattes (Richter am Amtsgericht): ,,Aus meiner Sicht ist *die* Seite weiter unten!"

Landgerichts ins Gegenteil um. (...)

Man kann sogar davon sprechen, daß die 2. Strafkammer des Landgerichts Heidelberg hier Anträge provoziert hat. (...)

In solcher Weise wurden wir permanent gezwungen, Sachen, die bei anderen Gerichten in der Tat heute noch problemlos durch ein Gespräch oder durch einen Hinweis erledigt werden, in Form von Anträgen zu kleiden, damit wir überhaupt in diesem Gerichtsverfahren gehört wurden.

Ein Beispiel. Wenn etwa Fragen an die Zeugen gestellt wurden, hat der Vorsitzende in der Regel mit einer Handbewegung erklärt: unzulässig! Wir haben dann gefragt, warum ist diese Frage unzulässig und erhielten vom Gericht die Antwort: Das Gericht beantwortet keine Fragen! Mit anderen Worten: Wollten wir überhaupt wissen, warum eine Frage unzulässig war, mußten wir einen Gerichtsbeschluß herbeiführen."

Gefährliche Verletzungen durch CS-Gas-Geschosse

thf. Zu einer Racheaktion der Polizei kam es am Mittwoch, dem 15. Juli, in Brixton in London. Nachts um 2 Uhr umstellten mehrere hundert Polizisten die Railton Road. Mit Brecheisen und Vorschlaghämmern drangen sie in elf Häuser ein und zerstörten alles, was ihnen zur Beute fiel. Sie kippten Mülleimer in den Küchen aus und warfen die Möbel durcheinander. Tony Benn, linker Labour-Führer, warnte am Freitag darauf: „Britische imperialistische Regierungen haben erfolglos versucht, Unterdrückung in den britischen Kolonien und in Nordirland durchzusetzen. Wir dürfen der Regierung nicht erlauben, diese Politik jetzt hier zu versuchen." Er warnte vor einem Besatzungsregime der Polizei im eigenen Land. Nun, in Brixton und in den Liverpooler Stadtteilen mit farbiger Bevölkerung wird die Polizei schon als Besatzungsmacht angesehen und gehaßt. In der Debatte um die politischen Konsequenzen des Aufruhrs scheint die Thatcher-Regierung jetzt betont vorsichtig vorzugehen. Zumindest wird an dem Anti-Aufruhr-Gesetz wohl noch nicht gearbeitet. Doch die Polizei weiß auch so zu reagieren: Waren schon bei den April-Unruhen in Brixton nach Journalistenbezeugungen eiserne Schlagstöcke eingesetzt worden, so ist bei dem so hochgelobten CS-Gas-Einsatz in Liverpool dies in einer Form eingesetzt worden, die den Vertreter der Herstellerfirma Smith und Wesson zu dem Kommentar veranlaßten, da hätte auch scharfe Munition verwendet werden können. Die Granaten sind eigentlich zum Durchschießen von Türen u.ä. Entsprechende Verwundungen an Jugendlichen werden von Liverpooler Ärzten bescheinigt.

Großkundgebung in Tansania gegen Auflagen des IWF

AP/kvz. 20000 Menschen haben in der tansanischen Hauptstadt Daressalam gegen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die künftige Wirtschaftspolitik Tansanias demonstriert. Es geht dabei um die Forderungen nach Abwertung der tansanischen Währung um 50%, Einfrierung der Löhne, Aufhebung der Preiskontrollen, Lockerung der Einfuhrbeschränkungen und Erhöhung der Zinsen, die von der tansanischen Regierung als „Einmischung ausländischer Institutionen und Staaten" abgelehnt wird. Diese Haltung der Regierung wurde auf der von den Gewerkschaften, dem Elternverband und der Genossenschaftsbewegung Tansanias organisierten Demonstration unterstützt. Parolen der Demonstration lauteten: „Den Sozialismus nicht aufgeben", „Wir unterstützen die Revolution" und „Keine ausländische Einmischung".

Gegen Unterstützung des Militärregimes in El Salvador

epd/kvz. Insgesamt 34 amerikanische

ten, da hätte auch scharfe Munition verwendet werden können. Die Granaten sind eigentlich zum Durchschießen von Türen u.ä. Entsprechende Verwundungen an Jugendlichen werden von Liverpooler Ärzten bescheinigt.

Großkundgebung in Tansania gegen Auflagen des IWF

AP/kvz. 20000 Menschen haben in der tansanischen Hauptstadt Daressalam gegen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die künftige Wirtschaftspolitik Tansanias demonstriert. Es geht dabei um die Forderungen nach Abwertung der tansanischen Währung um 50%, Einfrierung der Löhne, Aufhebung der Preiskontrollen, Lockerung der Einfuhrbeschränkungen und Erhöhung der Zinsen, die von der tansanischen Regierung als „Einmischung ausländischer Institutionen und Staaten" abgelehnt wird. Diese Haltung der Regierung wurde auf der von den Gewerkschaften, dem Elternverband und der Genossenschaftsbewegung Tansanias organisierten Demonstration unterstützt. Parolen der Demonstration lauteten: „Den Sozialismus nicht aufgeben", „Wir unterstützen die Revolution" und „Keine ausländische Einmischung".

Gegen Unterstützung des Militärregimes in El Salvador

epd/kvz. Insgesamt 34 amerikanische

Gewerkschaften haben in jüngster Zeit Resolutionen verabschiedet, die sich gegen die Intervention der USA in El Salvador aussprechen. Im April hatten bereits die Regionalgewerkschaften in New York ein Komitee zur Unterstützung der Menschenrechte und Demokratie in El Salvador gegründet. William Winpisinger, Präsident der internationalen Vereinigung der Maschinenschlosser und Flugzeugbauer, dessen Gewerkschaft mit mehr als 1 Million Mitgliedern eine der größte der USA ist, verurteilte „alle Formen von US-Hilfe an das derzeitige Regime in El Salvador". Die Gewerkschaft ist dem AFL-CIO angeschlossen, dessen Führung die El Salvador-Politik Reagans unterstützt. Die vom AFL-CIO unabhängige Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft boykottiert seit 8 Monaten die Beladung von Schiffen mit Militärgütern für El Salvador. Der Boykott war nach der Ermordung von 3 Nonnen und einem Sozialarbeiter in El Salvador beschlossen worden.

2. Gipfelkonferenz südafrikanischer Staaten in Salisbury

dpa/kvz. Anfang der Woche fand in Salisbury (Zimbabwe) die 2. Gipfelkonferenz südafrikanischer Staaten statt, an der die Regierungschefs von Angola, Botswana, Malawi, Mozambique, Sambia, Tansania, Zimbabwe, Swasiland und ein Vertreter aus Lesotho teilnahmen. Ziel der Konferenz war die Festlegung weiterer Maßnahmen, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern verbessern und die Unabhängigkeit ihrer Wirtschaft von Südafrika fördern soll. Die Konferenz richtete einen Appell an die Gipfelkonferenz der westlichen Industrienationen in Ottawa, „ihre Verpflichtungen gegenüber den Ländern der 3. Welt wahrzunehmen". Der Regierungschef Zimbabwes, Mugabe, forderte die Industrienationen auf, zur Veränderung der „auf ungerechte ökonomische Strukturen aufgebauten internationalen Wirtschaft" den Transfer von Hilfsmitteln in die 3. Welt voranzutreiben. Dadurch würden sich die Industrieländer auch selbst helfen, aus der Rezession herauszukommen, erklärte Mugabe.

Straßenschlacht vor englischer Botschaft in Dublin

thf. Über 15000 Menschen demonstrierten am Samstag vor der britischen Botschaft in Dublin für die Erfüllung der Forderungen der IRA nach politischem Status für inhaftierte Unabhängigkeitskämpfer. Zu der Demonstration aufgerufen hatte das irische H-Block-Komitee. Bei dem Versuch der Demonstranten, die Bannmeile um das Botschaftsgebäude zu durchbrechen und das Botschaftsgebäude zu stürmen, kam es zu schweren Straßenschlachten mit der Polizei. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden 120 Polizisten verletzt. Sinn Fein, der politische Flügel der IRA, hat die Regierung aufgefordert, den englischen Botschafter auszuweisen. – Zwei britische Regierungsvertreter haben am Dienstag fünf der acht im Maze-Gefängnis inhaftierten IRA-Gefangenen besucht.

chen Industrienationen in Ottawa, „ihre Verpflichtungen gegenüber den Ländern der 3. Welt wahrzunehmen". Der Regierungschef Zimbabwes, Mugabe, forderte die Industrienationen auf, zur Veränderung der „auf ungerechte ökonomische Strukturen aufgebauten internationalen Wirtschaft" den Transfer von Hilfsmitteln in die 3. Welt voranzutreiben. Dadurch würden sich die Industrieländer auch selbst helfen, aus der Rezession herauszukommen, erklärte Mugabe.

Straßenschlacht vor englischer Botschaft in Dublin

thf. Über 15000 Menschen demonstrierten am Samstag vor der britischen Botschaft in Dublin für die Erfüllung der Forderungen der IRA nach politischem Status für inhaftierte Unabhängigkeitskämpfer. Zu der Demonstration aufgerufen hatte das irische H-Block-Komitee. Bei dem Versuch der Demonstranten, die Bannmeile um das Botschaftsgebäude zu durchbrechen und das Botschaftsgebäude zu stürmen, kam es zu schweren Straßenschlachten mit der Polizei. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden 120 Polizisten verletzt. Sinn Fein, der politische Flügel der IRA, hat die Regierung aufgefordert, den englischen Botschafter auszuweisen. – Zwei britische Regierungsvertreter haben am Dienstag fünf der acht im Maze-Gefängnis inhaftierten IRA-Gefangenen besucht.

Die Gefangenen weigerten sich jedoch vorerst, mit den Regierungsvertretern zu sprechen und forderten die Hinzuziehung des Sprechers der Inhaftierten.

Kampuchea-Konferenz in New York erfolgreich abgeschlossen

Spitzengespräch über Bildung einer Regierung der nationalen Einheit vereinbart

cof. Einstimmig verabschiedeten die 79 Teilnehmer der internationalen Kampuchea-Konferenz in New York eine Resolution, die Grundlage für Gespräche mit Vietnam über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der inneren Ordnung Kampucheas werden soll. Wesentliche Differenzen, die Mitte der Woche zu einer Unterbrechung der Konferenz geführt hatten, konnten überbrückt werden. Die angenommene Erklärung enthält keine wesentlichen Zugeständnisse an Vietnam.

Die Regierung der VR China wertet dieses Ergebnis als Erfolg des Bemühens der Delegierten, die über 80% der Weltbevölkerung repräsentieren, der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea so rasch wie möglich Einhalt zu gebieten, und spricht von einer Niederlage der Sowjetunion. Diese hatte die Konferenz im Einklang mit Vietnam als Eingriff in die inneren Angelegenheiten Kampucheas bezeichnet. Beide Staaten begründeten so ihren Boykott.

Vor Beginn der inhaltlichen Auseinandersetzungen hatte die Konferenz über einen Vorschlag der ASEAN-Staaten zu entscheiden, die sich für die Einladung von Vertretern aller in Kampuchea agierenden Kräfte, also Son Sanns, der Gruppe um Sihanouk und auch der Marionettenregierung Heng Samrins, einsetzten. Wurden die beiden Vertreter des antivietnamesischen Widerstands als Beobachter ohne Stimmrecht zugelassen – das Demokratische Kampuchea war durch Ieng Sary bereits vertreten –, so fand sich doch keine Mehrheit für die Einladung der Partei Heng Samrins. Bestenfalls als Teil einer vietnamesischen Delegation, aber nicht als am Konflikt beteiligte Kraft hätte die Regierung in Phnom Penh nach Auffassung der VR China der Konferenz beiwohnen können.

Zwei Resolutionsentwürfe – der eine vorgelegt von den ASEAN-Staaten, der andere von China – markierten die unterschiedlichen Standpunkte, um die sich die Debatte hauptsächlich drehte. Der Stufenplan der ASEAN enthielt: Waffenstillstand und Rückzug der vietnamesischen Truppen unter Aufsicht einer UN-Friedenstruppe, Entwaffnung *aller* kampucheanischen Widerstandskräfte direkt danach, Einsetzung einer Übergangsregierung zur Vorbereitung freier Wahlen, die dann unter UN-Aufsicht stattfinden sollen. Eine UNO-Truppe soll in Kampuchea stationiert bleiben.

Den 3-Punkte-Vorschlag Chinas begründete der amtierende Außenminister Han Nianlong: Zuerst müsse der

puchea agierenden Kräfte, also Son Sanns, der Gruppe um Sihanouk und auch der Marionettenregierung Heng Samrins, einsetzten. Wurden die beiden Vertreter des antivietnamesischen Widerstands als Beobachter ohne Stimmrecht zugelassen – das Demokratische Kampuchea war durch Ieng Sary bereits vertreten –, so fand sich doch keine Mehrheit für die Einladung der Partei Heng Samrins. Bestenfalls als Teil einer vietnamesischen Delegation, aber nicht als am Konflikt beteiligte Kraft hätte die Regierung in Phnom Penh nach Auffassung der VR China der Konferenz beiwohnen können.

Zwei Resolutionsentwürfe – der eine vorgelegt von den ASEAN-Staaten, der andere von China – markierten die unterschiedlichen Standpunkte, um die sich die Debatte hauptsächlich drehte. Der Stufenplan der ASEAN enthielt: Waffenstillstand und Rückzug der vietnamesischen Truppen unter Aufsicht einer UN-Friedenstruppe, Entwaffnung aller kampucheanischen Widerstandskräfte direkt danach, Einsetzung einer Übergangsregierung zur Vorbereitung freier Wahlen, die dann unter UN-Aufsicht stattfinden sollen. Eine UNO-Truppe soll in Kampuchea stationiert bleiben.

Den 3-Punkte-Vorschlag Chinas begründete der amtierende Außenminister Han Nianlong: Zuerst müsse der

totale Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea binnen 6 Monaten erfolgen – das sei sowohl der Schlüssel für eine Lösung der kampucheanischen Frage als auch die wesentliche Grundlage zur Beruhigung der Lage in Südost-Asien. Zweitens müsse das Recht des kampucheanischen Volkes auf Selbstbestimmung vollständig respektiert werden, d.h. Entscheidung des Volks in wahrhaft freien Wahlen unter UN-Aufsicht darüber, welche Regierungsform und welches politische System es wünscht und wer in der Regierung vertreten sein soll. China hoffe, daß die patriotischen Kräfte in Kampuchea sich untereinander über die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung der Wahlen frei von jeder bewaffneten Bedrohung einigen werden. Als drittes sollten die nötigen internationalen Garantien ein unabhängiges, neutrales und blockfreies Kampuchea vor jeder fremden Einmischung und Aggression schützen und dafür sorgen, daß Kampuchea nicht als Basis für Aggressionen gegen andere Länder benutzt werden kann. Ferner soll die Respektierung des Wahlergebnisses überwacht werden.

Die schließlich verabschiedete Erklärung, die auf einen Kompromißvorschlag Frankreichs zurückgeht, ruft zu Verhandlungen auf mit dem Ziel, einen „Waffenstillstand aller am Konflikt beteiligten Parteien" zu erreichen. Eine UNO-Friedenstruppe soll dann den Abzug aller ausländischen Truppen überwachen. „Geeignete Maßnahmen" sollen sicherstellen, „daß keine der bewaffneten Fraktionen die Abhaltung freier Wahlen verhindern oder stören kann". „Geeignete Maßnahmen" sind auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach dem Abzug der fremden Truppen bis zur Bildung einer neuen Regierung nach den Wahlen unter UN-Aufsicht vorgesehen. Über internationale Garantien hatte es keinen Streit gegeben. Von „Entwaffnung aller Kampucheaner" und der Bildung einer provisorischen Übergangsregierung ist nicht mehr die Rede, ebensowenig wie von der Überwachung der Menschenrechte. Das Flüchtlingsproblem sei allerdings ohne eine langfristige Regelung nicht zu lösen.

Ein nicht ganz unbedeutendes Nebenprodukt der Konferenz ist die Einigung der drei kampucheanischen Widerstandskräfte auf ein baldiges Spitzengespräch über die Bildung einer Koalitionsregierung. Vor der Konferenz schon hatte die Regierung des Demokratischen Kampuchea das folgende 5-Punkte-Programm für eine „Große nationale Einheit Kampucheas gegen die vietnamesische Le Duan Clique" unterbreitet:

1. Energische Fortsetzung des bewaffneten Kampfes und des Kampfes in jeder anderen Form gegen die Aggressor-Clique Le Duans bis zum Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea.
2. Basis aller Aktivitäten ist der rechtmäßige Status des Demokratischen Kampucheas, des einzigen legalen und legitimen Staates von Kampuchea und Mitglied der UNO.
3. Die unterschiedlichen nationalen, in ihrem Kampf gegen Vietnam vereinigten Kräfte müssen strikt jede Konfrontation vermeiden, die den gemeinsamen Kampf schwächen würde.
4. Nach dem vollständigen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea werden allgemeine, freie, direkte und geheime Wahlen stattfinden ohne jede Störung durch bewaffnete oder andere Kräfte unter strikter UNO-Aufsicht.
5. Gegenstand dieser Wahlen ist die Wahl einer Nationalversammlung.

beteiligten Parteien" zu erreichen. Eine UNO-Friedenstruppe soll dann den Abzug aller ausländischen Truppen überwachen. „Geeignete Maßnahmen" sollen sicherstellen, „daß keine der bewaffneten Fraktionen die Abhaltung freier Wahlen verhindern oder stören kann". „Geeignete Maßnahmen" sind auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach dem Abzug der fremden Truppen bis zur Bildung einer neuen Regierung nach den Wahlen unter UN-Aufsicht vorgesehen. Über internationale Garantien hatte es keinen

3. Die unterschiedlichen nationalen, in ihrem Kampf gegen Vietnam vereinigten Kräfte müssen strikt jede Konfrontation vermeiden, die den gemeinsamen Kampf schwächen würde.
4. Nach dem vollständigen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea werden allgemeine, freie, direkte und geheime Wahlen stattfinden ohne jede Störung durch bewaffnete oder andere Kräfte unter strikter UNO-Aufsicht.
5. Gegenstand dieser Wahlen ist die Wahl einer Nationalversammlung.





Massenversammlung in einem der befreiten Gebiete Kampucheas

Niedergang der Tories

Es ist schon ein Kreuz. Mit der rasanten Talfahrt der englischen Wirtschaft hat das Ansehen der Regierung in der Bevölkerung einen Kollaps ohne historische Parallelen erlitten. Gleichzeitig durchfährt das Land ein Aufruhr der Jugend, der seine Vergleiche auch nur Jahrzehnte zurück in der englischen Geschichte findet. In dieser Lage aber kann die Regierung einen Lohnkampf im öffentlichen Dienst überleben (und wie es scheint sogar als Sieger), der als große landesweite Aktion über 19 Wochen seit dem Generalstreik 1926 einzigartig ist.

Ganze 7,1% haben die Konservativen bei den Nachwahlen zu einem freigewordenen Parlamentssitz in Warrington bekommen. Eine deutliche Stellungnahme zur Regierungspolitik. Sicher, Warrington ist einer der 70 beständigsten Wahlkreise Englands, ein Labour-Kreis; trotzdem, ein solches Ergebnis einer Regierungspartei kennt keinen Vergleich. 21,7% beträgt der Stimmenverlust. Aber das war eigentlich nicht die große Überraschung dieser Nachwahl. Auch daß die erst vor 4 Monaten gegründeten Sozialdemokraten im Bündnis mit den Liberalen zur zweitstärksten Gruppe in diesem Wahlkreis geworden sind, löste nicht das große Staunen aus. Überraschend war, daß Prognosen zum Trotz die Sozialdemokraten der Labour-Party ca. 10% der Wähler abnehmen konnten. Das Bündnis aus SDP und Liberalen hat 42,2% der Stimmen auf sich vereinigen können. Mit 48,4% hat die Labour-Party gegenüber 1979 13,3% verloren. Von der SDP ist das Ergebnis als der ersehnte historische Durchbruch gedeutet worden.

Das englische Mehrheitswahlrecht hat seine Besonderheiten: Mit 30% kann eine Partei im Parlament völlig unbedeutend sein (wie ja die englischen Liberalen mit 19% bei den letzten Parlamentswahlen viel stärker sind als z.B. die FDP, im parlamentarischen Leben aber keine Rolle spielen), mit 35% kann eine Partei im Parlament die absolute Mehrheit haben. Bei solchen Nachwahlen bekommen die Oppositionsparteien fast üblicherweise mehr Stimmen als bei den Parlamentswahlen selbst, auch werden die Trends bei solchen Nachwahlen immer ein wenig überzeichnet. Voraussagen über künftige parlamentarische Konstellationen sind also schon von daher vorsichtig zu behandeln.

Die Situation bezeugt ein Dilemma der englischen Arbeiterbewegung. In der Labour Party kommen

Von Thomas Frank

alle politischen Stimmungen der englischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck. Zu nahezu 90% besteht sie aus Mitgliedern, die es über ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sind. Aber diese Gewerkschaften sind noch weitgehend klassische Trade-Unions – Branchen- und Berufsgewerkschaften; sie taugen in allen Kämpfen weit weniger, die Konkurrenz unter den Arbeitern einzudämmen und praktisch in *Klassenkämpfen* das Verständnis allseitiger politischer Verwicklungen und Klassengegensätze zu erleichtern, als einheitliche Gewerkschaften.

Den Beschränkungen der Trade-Unions entspricht in gewisser Weise die Labour Party: An der Regierung weitgehend konzeptlos und enttäuschend, kritisiert sie in der Opposition die Regierung sehr radikal. Allerdings: Nach zwei Jahren Wirken der Thatcher-Regierung hat die Labour Party noch kein umfassendes Programm gegen die Politik der Regierung, für das ein einheitlicher Kampf möglich wäre.

Der frühere Labour-Vorsitzende Wilson hat aus dem Warringtoner Wahlergebnis gefolgert, die Partei müsse zur Ruhe kommen, bewegungsfähig werden, und dazu solle die Führung allein von der parlamentarischen Fraktion bestimmt werden. Der linke Labourflügel erkennt gerade jetzt nie dagewesene günstige Umstände, die Trade-Unions zu politisieren. Sofortige nukleare Abrüstung, Austritt aus der EG, umfassende Verstaatlichungen ohne Entschädigung sind einige seiner Forderungen. Dem Parteitag im Herbst liegen jetzt schon eine Menge Resolutionen vor, in denen u.a. dies gefordert wird; aber auch Rückzug aus Irland, Preis- und Investitionskontrolle, Hilfe für die Dritte Welt, Beschäftigungspolitik.

Aber die Ankündigungen lassen unschwer vorhersagen, wie die Widersprüche ausgetragen werden: Es wird den erbitterten, immer wiederkehrenden Streit um die künftige Verteilung der Stimmen geben: Sollen sie wie bisher zwischen Ortsparteien, parlamentarischer Partei und Gewerkschaften aufgeteilt werden und wie, oder gelingt es der parlamentarischen Partei, sich ganz der Kontrolle durch die Mitgliedschaft zu entziehen.

Die sozialdemokratische Partei hat sich dagegen als Partei der Mitte konstituiert. In den bei der Gründung aufgeworfenen programmatischen Fragen ist sie z.B. gegen Reprivatisierungen, aber auch gegen weitere Verstaatlichungen, sie ist eindeutig für die EG und für Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Zwar hat sie den Wahlkampf nicht programmatisch geführt, mehr amerikanisch, von den Konservativen aber wird sie als Gefahr erkannt und bekämpft. Gegenüber der Labour Party ist sie kein politischer Fortschritt, aber z.B. ein Beieinandersein von Forderungen wie Austritt aus der NATO, sofortige nukleare Abrüstung *und* dann noch Austritt aus der EG bei Labour muß angesichts der gegenwärtigen Weltlage natürlich Zweifel und Unsicherheiten bei vielen Menschen verbreiten, wenn dagegen kaum positive Vorstellungen über die Politik Englands stehen. In der praktischen Absonderung der Labour Party gegen die bürgerlichen Parteien liegt immer noch eine große Chance. Die Lage verlangt dringend, daß sie genutzt wird.

PVAP-Parteitag

Ein quasi demokratisches Mandat – aber wofür?

Eine erste Auswertung

von Gerd Koenen

Die „Linie" dieses außerordentlichen Parteitages der PVAP ließ sich wohl für alle Beteiligten – nachdem die von Kania minutiös ausgearbeitete Regie zunächst einmal im Durcheinander der diversen Gruppierungen baden gegangen war – nur aus dem Kaffeesatz seiner Personalentscheidungen lesen. Und die ergaben ein äußerst verwirrendes Muster. Nur zweimal gab es so etwas wie deutliche Willenskundgebungen des Kongresses: das erste Mal, als der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski in flammenden Wendungen eine Fortsetzung der Reform im Rahmen einer neu zu bildenden „Nationalen Front", unter Einbeziehung der Kirche wie der Gewerkschaften, forderte, und in diesem Rahmen die neuerliche Festigung der führenden Rolle der Partei. Und dann am Ende des Kongresses, als der Ministerpräsident, General Jaruzelski, der schon bei den Wahlen zum ZK die mit Abstand meisten Stimmen erhalten hatte, die Bildung einer „Front der Arbeit" forderte, als Schlüssel zur Lösung der Probleme des Landes. Jaruzelski nannte den Konflikt bei der Luftfahrtgesellschaft LOT und mit den Hafenarbeitern das Werk „antisozialistischer Abenteuerer", und erklärte dann, die Staatsgewalt werde nicht davor zurückschrecken, ihren verfassungsmäßigen Pflichten nachzukommen, um den Staat vor dem Zerfall und die Nation vor der Katastrophe zu bewahren. Das wurde von den Delegierten mit anhaltendem, rhythmischen Klatschen aufgenommen, wie zu keinem anderen Punkt des Parteitages.

Rakowski hatte die unbestimmte Erneuerungs-Rethorik des Parteitages am besten getroffen. Jaruzelski steht für die praktisch beschlossene Linie; die einer ebenso unbestimmten Konsolidierung.

Einige Merkmale dieses Kongresses könnten die Unwägbarkeiten seines Verlaufs und seiner Ergebnisse vielleicht ein wenig erhellen.

● Es war der Zusammensetzung nach ein Kongreß der Techniker, Ingenieure, Direktoren und Ökonomen, die rund 1200 von fast 2000 Delegierten stellten. Die 400 Arbeiter waren auch ganz überwiegend Meister oder Brigadiers. In den Vorwahlkonferenzen waren die Leute des Parteiapparats und der Staatsverwaltung gewaltig dezimiert worden, und in den ZK-Wahlen auf dem Kongreß trat diese Tendenz noch durchschlagender hervor. In dieser – beschränkten – Hinsicht hat der Kongreß, gestützt auf die Parteiwahlen, tatsächlich quasi-revolutionär gewirkt. Partei und Staatsapparat sind formell weitgehend auseinandergerückt, das ZK der Partei ist nicht mehr einfach nur eine Versammlung staatlicher Würdenträger und die Häupter des alten Parteiapparates selber, soweit sie überhaupt noch delegiert worden waren, sind fast durchweg nicht mehr gewählt worden. Freilich, mit ihrer

keinem anderen Punkt des Parteitages.
Rakowski hatte die unbestimmte Erneuerungs-Rethorik des Parteitages am besten getroffen. Jaruzelski steht für die praktisch beschlossene Linie; die einer ebenso unbestimmten Konsolidierung.
Einige Merkmale dieses Kongresses könnten die Unwägbarkeiten seines Verlaufs und seiner Ergebnisse vielleicht ein wenig erhellen.
● Es war der Zusammensetzung nach ein Kongreß der Techniker, Ingenieure, Direktoren und Ökonomen, die rund 1200 von fast 2000 Delegierten stellten. Die 400 Arbeiter waren auch ganz überwiegend Meister oder Brigadiers. In den Vorwahlkonferenzen waren die Leute des Parteiapparats und der Staatsverwaltung gewaltig dezimiert worden, und in den ZK-Wahlen auf dem Kongreß trat diese Tendenz noch durchschlagender hervor. In dieser – beschränkten – Hinsicht hat der Kongreß, gestützt auf die Parteiwahlen, tatsächlich quasi-revolutionär gewirkt. Partei und Staatsapparat sind formell weitgehend auseinandergerückt, das ZK der Partei ist nicht mehr einfach nur eine Versammlung staatlicher Würdenträger und die Häupter des alten Parteiapparates selber, soweit sie überhaupt noch delegiert worden waren, sind fast durchweg nicht mehr gewählt worden. Freilich, mit ihrer

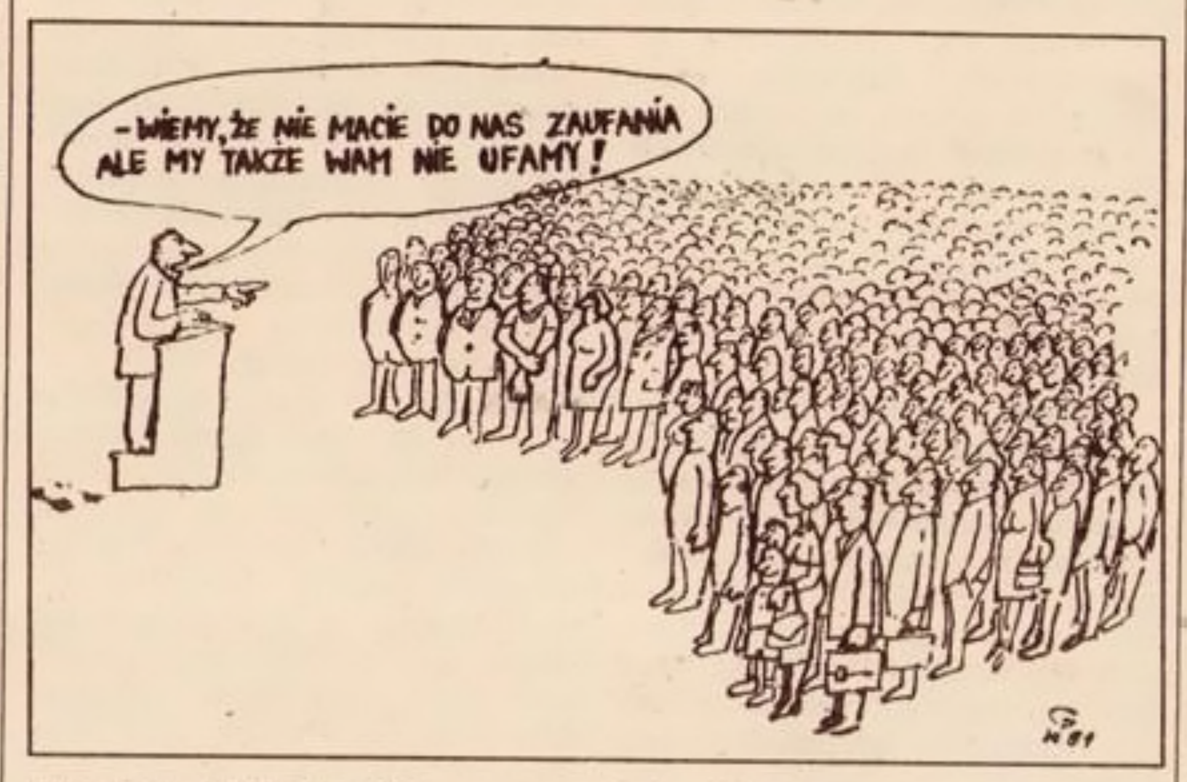
vollständigen Entmachtung ist das keineswegs schon gleichzusetzen, und hier findet der sowjetische Sozialimperialismus eine nicht unerhebliche soziale Stütze.

● Die Zusammensetzung des ZK wiederum spiegelt die des Parteitags sozial nicht wieder. Angeblich sollen jetzt über 100 Arbeiter und Bauern die Mehrheit bilden, gegenüber einem Block von einigen Dutzend erfahrener Parteibeamten, und nur ganz wenig Technikern, Ingenieuren, Betriebsdirektoren und Wissenschaftlern. Das verstärkt den parlamentarischen Charakter, den dieses Gremium angenommen hat, und wird es dem geschrumpften, aber mit allen Wassern gewaschenen Kern des überlebenden Parteiapparats, der das Politbüro beherrscht, wahrscheinlich doch ermöglichen, die Zügel in der Hand zu behalten. Für eine wirkliche arbeitende Körperschaft sind dagegen die Fachkenntnisse in diesem neuen ZK jetzt zu gering. – Erst haben, bei den Parteiwahlen, die Arbeiter in der Partei überwiegend nicht kandidiert, sondern den Ingenieuren, Technikern, Betriebsdirektoren und Wissenschaftlern das Mandat abgegeben. Jetzt, bei den Wahlen zum ZK, haben diese letzteren nicht kandidiert, sondern den wenigen vorhandenen Arbeitern den Vortritt gegeben. – Noch ein Anhaltspunkt zur Zusammensetzung des Kongresses und des neuen ZK: etwa 20% der Delegierten waren Mitglieder von „Solidarność", aber über 50% Mitglieder der alten Branchengewerkschaften. Im ZK ist es entsprechend.

● Schwankend und in den zu treffenden Entscheidungen blockiert stellt sich auch die politische Zusammensetzung des neuen ZK und Politbüro dar, soweit sie sich an den Personen ablesen läßt. Bei den Wahlen zum ZK sind sowohl Exponenten des rechten wie des linken Flügels in der Partei gescheitert, darunter solche, die einen Tag vorher noch für den Parteivorsitz kandidieren wollten. Gescheitert sind einige der harten Reaktionäre, wie die vormaligen Politbüromitglieder Grabski und Zabinski oder der Warschauer Parteichef Kociolek. Aber gescheitert sind auch Exponenten des Reformflügels, wie der Danziger Parteivorsitzende Fiszbach oder der Krakauer Vorsitzende Dabrowa. Ähnlich uneinheitlich die Zusammensetzung des auf 15 Mitglieder vergrößerten Politbüros. Die Kerngruppe wird hier gebildet aus Kania als Erstem Sekretär, dem Stefan Olszowski als Vertrauensmann der KPdSU-Führung (und weiterhin mit der Kompetenz der Kontrolle der Medien) zur Seite gestellt ist sowie Ministerpräsident General Jaruzelski, ZK-Sekretär Barcikowski und die bisherigen Außen- und Innenminister Czyrek und Milewski. Hinzu kommen zwei Wojewodschaftssekretäre, zwei Professoren sowie vier Arbeiter, die aber zugleich auch die linken und rechten Flügelleute im ZK bilden: auf der einen Seite Jan Labecki, Parteisekretär der Danziger Lenin-Werft, der für den Ausgleich mit „Solidarność" eintritt, aber *nicht* Mitglied der neuen Gewerkschaft hier in ihrem Ursprungsbetrieb ist, und Zofia Grzyb, Vorarbeiterin in einer Textilfabrik und Mitglied von „Solidarność"; auf dem Gegenpol Albin Siwak, ein Warschauer Baupolier, der in den letzten Monaten den Kronzeugen einer wüsten Pressekampagne gegen „Solidarność" in den Organen der Bruderparteien abgegeben hat – ein Ultra mit schillernder Argumentation.

Vielleicht stellt dies ganze Resultat des Parteitages einen – jedenfalls in seinen Eckmarken – hinter den Kulissen ausgehandelten Kompromiß und Proporz dar; vielleicht aber auch nur das chaotische, eher zufällig Endresultat eines innerparteilichen Kampfes, der unter dem äußeren Druck nicht wirklich ausgetragen und auch gar nicht geklärt werden konnte. War das am Ende eine weitgehend kopflose Veranstaltung, die sich gerade noch zusammengerauft hat, ohne irgenwas zu entscheiden? Oder hat sich vielleicht das Beharrungsvermögen derer, die schließlich doch am herrschenden Machtkartell teilnehmen, durchgesetzt gegen jeden echten Reformwillen? Es ist noch ganz unmöglich das zu beantworten. Soviel ist nur sicher: außer in den rein innerparteilichen Prozedurfragen hat es keinen Linksruck, keinen Druchbruch zu echten Reformen oder etwas derartiges gegeben. Die neue Parteiführung, im Kern doch die alte, hat weitgehend Blanko.

Wir werden näher untersuchen müssen, ob es einen aussichtsreichen Weg einer streng systemkonformen, von oben gesteuerten, auf begrenzte Änderungen in der Betriebs- und Wirtschaftsverfassung eingegrenzten Reform gibt, wie ihn diese neue Parteiführung wird gehen wollen, der aus der Krise führt. Gäbe es ihn – würde man nach Lage der Dinge der polnischen Arbeiterbewegung nur raten können, ihn ein Stück weit mitzugehen. Meine Befürchtung ist nur, daß dieser Weg – wegen der weltwirtschaftlichen Krise, der völligen Erschöpfung jeden Kredits für Polen und den drückenden Zahlungsverpflichtungen – nicht mehr offensteht und ein wachsender Teil der Arbeiterklasse nicht bereit sein wird, sich auf diesen Weg von Blut, Schweiß und Tränen für nichts und wieder nichts zu begeben. Ich fürchte, schon in absehbarer Zeit wird die neue polnische Arbeiterbewegung gezwungen sein, für ihre Forderungen auf wirkliche Selbstverwaltung der Betriebe und eine *darauf* aufbauende, radikale Wirtschaftsreform, erneut in einen Kampf zu ziehen – auf den auch die Sowjetunion lauert. Wie die Dinge liegen, könnte „Solidarność" diesen Kampf nur schwer gewinnen.



Wir wissen, daß ihr kein Vertrauen zu uns habt. Aber wir trauen euch auch nicht!

Das schwere Leben der ungarischen intellektuellen Opposition

krk. Als wir uns mit S. abends um 10 in einem Café endlich für eine Stunde zusammensetzen können, hat sie tiefe Ringe unter den Augen. Sie ist erschöpft, nicht nur von den Strapazen des Tages. Morgen, Samstag, kommen 30 polnische Kinder, ausgewählt von Solidarność Masowsze, zu einem Erholungsurlaub zum Plattensee. Die Sache ist illegal, Malév, die ungarische Fluggesellschaft, hat es abgelehnt, den ungarischen Organisatoren die Flugtickets von Warschau nach Budapest zu verkaufen. Man hat sie dann über LOT über drei Ecken organisiert. Es fehlen noch Teller und Töpfe, Decken, Matratzen, eben alles, das Nötige wird stückweise eingesammelt. Das Geld kam durch Spenden zusammen, jemand hat sein Haus zur Verfügung gestellt. Seinen Namen möchte er unter

sich abends kaum auf die Straße, um nicht wegen „gemeingefährlicher Arbeitsscheu" verhaftet zu werden. Ihr Telefon wird abgehört, ihre Wohnung observiert, ihre Briefe geöffnet. Wegen Mitgliedschaft in der SZETA ist sie 4 Stunden lang von der Polizei verhört worden, schließlich erhielt sie eine aktenkundige polizeiliche Verwarnung, weil „ihre Tätigkeit zu Straftaten führen könnte". Ähnlich erging es inzwischen allen, die die Aufrufe oder Spendensammlungen der SZETA unterschrieben haben.

SZETA, die einzige Organisation ungarischer Oppositioneller, hat sich die Unterstützung der Ärmsten der Gesellschaft, hauptsächlich der Zigeuner, zum Ziel gesetzt. Die Initiative geht von einer Gruppe von Soziologen und

knüpfend die Nachkriegsgeschichte Ungarns, vor allem ihre entscheidenden Wendepunkte 1945 und 1956, aufzuarbeiten. Das Werk hat trotz der ungeheuren Mühen der Herstellung und Verbreitung eine breite Debatte ausgelöst, ist auch in weiten Kreisen bekannt. Es spielt bereits eine bedeutende Rolle im so wichtigen Klärungsprozeß um die nationale Geschichte.
Die ungarische Opposition läßt sich heute weder totschweigen (hauptsächlich ein Verdienst von Radio Freies Europa, worüber die Betroffenen gar

lutismus" bezeichnet. Statt dem Zwang zu Bekenntnissen gibt es unter diesen Umständen den Zwang zum Schweigen: Schweigen über Meinungen, die von der offiziellen abweichen. Erlaubt sind sie solange, wie man sie für sich behält. Den plakativen, aufdringlichen Parolendonner der DDR gibt es hier nicht. Demokratie ist das nicht, aber eine geringere Vergewaltigung des Denkens, *wobei die Vergewaltigung des Handelns bleibt.* Damit ist so ziemlich die Grenze dessen erreicht, was mit friedlichen Mitteln, oh-



tat eines innerparteilichen Kampfes, der unter dem äußeren Druck nicht wirklich ausgetragen und auch gar nicht geklärt werden konnte. War das am Ende eine weitgehend kopflose Veranstaltung, die sich gerade noch zu-

eine *darauf* aufbauende, radikale Wirtschaftsreform, erneut in einen Kampf zu ziehen – auf den auch die Sowjetunion lauert. Wie die Dinge liegen, könnte „Solidarność" diesen Kampf nur schwer gewinnen.

Wir wissen, daß ihr kein Vertrauen zu uns habt. Aber wir trauen euch auch nicht!

Das schwere Leben der ungarischen intellektuellen Opposition

krk. Als wir uns mit S. abends um 10 in einem Café endlich für eine Stunde zusammensetzen können, hat sie tiefe Ringe unter den Augen. Sie ist erschöpft, nicht nur von den Strapazen des Tages. Morgen, Samstag, kommen 30 polnische Kinder, ausgewählt von Solidarność Masowsze, zu einem Erholungsurlaub zum Plattensee. Die Sache ist illegal, Malév, die ungarische Fluggesellschaft, hat es abgelehnt, den ungarischen Organisatoren die Flugtickets von Warschau nach Budapest zu verkaufen. Man hat sie dann über LOT über drei Ecken organisiert. Es fehlen noch Teller und Töpfe, Decken, Matratzen, eben alles, das Nötige wird stückweise eingesammelt. Das Geld kam durch Spenden zusammen, jemand hat sein Haus zur Verfügung gestellt. Seinen Namen möchte er unter keinen Umständen genannt haben.

Es war keine einfache Sache, sagt S. Es ist schwierig, heute für Polen Sympathien zu gewinnen. Viele unter denjenigen, die sich in diesem Lande Oppositionelle nennen, sind außer verbalen Bekundungen zu sonst nichts bereit. Man merkt, das macht ihr vielleicht noch mehr zu schaffen als die Schwierigkeiten der Organisation. „Wenn es hochkommt, sind es 50 Leute, die wirklich aktiv eine oppositionelle Tätigkeit betreiben. Die SZETA (Komitee zur Unterstützung der Armen), die Polen-Solidarität, die Samisdat (Untergrundverlag), das sind alles dieselben Leute."

Was wir hier machen, ist keine große Sache, sagt sie. Soll auch mehr eine moralische Bedeutung haben. Zeigen, daß es trotz allem Leute gibt, die in Ungarn bereit sind, für Polen was zu tun. Vor einigen Wochen haben einige Leute einen Brief an das ungarische Rote Kreuz, an die Katholische und die Evangelische Kirche und an die Jüdische Gemeinde geschickt mit der Aufforderung, ein Sonderkonto zur Unterstützung des polnischen Volkes einzurichten. Die Unterzeichner hätten das Konto mit 50000 Forint eröffnet. Einzig das Rote Kreuz würdigte sie einer sehr höflichen, aber ablehnenden Antwort.

S. weiß, woher es kommt, daß wenige nur bereit sind, eine Opposition aufzubauen und mitzumachen. Sie selbst hat vor einigen Wochen wegen politischer Unzuverlässigkeit ihre Stelle verloren. Da in ihrem Ausweis nun kein Arbeitsplatz eingetragen ist, wagt sie sich abends kaum auf die Straße, um nicht wegen „gemeingefährlicher Arbeitsscheu" verhaftet zu werden. Ihr Telefon wird abgehört, ihre Wohnung observiert, ihre Briefe geöffnet. Wegen Mitgliedschaft in der SZETA ist sie 4 Stunden lang von der Polizei verhört worden, schließlich erhielt sie eine aktenkundige polizeiliche Verwarnung, weil „ihre Tätigkeit zu Straftaten führen könnte". Ähnlich erging es inzwischen allen, die die Aufrufe oder Spendensammlungen der SZETA unterschrieben haben.

SZETA, die einzige Organisation ungarischer Oppositioneller, hat sich die Unterstützung der Ärmsten der Gesellschaft, hauptsächlich der Zigeuner, zum Ziel gesetzt. Die Initiative geht von einer Gruppe von Soziologen und Ethnologen aus, die von Berufs wegen seit längerer Zeit mit Zigeunern zu tun hatten und die bereits seit Jahren persönlich und individuell versucht haben zu helfen, wo es ging. Nun sammeln sie Kleider, Geld über meist künstlerische Veranstaltungen, verschicken Zigeunerkinder zur Erholung und wollen Universitätsstipendien für sie einrichten. Ein bedeutender Fonds ist nicht zusammengekommen, und auch die Organisatoren sind sich darüber im Klaren, daß sie so die Lage dieser Gruppen nicht wirklich dauerhaft werden verbessern können. Sie wissen auch, daß sie in den Randgruppen keine politischen Bündnispartner werden finden können. Was sie wollen, ist die Ideologie der klassenlosen Wohlstandsgesellschaft durch Enthüllungen und praktische Hilfe zu erschüttern. Einen gewissen Erfolg haben sie dabei auch erzielt: Die Akademie der Wissenschaften hielt im Juni eine Tagung über die „benachteiligten Gruppen" in Ungarn ab, zu der auch SZETA-Mitglieder eingeladen wurden. Womit zumindest zugegeben werden mußte, daß das Problem existiert.

Ein politisch wirklich sehr bedeutsames Produkt der ungarischen Oppositionsbewegung ist das „Bibó-Gedenkbuch", ein schreibmaschinengeschriebenes Tausend-Seiten-Werk von über 70 bedeutenden Literaten und Geisteswissenschaftlern mit Beiträgen zum Lebenswerk des ins Abseits gedrängten Sozialdemokraten und Nachkriegspolitikers Bibó. Bibós Werk, ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Demokratie und zur nationalen Unabhängigkeit, bietet die Möglichkeit, daran anknüpfend die Nachkriegsgeschichte Ungarns, vor allem ihre entscheidenden Wendepunkte 1945 und 1956, aufzuarbeiten. Das Werk hat trotz der ungeheuren Mühen der Herstellung und Verbreitung eine breite Debatte ausgelöst, ist auch in weiten Kreisen bekannt. Es spielt bereits eine bedeutende Rolle im so wichtigen Klärungsprozeß um die nationale Geschichte.

Die ungarische Opposition läßt sich heute weder totschweigen (hauptsächlich ein Verdienst von Radio Freies Europa, worüber die Betroffenen gar nicht glücklich sind) noch einfach unterdrücken. Aber sie ist schwach. Sie ist es nicht nur wegen der sie treffenden polizeilichen Maßnahmen, die im Vergleich mit der DDR, der CSSR oder der SU noch leicht erscheinen mögen. Die Hauptursache ihrer Schwäche liegt in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Ungarns, die starke Tendenzen zur Abschwächung sowohl des Klassenwiderspruchs als auch des nationalen Widerspruchs zur SU enthalten. Wirtschaftlich gesehen haben die andauernden Preiserhöhungen zwar zu einer Reallohnsenkung von 4% innerhalb eines Jahres geführt. Aber es gibt keine breite Schichten treffende, direkte Verelendung. Ein Gegengewicht zum sinkenden Reallohn schafft die im Ostblock einzigartige Möglichkeit des ungarischen Werktätigen, seinen Lohn ziemlich frei, ohne Einschränkungen durch Mangel im Warenangebot, in Konsumtionsmittel umzuwandeln.

Die politische Form der Machtausübung in Ungarn hat der Soziologe Vajda (Mitautor des Bibó-Gedenkbuches) treffend als „aufgeklärten Absolutismus" bezeichnet. Statt dem Zwang zu Bekenntnissen gibt es unter diesen Umständen den Zwang zum Schweigen: Schweigen über Meinungen, die von der offiziellen abweichen. Erlaubt sind sie solange, wie man sie für sich behält. Den plakativen, aufdringlichen Parolendonner der DDR gibt es hier nicht. Demokratie ist das nicht, aber eine geringere Vergewaltigung des Denkens, *wobei die Vergewaltigung des Handelns bleibt.* Damit ist so ziemlich die Grenze dessen erreicht, was mit friedlichen Mitteln, ohne offenen Kampf gegen die eigene Staats- und Parteiführung und die SU, durchzusetzen ist.



Die kleine Freiheit in Ungarn – der Name der Untergrund-Rockband „Beatrice" als Protestslogan

Die Möglichkeit des Erfolgs im offenen Kampf gegen die SU schließt die Mehrheit der Bevölkerung in Ungarn heute aus. Die unverarbeiteten Niederlagen von 1945 (als eine sich kommunistisch nennende verschwindende Minderheit mit Hilfe sowjetischer Bajonette die Macht übernahm) und 1956 lassen die Ideologie der sowjetischen Unbesiegbarkeit aufblühen. Die Sympathien mit dem Kampf der polnischen Arbeiter sind daher gering, auch wenn in Wirklichkeit darin die große Chance der ungarischen Befreiung liegt. Die Reaktionen sind eher Angst und sich aus Angst speisende Aggression. Für Polen wird die Niederlage prophezeit und erwartet, daß damit auch das Ende der kleinen ungarischen Freiheiten gesetzt sein wird. Diese Stimmung richtet sich genauso gegen die eigene Opposition im Lande, was für diese entmutigender ist als die Maßnahmen staatlicher Unterdrückung.

Samir Amin

Lehren aus Kampuchea

Wir geben im folgenden den 1. Teil eines Vortrages wieder, der von Samir Amin auf der internationalen Kampuchea-Solidaritätskonferenz in Tokio im Juni 1981 gehalten wurde. Samir Amin ist ein bekannter Ökonom der 3. Welt ägyptischer Herkunft, der eine Reihe wichtiger Schriften über die Entwicklungsbedingungen der Länder der 3. Welt im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft veröffentlicht hat und bis vor kurzem als Direktor des Afrikanischen Instituts der ökonomischen Entwicklung und Planung der UNO in Dakar (Senegal) tätig war.

„Eine Bauernrevolution, die sich selbst in die sozialistische Weltrevolution einreiht" (Samir Amin)

In dieser Rede möchte ich im einzelnen die Gründe darlegen, warum meiner Ansicht nach der Kampf für die Unabhängigkeit Kampucheas wie auch der Kampf für die Unabhängigkeit Afghanistans wesentliche Fronten des weltweiten Kampfes für Frieden und Sozialismus bilden.

(...) Der Sieg der antiimperialistischen Revolution des kampucheanischen Volkes stellt einen der größeren Erfolge des Kampfes für den Sozialismus in unserer Zeit dar. Jedenfalls wird die Geschichte urteilen und bestimmt den Roten Khmer die ihnen gebührende Ehre zukommen lassen, eine revolutionäre Strategie entwickelt und angewandt zu haben, die die erfolgreiche Befreiung Kampucheas ermöglichte. Eine angemessene, den Bedingungen entsprechende revolutionäre Strategie lag nicht auf der Hand. Die objektiven sozialen, historischen und politischen Bedingungen Kampucheas sind – wie überall – von besonderer Art, und auf jeden Fall waren und sind sie verschieden von den sozialen, historischen und kulturellen Bedingungen anderer ostasiatischer Staaten wie China und Vietnam. Es wird bekannt sein, daß die objektiven Bedingungen Kampucheas bis zu einem gewissen Grad gemeinsame Charakteristika mit den anderen Ländern der Region, etwa Thailand oder Birma, darstellen.

Trotzdem war in dieser Gruppe von Ländern Kampuchea allein in der Lage, selbständig unter der Führung der Roten Khmer eine antiimperialistische Volksrevolution durchzuführen, die den Weg zum Sozialismus öffnet. Obwohl in den anderen Ländern authentisch sozialistische Kräfte jahrzehntelang Kämpfe für den Sozialismus geführt haben, konnten sie nicht den Sieg erringen. Der Sieg der Roten Khmer in Kampuchea und der Sieg des Befreiungskampfes rühren in keiner Weise von der Nachbarschaft mit Vietnam her. Diese Nachbarschaft brachte den anderen Ländern dieser Region nicht den Sieg. Darüberhinaus haben die Regierung und die Kommunistische Partei Vietnams während ihres langen und ruhmreichen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus das Volks Kampucheas und seine Kommunistische Partei keineswegs darin unterstützt, diese richtige revolutionäre Linie zu entwickeln. Sie haben ihnen im Gegenteil ständig verordnet, mit dem früheren neutralistischen Regime zusammenzuarbeiten, und versuchten zu verhindern, daß die Kommunistische Partei Kampucheas selbständig und für ihr eigenes Volk den Kampf für den Sozialismus führt.

(...) Aber in dem Erfolg selber liegen die Wurzeln der tragischen Schwierigkeiten, denen das Land nach dem Sieg 1975 gegenüberstand, wie auch der bekannten Auswüchse und Fehler, die während dieser Periode auftraten. Denn, worum es sich in Wirklichkeit handelte, war eine im wesentlichen

den Weg zum Sozialismus öffnet. Obwohl in den anderen Ländern authentisch sozialistische Kräfte jahrzehntelang Kämpfe für den Sozialismus geführt haben, konnten sie nicht den Sieg erringen. Der Sieg der Roten Khmer in Kampuchea und der Sieg des Befreiungskampfes rühren in keiner Weise von der Nachbarschaft mit Vietnam her. Diese Nachbarschaft brachte den anderen Ländern dieser Region nicht den Sieg. Darüberhinaus haben die Regierung und die Kommunistische Partei Vietnams während ihres langen und ruhmreichen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus das Volks Kampucheas und seine Kommunistische Partei keineswegs darin unterstützt, diese richtige revolutionäre Linie zu entwickeln. Sie haben ihnen im Gegenteil ständig verordnet, mit dem früheren neutralistischen Regime zusammenzuarbeiten, und versuchten zu verhindern, daß die Kommunistische Partei Kampucheas selbständig und für ihr eigenes Volk den Kampf für den Sozialismus führt.

(...) Aber in dem Erfolg selber liegen die Wurzeln der tragischen Schwierigkeiten, denen das Land nach dem Sieg 1975 gegenüberstand, wie auch der bekannten Auswüchse und Fehler, die während dieser Periode auftraten. Denn, worum es sich in Wirklichkeit handelte, war eine im wesentlichen

bäuerliche Revolution. Eine Revolution, die von der Gesamtheit der Bauern getragen wurde, wo der Hauptkampf nicht innerhalb einer in sich differenzierten Bauernschaft ausgetragen wurde, von dieser Klasse gegen jene Klasse, sondern ein Kampf der gesamten Bauernschaft gegen die Formen kapitalistischer und imperialistischer Ausbeutung.

Bauernrevolution mit sozialistischen Zielen

Diese Tatsache, das heißt der bäuerliche Charakter der Revolution in Kampuchea, führte zu ausgesprochen grundlegenden Problemen, die folgendermaßen beschrieben werden können:

Wie soll man in unserer modernen Zeit die Entwicklung einer Bauernrevolution mit drei Forderungen zusammenbringen:

– der Forderung nach dem Ziel der Abschaffung der Klassen, denn diese Revolution reiht sich selbst in die sozialistische Weltrevolution ein.

– der Forderung nach Entwicklung der Produktivkräfte, denn diese Bauernrevolution findet in einem äußerst zurückgebliebenem Land statt, mit fast keiner Industrie und einer extrem niedrigen Produktivität der Landwirtschaft.

– Und wie soll man schließlich diese Bauernrevolution mit der Notwendigkeit vereinbaren, einen modernen Staat aufzubauen, der den Anforderungen der gegenwärtigen Welt gewachsen ist.

Dies ist ein grundlegendes Problem, das nicht nur Kampuchea betrifft. Weil alle sozialistischen Revolutionen bis heute in relativ zurückgebliebenen Ländern innerhalb der kapitalistischen Welt stattgefunden haben, ist es das Problem der sozialistischen Revolutionen unserer Zeit. Sei es der russischen von 1917, der chinesischen oder der vietnamesischen. Deshalb kommt Kampuchea um die Probleme nicht herum, auf die jede sozialistische Revolution unserer Zeit stößt, die bislang alle eine mehr oder weniger bedeutende, mehr oder weniger grundlegende bäuerliche Dimension haben und die alle dem Problem gegenüberstanden, die Forderungen einer bäuerlichen Revolution in Einklang zu bringen mit der Notwendigkeit des Aufbaus eines modernen Staates und der Entwicklung der Produktivkräfte mit dem Ziel der Abschaffung der Klassen. Dieses Problem, das die Beziehungen zwischen der Bauernschaft und dem Staat, der Industrie und der Stadt betrifft, ist das grundlegende Problem des sozialistischen Aufbaus unserer Zeit.

Die russische Revolution

In der UdSSR wäre die Revolution von 1917 nicht siegreich gewesen ohne die geniale Fähigkeit Lenins, die Forderungen und Ziele der Partei der Bolschewiki mit den allgemeinen Forderungen der Bauern nach Land und Frieden zu verbinden. Zehn Jahre lang – die ganzen 20er Jahre hindurch – charakterisierte eine Arbeiter-Bauern-Allianz in Form der NÖP das soziale und politische Regime der Sowjetunion. Unglücklicherweise war, wie wir wissen, die Kollektivierung – vor allem in der Form, in der sie betrieben wurde, und in Verbindung mit einem enormen Tribut der Landwirtschaft zugunsten einer, wie es hieß, ursprünglichen sozialistischen Akkumulation – der Ausgangspunkt einer zunehmenden Entartung des sozialen Systems und bildete die Hauptquelle, die Hauptwurzel für die Entwicklung des Revisionismus. Seit dieser Zeit hat die UdSSR allmählich ihren sozialistischen Charakter verloren und wurde zu einem sozialimperialistischen Land. Eine Macht, die einen neuen Klasseninhalt hat, der auf der Ausbeutung der Bauern und der Arbeitermassen durch eine neue Ausbeuterklasse beruht. So wurde das grundlegende Problem in der UdSSR schlecht gelöst und deshalb hat dieses Land seinen sozialistischen Charakter verloren.

Die chinesische Revolution

Insoweit wurde diese Frage in China durch eine Kollektivierung, die durch die armen Bauern unterstützt wurde und die nicht mit der Abgabe des bäuerlichen Mehrprodukts verbunden war, korrekt gelöst. Und seit 1958 mit der Einführung des Kommune-Systems und seinen drei Ebenen: der Arbeitsgruppe, der Brigade und der Kommune, auf Basis gleicher Handelsbeziehungen zwischen Stadt und Land. Das ist der Grund, warum China einen ausgeprägten sozialistischen Charakter bewahrt hat. Deshalb war China bis jetzt in der Lage, das Problem der Beziehungen zwischen einer bäuerlichen Revolution und der Aufgabe des Aufbaus eines modernen Staates, der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Ziel der Abschaffung der Klassen auf korrekte Art zu lösen.

Die vietnamesische Revolution

Wie ist es in Vietnam? Während einer ersten Phase, d.h. bis in die Mitte der 50er Jahre, hat Vietnam ebenfalls im antiimperialistischen Kampf erfolgreich die Frage der Beziehung der Bauernrevolution mit dem Ziel der Entwicklung, Modernisierung und nationalen Unabhängigkeit korrekt gelöst. Aber seit der Mitte der 50er Jahre haben unglücklicherweise im befreiten Teil Vietnams, in Nord-Vietnam, bürokratische Abweichungen der Kommunistischen Partei Vietnams dahin geführt, in Bezug auf die Beziehungen zwischen den Bauern und dem Staat bürokratische Positionen einzunehmen und bürokratische Praktiken anzuwenden. Den Bauern wurden zunehmend unbezahlte oder schlechtbezahlte Tribute auferlegt. Es ist zum Beispiel bekannt, daß gegenwärtig die Bauern für ihre obligatorischen Lieferungen von Reis an den Staat 0,3 Dong für ein Kilo bekommen, während er in den Städten für 0,9 Dong verkauft wird. Damit wird den Bauern ein erhebliches Mehrprodukt bürokratisch ausgepreßt. Solche Maßnahmen sind die Ursache der ökonomischen, sozialen, ideologischen und politischen Probleme in Vietnam. Sie sind die Ursache der Entartung Vietnams und, wie ich zu zeigen versuchen werde, seines Expansionismus und seiner Haltung in der Frage Kampuchea.

Besonders schwierige Bedingungen im Kampuchea

Kampuchea steht seit dem Sieg von 1975 den gleichen Problemen gegenüber, also dem Problem der Verbindung der Forderungen einer siegreichen Bauernrevolution mit denen der Modernisierung, dem Aufbau eines Nationalstaates und der Entwicklung der Produktivkräfte und mit dem Ziel der Abschaffung der Klassen. Aber es ist mit diesen Problemen konfrontiert unter unvorstellbar komplizierten Bedingungen. Erstens sind die nationalen Bedingungen die eines kleinen Landes, praktisch ohne Industrie, praktisch ohne Proletariat, darüber hinaus mit einer Kommunistischen Partei und einer Befreiungsarmee, die sich – dank der richtigen Strategie der Roten Khmer – äußerst rasch entwickelt haben, innerhalb einer Periode von weniger als 10 Jahren, in Wirklichkeit praktisch innerhalb von 5 Jahren. Während dieser kurzen Zeit hatte diese politische Organisation nicht die Zeit, Erfahrungen zu sammeln, ganz anders als die chinesische Kommunistische Partei, die den Kampf in der Mitte der 20er Jahre aufnahm und im ganzen Land 30 Jahre lang führte, bis sie den Sieg errang. Das gleiche gilt für die vietnamesische Kommunistische Partei, die einen sehr langen Befreiungskrieg geführt hat, ebenfalls ungefähr 30 Jahre lang. Die Geschwindigkeit, mit der die Roten Khmer erfolgreich ihre Strategie entwickelten, die kommunistische Partei und die Befreiungsarmee formten und aufbauten, schuf damit zugleich ungünstige und schwierige Bedingungen, denn sie hatten nicht die Gelegenheit, ebenso reiche Erfahrungen zu sammeln wie die genannten Länder.

Auch die internationalen Bedingungen waren ausgesprochen ungünstig. Fünf Jahre lang führten die amerikanischen Imperialisten und ihre Strohmänner wie Lon Nol einen Ausrottungskrieg gegen das kampucheanische Volk. Ihre Strategie war, durch massive Bombardements der ländlichen Gebiete eine gewaltige Bevölkerungszuwanderung nach Phnom Penh herbeizuführen und diese Flüchtlingsbevölkerung in Flüchtlingslagern zu versorgen, um aus ihnen eine Armee im Dienste der Imperialisten zu rekrutieren mit dem Ziel der „Kampucheanisierung" des Krieges, wie sie auch in Vietnam die „Vietnamisierung" des Krieges versuchten. Als die Volksbefreiungsarmee und die Kommunistische Partei, die Roten Khmer, unter diesen Bedingungen 1975 den Sieg errangen, waren sie infolgedessen mit einer offensichtlichen und unmittelbaren Gefahr konfrontiert, die folgendermaßen beschrieben werden kann: Entweder sie beließen es bei dieser Bevölkerung Phnom Penhs und akzeptierten eine sofortige, allgemeine Hungersnot in dieser künstlich angeschwollenen Stadt. Oder aber, um eine Hungersnot in Phnom Penh zu vermeiden, hätten sie das Erforderliche durch autoritäre Maßnahmen den Bauern abnehmen müssen, und Phnom Penh wäre eine gefräßige, künstliche Einrichtung geworden, die von der Ausbeutung der Bauernschaft des ganzen Landes lebt. Offenbar war diese zweite Lösung unmöglich, nachdem die Revolution von den Bauern selbst durchgeführt worden war. Unter diesen Umständen hatte die Regierung des Demokratischen Kampuchea keine andere Wahl, als so schnell wie möglich Phnom Penh zu evakuieren, um eine Hungersnot zu vermeiden oder um die Ausbeutung der Bauern durch diese künstliche Stadt zu vermeiden.

Diese Operation konnte nicht auf einigermaßen normale Art und Weise durchgeführt werden, denn die Regierung des Demokratischen Kampuchea konnte nach der Befreiung des Landes gegen die Stadt hineinschlitterten. Die Auswüchse, die heute nicht bestritten werden können, sind uns aus der ganzen langen Geschichte der Bauernrevolten bekannt. Sie sind von derselben Art und haben denselben Charakter. Ich werde nicht auf die Einzelheiten dieser Abweichungen und die Bedingungen ihrer Entstehung eingehen. Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß durch eine außerordentlich gut aufeinander abgestimmte Propaganda Vietnam in der Lage war, im Bündnis mit Reaktionären auf der ganzen Welt diese Abweichung als Argument für die Verdammung einer Bauernrevolution zu nutzen. Alle Reaktionäre in allen Ländern und zu allen Zeiten haben stets die Auswüchse von Bauernrevolutionen als Argument gegen diese Bauernrevolutionen benutzt. Es ist diese Geschichte und es sind diese Umstände gewesen, die der vietnamesischen Invasion in Kampucheau vorausgingen.

Ursachen der vietnamesischen Invasion

In diesem zweiten Teil werde ich nun die Probleme der Invasion Vietnams in Kampuchea behandeln. Was ist der Grund für diese Invasion? Was sind die Konsequenzen dieser Invasion für den Kampf um den Sozialismus, in Kampuchea wie in Vietnam selber?

1. Die Gründe der Invasion. Es gibt zwei Erklärungen der Gründe, die Vietnam zur Invasion in Kampuchea veranlaßt haben mögen. Die erste Erklärung basiert auf dem vietnamesischen Nationalismus: den historischen Ambitionen Vietnams, die gesamte indochinesische Halbinsel zu kontrollieren. Es ist eine Tatsache, daß vor der französischen Kolonisierung Vietnam Zug um Zug auf Kosten von Kampuchea und Laos expandierte. Man kann auch auf frühere Manifestationen des historischen Expansionismus auf seiten Vietnams zurückgreifen. Seit der Gründung der Kommunistischen Partei Indochinas in den dreißiger Jahren hegte und entwickelte das vietnamesische Element – das die Partei auf Grund der damaligen Umstände beherrschte – das Projekt der Befreiung der gesamten indochinesischen Halbinsel und der Bildung einer indochinesischen Förderation. Es ist heute bekannt, daß eine große Zahl kampucheanischer Kommunisten diesem Projekt Widerstand entgegensetze, weil es den Vietnamesen die Vorherrschaft über die gesamte Halbinsel gebracht hätte. Man kann in diesem Zusammenhang zurückkommen auf die vorher von mir erwähnte vietnamesische Haltung gegenüber der Kommunistischen Partei Kampucheas: der freigiebig erteilte Ratschlag der vietnamesischen Kommunistischen Partei an die Kommunistische Partei Kampucheas, die Neutralität zu unterstützen und sich nicht auf einen selbständigen Kampf für den Sozialismus einzulassen. Aber für mich ist dieser erste Typ von Erklärung nicht vollständig akzeptabel.

Vietnam ist nicht das einzige Land der Welt, das eine expansionistische Vergangenheit hat. Alle Völker haben im Lauf ihrer Geschichte Perioden von Expansionismus und Nationalismus gekannt. Auf der anderen Seite sind die Haltung der vietnamesischen Partei und der Regierung gegenüber der Kommunistischen Partei Kampucheas, der Rat, sich zu mäßigen und Neutralismus zu wahren, nicht eigentümlich für die Haltung der vietnamesischen Kommunisten. Tatsächlich ist die sozialistische Revolution bis heute noch nicht eine Weltrevolution, die auf der ganzen Welt zur gleichen Zeit durchgeführt wird, sondern eine Revolution, die sich in Etappen entlang der schwächsten Kettenglieder es imperialistischen Weltsystems entwickelt. Gegenwärtig gibt es in der Entwicklung der sozialistischen Revolution entwickeltere und weniger entwickelte Zonen. In gewisser Weise ist es nicht unvernünftig, wenn die Führung der am meisten entwickelten Regionen, diejenigen, die dementsprechend die Möglichkeit des Sieges in Reichweite sehen, versuchen, die Strategie ihrer Nachbarn, die Strategie ihrer Verbündeten den Forderungen unterzuordnen, von denen sie – bis zu einem gewissen Grad zurecht – glauben, daß sie die Priorität in der Unterstützung der Entwicklung ihrer eigenen Revolution haben. Aber es ist die Aufgabe der anderen, das heißt der Kommunisten, die in weniger entwickelten Gebieten kämpfen, dem Versuch zu widerstehen, in ein Anhängsel der Revolution in den mehr entwickelten Gebieten zu werden und entsprechend ihren eigenen Bedingungen ihre eigene Strategie zu formulieren, um weniger entwickelte Gebiete der sozialistischen Revolution in fortgeschrittenere zu verwandeln.

wird fortgesetzt

kurzem als Direktor des Afrikanischen Instituts der ökonomischen Entwicklung und Planung der UNO in Dakar (Senegal) tätig war.

„Eine Bauernrevolution, die sich selbst in die sozialistische Weltrevolution einreiht" (Samir Amin)

volution in Einklang zu bringen mit der Notwendigkeit des Aufbaus eines modernen Staates und der Entwicklung der Produktivkräfte mit dem Ziel der Abschaffung der Klassen. Dieses Problem, das die Beziehungen zwischen der Bauernschaft und dem Staat, der Industrie und der Stadt betrifft, ist das grundlegende Problem des sozialistischen Aufbaus unserer Zeit.

Die russische Revolution

In der UdSSR wäre die Revolution von 1917 nicht siegreich gewesen ohne die geniale Fähigkeit Lenins, die Forderungen und Ziele der Partei der Bolschewiki mit den allgemeinen Forderungen der Bauern nach Land und Frieden zu verbinden. Zehn Jahre lang – die ganzen 20er Jahre hindurch – charakterisierte eine Arbeiter-Bauern-Allianz in Form der NÖP das soziale und politische Regime der Sowjetunion. Unglücklicherweise war, wie wir wissen, die Kollektivierung – vor allem in der Form, in der sie betrieben wurde, und in Verbindung mit einem

geführt, in Bezug auf die Beziehungen zwischen den Bauern und dem Staat bürokratische Positionen einzunehmen und bürokratische Praktiken anzuwenden. Den Bauern wurden zunehmend unbezahlte oder schlechtbezahlte Tribute auferlegt. Es ist zum Beispiel bekannt, daß gegenwärtig die Bauern für ihre obligatorischen Lieferungen von Reis an den Staat 0,3 Dong für ein Kilo bekommen, während er in den Städten für 0,9 Dong verkauft wird. Damit wird den Bauern ein erhebliches Mehrprodukt bürokratisch ausgepreßt. Solche Maßnahmen sind die Ursache der ökonomischen, sozialen, ideologischen und politischen Probleme in Vietnam. Sie sind die Ursache der Entartung Vietnams und, wie ich zu zeigen versuchen werde, seines Expansionismus und seiner Haltung in der Frage Kampuchea.

Besonders schwierige Bedingungen im Kampuchea

Kampuchea steht seit dem Sieg von 1975 den gleichen Problemen gegen-

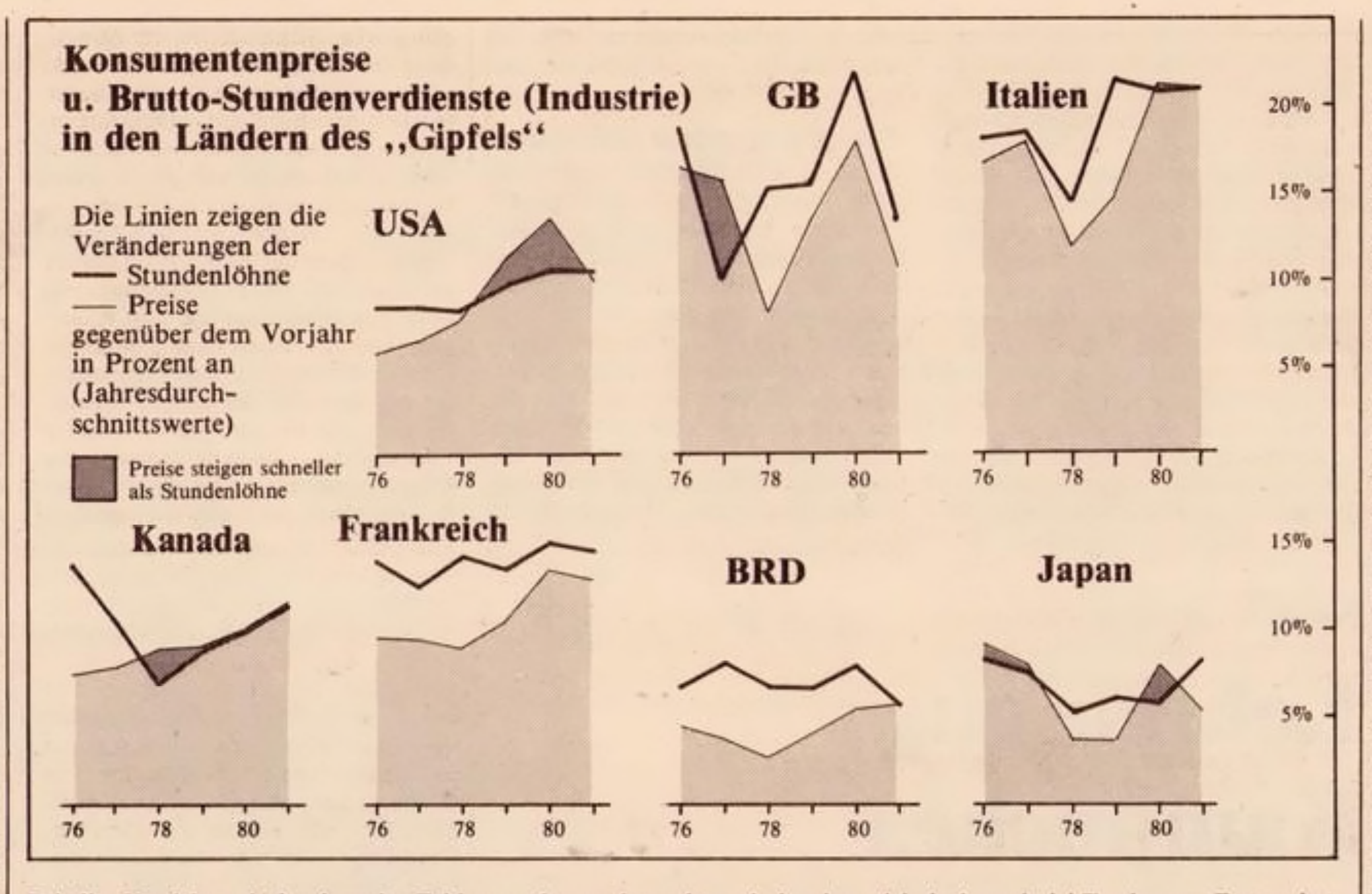
sche Partei, die Roten Khmer, unter diesen Bedingungen 1975 den Sieg errangen, waren sie infolgedessen mit einer offensichtlichen und unmittelbaren Gefahr konfrontiert, die folgendermaßen beschrieben werden kann: Entweder sie beließen es bei dieser Bevölkerung Phnom Penhs und akzeptierten eine sofortige, allgemeine Hungersnot in dieser künstlich angeschwollenen Stadt. Oder aber, um eine Hungersnot in Phnom Penh zu vermeiden, hätten sie das Erforderliche durch autoritäre Maßnahmen den Bauern abnehmen müssen, und Phnom Penh wäre eine gefräßige, künstliche Einrichtung geworden, die von der Ausbeutung der Bauernschaft des ganzen Landes lebt. Offenbar war diese zweite Lösung unmöglich, nachdem die Revolution von den Bauern selbst durchgeführt worden war. Unter diesen Umständen hatte die Regierung des Demokratischen Kampuchea keine andere Wahl, als so schnell wie möglich Phnom Penh zu evakuieren, um eine Hungersnot zu vermeiden oder um die Ausbeutung der Bauern durch diese künstliche Stadt zu vermeiden.

Grund der damaligen Umstände beherrschte – das Projekt der Befreiung der gesamten indochinesischen Halbinsel und der Bildung einer indochinesischen Förderation. Es ist heute bekannt, daß eine große Zahl kampucheanischer Kommunisten diesem Projekt Widerstand entgegensetze, weil es den Vietnamesen die Vorherrschaft über die gesamte Halbinsel gebracht hätte. Man kann in diesem Zusammenhang zurückkommen auf die vorher von mir erwähnte vietnamesische Haltung gegenüber der Kommunistischen Partei Kampucheas: der freigiebig erteilte Ratschlag der vietnamesischen Kommunistischen Partei an die Kommunistische Partei Kampucheas, die Neutralität zu unterstützen und sich nicht auf einen selbständigen Kampf für den Sozialismus einzulassen. Aber für mich ist dieser erste Typ von Erklärung nicht vollständig akzeptabel.

Vietnam ist nicht das einzige Land der Welt, das eine expansionistische Vergangenheit hat. Alle Völker haben im Lauf ihrer Geschichte Perioden von Expansionismus und Nationalismus gekannt. Auf der anderen Seite sind

Ölgiganten machen weiter im Fusionspoker

frb. Kaum noch durchschaubar ist das Pokerspiel, das Amerikas Ölgiganten, der Chemiekonzern Du Pont und die kanadische Seagram um den Fraß von Conoco, neunter in der Rangliste der US-Ölkonzerne, veranstalten. Nachdem Mobil (Nr. 2 der Erdölbranche) sein Angebot offiziell gemacht hat, ist auch Gulf Oil mit 5 Mrd. $ eingestiegen. Texaco und ein halbes Dutzend weiterer Ölkonzerne sollen einen Einstieg in die Auktionsschlacht vorbereiten. Du Pont hat seine Kreditlinie erhöht, um einen höheren Preis für den Aufkauf Conocos bieten zu können, und nimmt damit Zinskosten in Kauf, die seinen letzten Jahresprofit übersteigen. Sieger wird sein, wer den höchsten Preis bietet, und dies hängt davon ab, wieviel Kreditgelder an Land gezogen und bezahlt werden können. So wirft dieses Schauspiel nicht nur ein Bild auf die Profite der Ölgiganten, sondern auch auf die Masse des Leihkapitals, das an den Finanzmärkten vagabundiert. Immerhin sind mittlerweile Kredite von rund 30 Mrd. $ im Einsatz. (Die Summe würde ausreichen, das letztjährige westdeutsche Zahlungsbilanzdefizit und das diesjährige Defizit des Bundeshaushalts daraus zu finanzieren.) Zum größten Teil wurden die Gelder auf den sogenannten Euromärkten aufgenommen. Auf einen Schlag wurde hier an einige wenige Großkonzerne mehr Geld verliehen, als sonst auf diesen Geldmärkten in einem Vierteljahr an hunderte von Kreditnehmern verliehen wird. Einzelkredite wurden in einer Höhe vergeben, die vor kurzem noch ganz undenkbar war. Den beteiligten Banken scheint es günstiger, eine derartige Fusionsjagd zu finanzieren, bei der es lediglich um einen Besitzwechsel und um keinerlei Investitionen geht, als Zahlungsbilanzkredite an hochverschuldete Länder der Dritten Welt zu geben, die zur Finanzierung ihrer Defizite auf die internationalen Kreditmärkte angewiesen sind. Schon im letzten Jahr mußten sie, so vermutet die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, vermehrt auf teure kurzfristige Finanzierungen und stille Kredite zurückgreifen, „bei denen diese Länder leichter den für ausleihende Banken günstigeren Konditionen zuzustimmen vermöchten". Nach den Mammut-Krediten der Ölkonzerne wird dies noch mehr der Fall sein.



Bei aller Vorsicht, mit der derartige Zahlenangaben zu betrachten sind, zeigen sich doch zweierlei Tendenzen: Erstens hat sich die Inflation in den letzten Jahren bedeutend beschleunigt; zweitens zeigt die Entwicklung der realen Stundenlöhne eine sinkende Tendenz. Denn immer weniger übertrifft die Entwicklung des Nominallohnes die Preissteigerung. Und überall dort, wo die Preise im Vergleich zum Vorjahr rascher gestiegen sind als die Nominallöhne, bedeutet dies eine Schrumpfung des Reallohnes – also weniger Gebrauchswerte für einen Stundenlohn – so in den USA seit zwei Jahren. Die Lohnsumme aller Arbeiter und Angestellten wird außerdem durch folgendes beeinträchtigt: Höhere Lohnabzüge, denn die Graphik zeigt die Entwicklung der *Brutto*löhne; Kurzarbeit und weniger Überstunden, denn die Graphik zeigt die Entwicklung der *Stunden*löhne; steigende Arbeitslosigkeit, so daß das *Gesamteinkommen* in den Prognosen für 1981 überall deutlich *unter der geschätzten Entwicklung der Stundenlöhne* liegt. (Angaben nach: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook; Angaben für 1981 sind Schätzwerte)

Die französische Nationalversammlung hat in der Nacht zum 16.7. in erster Lesung das Steuerpaket verabschiedet, das u.a. die Erhöhung der Einkommensteuer für 108000 Spitzenverdiener vorsieht. Für die über 100000 FF (42000 DM) hinausgehende Steuersumme müssen sie einen Zuschlag von 25% zahlen. Bei der Erbschaftssteuer wurde die Befreiung im Falle der Schenkung eingeschränkt. Finanziert werden soll die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bau von 50000 Sozialwohnungen. – **Die Bildung einer Deutschen Stahl AG** hat Rudolf Judith, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in einem Gespräch mit dem Handelsblatt zurückgewiesen. Dies führe nur zu einer Konzentration am günstigsten Standort und entsprechenden Stillegungen. Entscheidend sei die Anhebung des Preisniveaus, aber auch staatliche Umstrukturierungshilfe in Milliardenhöhe sei bis 1987 notwendig. – **Eine zunehmende Zahl von Frührentnern** hat nun auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) entdeckt. Nach Meinung des Kapitalisten-Instituts hat der zunehmende Wohlstand in den 60er und 70er Jahren zu einem Anwachsen der durch die persönlichen Lebensumstände verursachten Erkrankungen geführt. Dazu rechnen die Forscher vor allem Herz- und Kreislaufkrankheiten im Gegensatz zu Bluthochdruck oder Krankheiten der Knochen und Gelenke. – **Beim größten Villeneinbruch der Nachkriegszeit** haben Kunstkenner in Frankfurt Ikonen, Ölgemälde, Figuren und Elfenbeinschnitzereien im Wert von zwei Millionen Mark gestohlen. Zwar wurde der Hergang des Diebstahls in „Bild" in allen Details dokumentiert, leider aber bleibt ein Geheimnis, wie die Kunstgegenstände *in* die Villa gekommen waren. – **Widerspruch für Postminister Gscheidle** gab es im Verwaltungsrat der Post. Sowohl Vertreter der Postgewerkschaft als auch der Industrie und der Bundesländer haben die für März 1982 geplanten Gebührenerhöhungen scharf kritisiert. Am 4. September will der Verwaltungsrat über Gscheidles Vorlage, die u.a. ein Briefporto von 80 Pfg. vorsieht, Beschluß fassen.

Wasser und Sand im Futtermittel

b. Die neue Futtermittelverordnung öffnet der Mischfutterindustrie Tür und Tor zu Manipulationen. Was bis jetzt unter Androhung hoher Bußgelder streng verboten war, ist jetzt gesetzlich erlaubt, nämlich das Zumischen von Sand ins Mischfutter, das Besprühen mit Wasser oder das Unterschreiten deklarierter Inhaltsstoffe auf dem Sackanhänger. Darauf weist das Bauernblatt, eine Zeitung des Arbeitskreises junger Landwirte, nach einer Überprüfung der Details der neuen Verordnung hin. Dort heißt es z.B., der Gehalt an Feuchtigkeit dürfe höchstens 14% betragen. Doch einschränkend: „Dies gilt nicht für haltbar gemachte Futtermittel, wenn der Gehalt an Feuchtigkeit angegeben ist." Braucht also bloß ein Konservierungsstoff beigegeben und beim Kleingedruckten auf dem Sackanhänger, wo ohnehin schon 10 andere Inhaltsstoffe anzugeben sind, ein versteckter Vermerk angebracht zu werden. Sand kann ohne weiteres beigemengt werden, Hinweis beim Kleingedruckten auf z.B. 7% HCL-unlösliche Asche genügt. HCL-unlösliche Asche, dies ist der amtliche Name für das allgemeinverständliche Wort Sand. Da Rohasche wertvolle mineralische Bestandteile enthält, ist für Täuschung voll gesorgt. Der Mischfutterhersteller aber spart durch die Zugaben beträchtliche Kosten.

Erster Erfolg für 3. Welt bei Textilverhandlungen

b. Unfähig, auf das 6-Punkte-Konzept der Entwicklungsländer zu reagieren, zeigten sich die Industrieländer bei der zweiten Verhandlungsrunde zur Verlängerung des Welttextilabkommens. Die USA erklärten, die Vorschläge seien unannehmbar, da sie das Abkommen völlig umstülpen würden, kritisierten aber auch die EG-Vorschläge. Der Versuch der EG, schon im Vorfeld konkreter Verhandlungen die Gruppe der 27 Entwicklungsländer in drei Kategorien zu gliedern und zweiseitige Verträge zu propagieren, scheiterte an der erzielten Einheit dieser Gruppe. Bei Marktstörungen sollten zuerst die Importe aus den reichen Ländern wie den USA, der Schweiz und aus Österreich gekürzt werden, empfahl ihr Verhandlungsführer der EG.

Ein notwendiger Schritt

Der DGB-Vorsitzende Vetter setzt in seinem Brief einen Kontrapunkt für die Haushaltsberatungen / Andere Grundsätze als die Lambsdorffs und Matthöfers

Von Friedemann Bleicher

Die Debatte um die Bewältigung der Haushaltsprobleme und den Beitrag der staatlichen Finanzpolitik zur Über- günstiger, eine derartige Fusionsjagd zu finanzieren, bei der es lediglich um einen Besitzwechsel und um keinerlei Investitionen geht, als Zahlungsbilanzkredite an hochverschuldete Länder der Dritten Welt zu geben, die zur Finanzierung ihrer Defizite auf die internationalen Kreditmärkte angewiesen sind. Schon im letzten Jahr mußten sie, so vermutet die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, vermehrt auf teure kurzfristige Finanzierungen und stille Kredite zurückgreifen, „bei denen diese Länder leichter den für ausleihende Banken günstigeren Konditionen zuzustimmen vermöchten". Nach den Mammut-Krediten der Ölkonzerne wird dies noch mehr der Fall sein.

Matthöfer da mit Lambsdorff einig.

Wahre Freunde erkennt man in der Not, sagt der Volksmund. Und in der Regierung sitzen diese Freunde nicht, lung hat in der Nacht zum 16.7. in erster Lesung das Steuerpaket verabschiedet, das u.a. die Erhöhung der Einkommensteuer für 108000 Spitzenverdiener vorsieht. Für die über 100000 FF (42000 DM) hinausgehende Steuersumme müssen sie einen Zuschlag von 25% zahlen. Bei der Erbschaftssteuer wurde die Befreiung im Falle der Schenkung eingeschränkt. Finanziert werden soll die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bau von 50000 Sozialwohnungen. – Die Bildung einer Deutschen Stahl AG hat Rudolf Judith, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in einem Gespräch mit dem Handelsblatt zurückgewiesen. Dies führe nur zu ei-

zu machen. Diese Vorschläge müssen die Pfründe des Reichtums angreifen und seine skrupellose Gier nach Bereicherung auf Kosten der Arbeitenden Standort und entsprechenden Stillegungen. Entscheidend sei die Anhebung des Preisniveaus, aber auch staatliche Umstrukturierungshilfe in Milliardenhöhe sei bis 1987 notwendig. – Eine zunehmende Zahl von Frührentnern hat nun auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) entdeckt. Nach Meinung des Kapitalisten-Instituts hat der zunehmende Wohlstand in den 60er und 70er Jahren zu einem Anwachsen der durch die persönlichen Lebensumstände verursachten Erkrankungen geführt. Dazu rechnen die Forscher vor allem Herz- und Kreislaufkrankheiten im Gegensatz zu Bluthochdruck oder Krankheiten der Knochen und Gelenke. – Beim größten

Vetter Brücken anbietet, liegt das an seinem Treueschwur zur kapitalistischen Wirtschaft, den er erst neulich in einem Interview bekräftigt hat. Es wird eben ein Investitionsprogramm wie vom DGB gefordert – nebst den flankierenden Maßnahmen – den Ausweg auch nicht bieten, vor allem dann nicht, wenn es nicht mit Schritten verbunden ist, die mit kapitalistischer Wirtschaftsweise brechen. ben Kunstkenner in Frankfurt Ikonen, Ölgemälde, Figuren und Elfenbeinschnitzereien im Wert von zwei Millionen Mark gestohlen. Zwar wurde der Hergang des Diebstahls in „Bild" in allen Details dokumentiert, leider aber bleibt ein Geheimnis, wie die Kunstgegenstände in die Villa gekommen waren. – Widerspruch für Postminister Gscheidle gab es im Verwaltungsrat der Post. Sowohl Vertreter der Postgewerkschaft als auch der Industrie und der Bundesländer haben die für März 1982 geplanten Gebührenerhöhungen scharf kritisiert. Am 4. September will der Verwaltungsrat über Gscheidles Vorlage, die u.a. ein Briefporto von 80 Pfg. vorsieht, Beschluß fassen.

und, was zu den wichtigsten Punkten zählt, die energische Beitreibung der Steuerrückstände. Tatsächlich werden ja selbst jene Steuern, die die Kapitalisten gar nicht selbst zu zahlen haben, von ihnen kassiert. Die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, alle indirekten Steuern. Über 13 Mrd. DM an fälligen Steuern aber haben sie zum Zeitpunkt der letzten Erhebung zurückgehalten. Das ist mehr als der Bundeszuschuß zur Arbeitslosenversicherung. zeigten sich die Industrieländer bei der zweiten Verhandlungsrunde zur Verlängerung des Welttextilabkommens. Die USA erklärten, die Vorschläge seien unannehmbar, da sie das Abkommen völlig umstülpen würden, kritisierten aber auch die EG-Vorschläge. Der Versuch der EG, schon im Vorfeld konkreter Verhandlungen die Gruppe der 27 Entwicklungsländer in drei Kategorien zu gliedern und zweiseitige Verträge zu propagieren, scheiterte an der erzielten Einheit dieser Gruppe. Bei Marktstörungen sollten zuerst die Importe aus den reichen Ländern wie den USA, der Schweiz und aus Österreich gekürzt werden, empfahl ihr Verhandlungsführer der EG.

Ein notwendiger Schritt

Der DGB-Vorsitzende Vetter setzt in seinem Brief einen Kontrapunkt für die Haushaltsberatungen / Andere Grundsätze als die Lambsdorffs und Matthöfers

Von Friedemann Bleicher

Die Debatte um die Bewältigung der Haushaltsprobleme und den Beitrag der staatlichen Finanzpolitik zur Überwindung der Wirtschaftskrise offenbart deutlich, wo das Herz dieser Gesellschaft schlägt, deutlicher als dies in vergangenen Zeiten relativer Entspannung der Fall war. Wiederholt da etwa Graf Lambsdorff im Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau", was er andernorts auch schon zum besten gegeben hat, daß „die unteren Einkommen relativ stärker zur Kasse gebeten werden müssen". Für ihn ist das logische Konsequenz ihrer relativ stärkeren „Bevorzugung" bei den jetzt nicht mehr voll finanzierbaren Sozialausgaben.

Nicht nur rechte FDP-Politiker (von der CDU ganz zu schweigen) reden so. Finanzminister Matthöfer, Gewerkschaftsmitglied und nicht gerade als Scharfmacher exponiert, drückt nur etwas wissenschaftlicher aus, was der Graf in direkten Worten zur Leitlinie der Regierungspolitik formuliert. Dem „Spiegel" sagte er: „Wir werden versuchen, einen ausgewogenen Vorschlag, insbesondere beim Streichen von Leistungen vorzulegen. Dabei besteht allerdings eine große Schwierigkeit darin, daß die große Masse der privaten Haushalte nicht zu den Spitzenverdienern gehört, daß es aber eine falsche Vorstellung wäre, die Wirtschaft belasten zu wollen; denn wir brauchen mehr Investitionen in der Wirtschaft." Spitzenverdiener = Wirtschaft, und nur wenn die Wirtschaft (also die Großverdiener) flüssig ist, gibt es Investitionen. „Nur so können Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden, was ja gerade der DGB mit Nachdruck fordert." Im Grundsatz weiß sich Matthöfer da mit Lambsdorff einig.

Wahre Freunde erkennt man in der Not, sagt der Volksmund. Und in der Regierung sitzen diese Freunde nicht, und im Parlament auch nicht. Fest in der Hand des Feindes ist auch die Presse, allerhand alte Weisheiten und Ungehörigkeiten finden sich dort täglich wiederholt. Schon allein deshalb war es unbedingt notwendig, daß sich die Gewerkschaften offiziell zu Wort gemeldet und zur Sache geäußert haben. Der DGB-Vorsitzende Vetter hat dies mit seinem Brief an den Bundeskanzler, den Finanz- und Arbeitsminister und an die drei Fraktionsvorsitzenden getan.

Zweierlei ist gegenwärtig notwendig, und Vetter kommt diesen Notwendigkeiten im großen und ganzen nach. Erstens muß klipp und klar gesagt werden, daß die Haushaltskrise nicht auf höheren Ansprüchen an Versicherungs- und Sozialleistungen beruht. Sondern die versprochenen Möglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise erweisen sich als illusorisch. Es muß der Versuch zurückgewiesen werden, die jetzige Krise mit den gleichen Rezepten lösen zu wollen, deren Logik uns diese Lage beschert hat. Geht es der Wirtschaft gut, so geht es allen gut, so schallt es aus den Büchern zur Gemeinschaftskunde. Und die Wirtschaft sind die Spitzenverdiener. Sie haben investiert, rationalisiert und investiert, und nun sitzen sie auf ihren Investitionen. Die Rezepte sind eingelöst und haben sich als untauglich erwiesen. Persilscheine dürfen nicht vergeben werden.

Zweitens kommt man nicht umhin, sich in die Niederungen des Gestrüpps der Staats- und öffentlichen Finanzordnung zu begeben und Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge müssen die Pfründe des Reichtums angreifen und seine skrupellose Gier nach Bereicherung auf Kosten der Arbeitenden vor aller Augen bloß legen. Rund die Hälfte des Sozialprodukts wird durch öffentliche Haushalte geschleust, da finden sich allerhand Widersprüche zwischen den Interessen der Besitzlosen und der Besitzenden wieder, die nur darauf warten, zum Tanzen gebracht zu werden.

Vetter zeigt sich in dem Brief „besorgt über die zunehmenden Versuche, berechtigte Ansprüche der Arbeitnehmer an das soziale Netz zur Dispositionsmasse für Haushaltskonsolidierungen zu machen". Die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten seien eine Folge der Wachstums- und Beschäftigungskrise, schreibt er. „Steigende Kosten der Arbeitslosigkeit, krisenbedingte Steuerausfälle und höhere Zinsausgaben als Folge der Hochzinspolitik der Bundesbank sind die eigentlichen Ursachen der hohen Defizite im Bundeshaushalt."

Überzogen nennt Vetter daher, wie vor ihm schon andere Vertreter des DGB, die Diskussion um Mißbräuche bei der Arbeitlosenversicherung. Notwendig seien vielmehr Maßnahmen zur Bekämpfung der Wachstums- und Beschäftigungskrise, und er erinnert an die Forderung des DGB nach einem langfristigen Investitionsprogramm und nach einem Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsprogramm. Dies sei zugleich der beste Weg zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Man muß nicht mit allen Begründungen und Konsequenzen einverstanden sein, um anzuerkennen, daß dies eine andere Sichtweise ist als die gängige Version der Meinungsmacher. Wo Vetter Brücken anbietet, liegt das an seinem Treueschwur zur kapitalistischen Wirtschaft, den er erst neulich in einem Interview bekräftigt hat. Es wird eben ein Investitionsprogramm wie vom DGB gefordert – nebst den flankierenden Maßnahmen – den Ausweg auch nicht bieten, vor allem dann nicht, wenn es nicht mit Schritten verbunden ist, die mit kapitalistischer Wirtschaftsweise brechen.

Wie sehr im Gegensatz zur Regierung Vetter sachlich steht, zeigt seine Forderung nach Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftssteuer in Höhe von 6% der Steuerschuld ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 60000/120000 DM (Ledige/Verheiratete). Ausgerechnet die Spitzenverdiener, die die Investitionen machen müssen, ohne die es auch keine Arbeitsplätze gibt, war da zu hören. Der Vorschlag Vetters würde bedeuten, daß alle mit einem Einkommen über der genannten Einkommensgrenze zu der Steuer, die sie jetzt zu zahlen haben, weitere 6% dieses Steuerbetrags zusätzlich abzuliefern haben. Dabei ist die Grenze mit 5000/10000 DM monatlich so gelegt, daß nicht nur Bourgeois und Rentiers erfaßt sind, sondern alle, die deutlich über dem Durchschnitt verdienen. Rund zwei Millionen Personen wären davon betroffen.

Schade nur, daß Vetter die Forderung beiseite gelassen hat, die es früher schon seitens des DGB gab, eine Obergrenze für das sogenannte Ehegattensplitting in der Einkommenssteuer einzuführen. Denn diese Splitting-Regelung führt zu gewaltigen Steuersubventionen für die reiche Familie, in der die Frau nie selbst steuerpflichtig ist.

Weniger glücklich auch die Forderung nach allgemeiner Buchführungspflicht für alle Landwirte. Gegenüber den Bauern hat der DGB noch nie eine vernünftige Politik gemacht.

Sodann wird gefordert die Streichung des Freibetrags für Freiberufler und, was zu den wichtigsten Punkten zählt, die energische Beitreibung der Steuerrückstände. Tatsächlich werden ja selbst jene Steuern, die die Kapitalisten gar nicht selbst zu zahlen haben, von ihnen kassiert. Die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, alle indirekten Steuern. Über 13 Mrd. DM an fälligen Steuern aber haben sie zum Zeitpunkt der letzten Erhebung zurückgehalten. Das ist mehr als der Bundeszuschuß zur Arbeitslosenversicherung.

Streichung schließlich fordert Vetter für eine Reihe von Paragraphen, die etwa dem armen Karl Friedrich Flick zwei Mrd. DM aus dem Verkauf seiner Daimler-Aktien unbesteuert ließen.

Eine Kürzung des Arbeitslosengeldes weist Vetter „mit aller Schärfe" zurück. Nicht angeblicher Leistungsmißbrauch sei das Problem der Sozialleistungen. Eine wesentlich größere Schwierigkeit sei, daß Leistungen oft, obwohl sie notwendig wären, nicht in Anspruch genommen werden. So zum Beispiel bei der Sozialhilfe und beim Lohnsteuerjahresausgleich.

Dennoch, Mißbrauch von Leistungen sieht auch der DGB-Vorsitzende. Vor allem durch die Unternehmer. So wird Kurzarbeit auf Kosten des Arbeitsamtes verordnet bei gleichzeitigen Überstunden. Saisongeschäfte werden durch die Arbeitslosenkasse überbrückt, Kleinkapitalisten bescheinigen bei ihnen beschäftigten Verwandten eine Entlassung, um Arbeitslosengeld zu kassieren. Oder die dank der 59er Regelung gesparten Sozialpläne.

Schließlich wird gefordert ein Arbeitsmarktbeitrag für alle Erwerbstätigen, Verbot der Leiharbeit und Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Alles in allem ist dies ein Vorstoß, der den Kapitalisten weh tun muß. Die Beratungen der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung über den Haushalt 1982 stehen jetzt an. Auch die Gewerkschaftsvorsitzenden will sich Schmidt zuvor anhören. Daß sie hart bleiben, davon hängt einiges für die kommende politische Entwicklung in diesem Lande ab.



„Pharma-Forschung ist teuer. Aber ein Menschenleben ist unbezahlbar."

Lebensgefährliches Chaos auf dem Arzneimittelmarkt

Von Helmut Veil

Als ob sie erst am Ende ihrer fünf jährigen Arbeit sich der Brisanz ihrer Ergebnisse bewußt geworden wären, haben 23 Professoren und Ärzte eine erste „bewertende Arzneimittelqualifikation" in der Bundesrepublik ausgerechnet in der Sommerpause veröffentlicht. Die Kommission unter Leitung von Prof. Eberhard Greiser vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin hatte mit finanzieller Unterstützung der Bundesministerien für Forschung und Technologie und für Jugend, Familie und Gesundheit, des Wissenschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen und des Gesundheitssenators von Bremen 567 Herzmittel auf ihre Wirksamkeit untersucht. Herausragendes Ergebnis: von 336 überprüften Herzmitteln mit mehreren Wirkstoffen (Kombinationspräparate) wurden lediglich fünf als therapeutisch sinnvoll eingestuft. 331 erhielten Prädikate von „unzureichende Standardisierung" über „zweifelhaft wirksam" bis „nicht sinnvolle Kombination". Auch Präparate der Großen der Pharma-Branche wie Hoechst, Boehringer Mannheim, Thomae und Sandoz wurden negativ bewertet.

Die Studie besitzt alle Merkmale einer politischen Zeitbombe, und es ist zu hoffen, daß die Kommission sich durch die drohenden Anwürfe und Repressalien der Pharma-Industrie nicht weichklopfen läßt. Weder der Contergan- noch der Menocilskandal und andere von geringerem Kaliber hatten den Pharma-Moloch bisher entscheidend treffen können. Ungerührt spuckte er weiter jährlich Hunderte von Präparaten auf den Markt, kaum gebändigt durch ein Arzneimittelgesetz, das es überhaupt erst seit 1961 gibt und damals eben gerade eine Meldepflicht vorsah und 1976 eine äußerst zahme Bestimmung über die Haftung des Herstellers für Wirkung und Nebenwirkung des angemeldeten Präparates. Heute haben wir den seligmachenden Reichtum von 30000 Arzneispezialitäten in 120000 verschiedenen Darreichungsformen. Kein Mensch, Arzt oder Patient, findet sich da noch zurecht. Die Sichtung der Herzmittel ist ein Hoffnungsschimmer, daß der mächtigen Lobby der pharmazeutischen Industrie, einer Tochter der drittgrößten Branche, der Chemie, doch zu Leibe gerückt wird. Allerdings müßte sich das Tempo erheblich beschleunigen. Bei gleichem Tempo würde es noch 300 Jahre dauern, bis der *gegenwärtige* Arzneimittelbestand durchforstet wäre.

1,7 Milliarden Mark hat die Pharma-Industrie nach Angaben ihres Verbandes 1980 für Forschung ausgegeben, rund 15% vom gesamten Umsatz. Sie wird mit diesem Umsatzanteil nur noch von der Luftfahrtindustrie übertroffen. Mit diesem Trumpf wurden alle Einwände gegen Preiserhöhungen bei Arzneimitteln, alle Versuche staat-

dend treffen können. Ungerührt spuckte er weiter jährlich Hunderte von Präparaten auf den Markt, kaum gebändigt durch ein Arzneimittelgesetz, das es überhaupt erst seit 1961 gibt und damals eben gerade eine Meldepflicht vorsah und 1976 eine äußerst zahme Bestimmung über die Haftung des Herstellers für Wirkung und Nebenwirkung des angemeldeten Präparates. Heute haben wir den seligmachenden Reichtum von 30000 Arzneispezialitäten in 120000 verschiedenen Darreichungsformen. Kein Mensch, Arzt oder Patient, findet sich da noch zurecht. Die Sichtung der Herzmittel ist ein Hoffnungsschimmer, daß der mächtigen Lobby der pharmazeutischen Industrie, einer Tochter der drittgrößten Branche, der Chemie, doch zu Leibe gerückt wird. Allerdings müßte sich das Tempo erheblich beschleunigen. Bei gleichem Tempo würde es noch 300 Jahre dauern, bis der *gegenwärtige* Arzneimittelbestand durchforstet wäre.
1,7 Milliarden Mark hat die Pharma-Industrie nach Angaben ihres Verbandes 1980 für Forschung ausgegeben, rund 15% vom gesamten Umsatz. Sie wird mit diesem Umsatzanteil nur noch von der Luftfahrtindustrie übertroffen. Mit diesem Trumpf wurden alle Einwände gegen Preiserhöhungen bei Arzneimitteln, alle Versuche staat-

licher Zwangsmaßnahmen oder Kontrollen durch die Krankenkassen abgeschmettert. Er dient als Beweis für die ungebrochene Kraft des medizinischen Fortschritts, wenn der Industrie nur freie Hand gelassen wird.

Ein seit 1979 in den Markt gedrücktes Arzneimittel soll als Beispiel dafür dienen, wie diese stolze Zahl zustande kommt: *Asasantin der Firma Thomae*. Es enthält 330 mg Acetylsalicysäure (Aspirin) und 75 mg Dipyramidol (Persantin). Aspirin ist das bekannt uralte Schmerzmittel, das nebenbei auch noch die Eigenschaft besitzt, das Zusammenklumpen der Gerinnungsblutplättchen zu verhindern und daher bei Thrombosen und Blutgefäßverschlußkrankheiten eingesetzt werden kann. Persantin ist ein Mittel, von dem die Firma Thomae seit vielen Jahren eine Wirksamkeit bei Verkalkung der Herzkranzgefäße behauptet. Wie dem auch sei, die Herzmittel-Kommission hat das Präparat als unwirksam eingestuft. Die „Erforschung" von Asasantin muß außerordentlich teuer gewesen sein. 100 Kapseln kosten 321,50 DM. Aber: 100 Dragees Persantin, in der gleichen Menge wie in Asasantin enthalten, kosten 40,95 DM; dazu muß man die Kosten für Acetylsalicylsäure rechnen, die rund 5 Mark kostet – zusammen also 46 Mark. Die Forschungsleistung für Asasantin bestand darin, ein uraltes Mittel (Aspirin) mit einem neueren, höchstwahrscheinlich unwirksamen Mittel (Persantin) in eine Kapsel zu packen und dann unter neuem Namen um 275,50 DM pro 100 Kapseln teurer zu verkaufen als die bekannten Einzelsubstanzen. Um der Firma Thomae nicht unrecht zu tun: Das machen andere auch so. Um die Kapsel an den Mann zu bringen, werden die Ärzte reichlich bedacht. In einer dem Verfasser bekannten Praxis ließ ein Pharmavertreter vor kurzem 200 Kapseln als Muster da, macht 643 DM (Apothekenverkaufspreis).

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung sah sich im „Deutschen Ärzteblatt" vom 9.7.1981 angesichts einer Steigerung der Ausgaben für Arzneimittel um 9,1% im 1. Quartal 1981 zu folgender Stellungnahme veranlaßt: „Zu der Preissteigerungsrate von 5,5% müssen 2% für die sogenannte Strukturkomponente als Folge der Neueinführung von Arzneimitteln hinzugerechnet werden. Gerade in den letzten 12 Monaten ist seitens der Hersteller eine Vielzahl neuer Arzneimittel auf den Markt gebracht worden, die in aller Regel erheblich teurer als bereits eingeführte ähnliche Präparate sind." Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß es sich bei den Neueinführungen um *„ähnliche Präparate"* handelt. Echte Neuerungen gibt es kaum. Nach einer Zusammenstellung von Volker Friedrich aus dem Jahre 1977 (1) wurden von 1950 bis 1970 von westdeutschen Unternehmen ganze 41 neue Wirkstoffe von internationaler Bedeutung ent-

Sehr zum Ärger der Krankenkassen. Ihre Mitglieder finanzieren 70% des gesamten Arzneimittelumsatzes in Westdeutschland. Das waren 1978 schon mehr als 10 Milliarden Mark. Der Bundesverband der Ortskrankenkassen z.B. beklagt, daß auch das neue Arzneimittelgesetz von 1976 *keinen eindeutigen Wirksamkeitsnachweis* für Medikamente vorsieht, was auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde (Beschluß vom 2.7.79). Weil dies nicht möglich ist, gelingt keine Beschränkung der Zahl der auf dem Markt befindlichen Arzneimittel, weder eine solche der Neuzulassung noch eine Sichtung aller schon vorhandenen. Selbst wo eine solche Sichtung erfolgt ist, wie jetzt bei den Herzmitteln, gibt es keine Handhabe für die Kassen, die Versicherten vor unwirksamen Medikamenten zu schützen. Sie liebäugeln deshalb mit dem Schweizer Modell einer *„Positivliste"*.

Dort sind 2600 Medikamente vom Bundesamt für Sozialversicherung in Zusammenarbeit mit der Arzneimittelkommission aufgeführt, deren Kostenübernahme den Krankenkassen empfohlen wird. Daneben existiert eine „Arzneimittelliste mit Tarif", die vom Bundesrat beschlossen wird und die wichtigen Arzneimittel enthält, deren

Firma Thomae nicht unrecht zu tun: Das machen andere auch so. Um die Kapsel an den Mann zu bringen, werden die Ärzte reichlich bedacht. In einer dem Verfasser bekannten Praxis ließ ein Pharmavertreter vor kurzem 200 Kapseln als Muster da, macht 643 DM (Apothekenverkaufspreis).
Die Kassenärztliche Bundesvereinigung sah sich im „Deutschen Ärzteblatt" vom 9.7.1981 angesichts einer Steigerung der Ausgaben für Arzneimittel um 9,1% im 1. Quartal 1981 zu folgender Stellungnahme veranlaßt: „Zu der Preissteigerungsrate von 5,5% müssen 2% für die sogenannte Strukturkomponente als Folge der Neueinführung von Arzneimitteln hinzugerechnet werden. Gerade in den letzten 12 Monaten ist seitens der Hersteller eine Vielzahl neuer Arzneimittel auf den Markt gebracht worden, die in aller Regel erheblich teurer als bereits eingeführte ähnliche Präparate sind." Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß es sich bei den Neueinführungen um *„ähnliche Präparate"* handelt. Echte Neuerungen gibt es kaum. Nach einer Zusammenstellung von Volker Friedrich aus dem Jahre 1977 (1) wurden von 1950 bis 1970 von westdeutschen Unternehmen ganze 41 neue Wirkstoffe von internationaler Bedeutung ent-

deckt und eingeführt, von denen jedoch wenigstens 7 als „von fraglicher Wirksamkeit am erkrankten Menschen" gelten müssen.

Ganze 34 einigermaßen sinnvolle Spezialitäten in 20 Jahren! Aber: Allein 13600 neue Arzneimittel wurden in den Jahren 1965 bis 1973 ins amtliche Register eingetragen. Das heißt, wenigen wirklichen Neuerungen stehen tausende von Präparaten gegenüber, deren einzige Neuigkeit in minimaler Abwandlung bekannter Mittel oder in einer wilden, kaum noch zu kontrollierenden Kombination verschiedener altbekannter Präparate besteht. Die Forschung dient da hauptsächlich nur zur Abstützung ungehobelter Marktstrategien, mit denen geringste Unterschiede in der Wirkungsweise der Medikamente zum epochemachenden Fortschritt aufgeblasen werden.

Der echte Arzneimittelschatz ist tatsächlich ziemlich klein. Ein praktischer Arzt kann mit nur 50 verschiedenen Substanzen gut auskommen, ohne seinen Patienten eine notwendige Therapie vorenthalten zu müssen. Es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, daß er mit den 50 besser als mit 500 arbeiten wird, weil er die Medikamente kennt, die Nebenwirkungen noch überblicken kann, unterschiedliche Wirkungsweisen je nach Alter der Patienten, ihren Lebensumständen und Gewohnheiten berücksichtigen wird. Das alles fällt bei dem ungeheuren Haufen Mist, der sich auf dem Pharmamarkt tummelt, völlig unter den Tisch. Tatsächlich werden Ärzte und Patienten so total entwaffnet und für die Pillenmästung weichgeklopft.

Sehr zum Ärger der Krankenkassen. Ihre Mitglieder finanzieren 70% des gesamten Arzneimittelumsatzes in Westdeutschland. Das waren 1978 schon mehr als 10 Milliarden Mark. Der Bundesverband der Ortskrankenkassen z.B. beklagt, daß auch das neue Arzneimittelgesetz von 1976 *keinen eindeutigen Wirksamkeitsnachweis* für Medikamente vorsieht, was auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde (Beschluß vom 2.7.79). Weil dies nicht möglich ist, gelingt keine Beschränkung der Zahl der auf dem Markt befindlichen Arzneimittel, weder eine solche der Neuzulassung noch eine Sichtung aller schon vorhandenen. Selbst wo eine solche Sichtung erfolgt ist, wie jetzt bei den Herzmitteln, gibt es keine Handhabe für die Kassen, die Versicherten vor unwirksamen Medikamenten zu schützen. Sie liebäugeln deshalb mit dem Schweizer Modell einer *„Positivliste"*.
Dort sind 2600 Medikamente vom Bundesamt für Sozialversicherung in Zusammenarbeit mit der Arzneimittelkommission aufgeführt, deren Kostenübernahme den Krankenkassen empfohlen wird. Daneben existiert eine „Arzneimittelliste mit Tarif", die vom Bundesrat beschlossen wird und die wichtigen Arzneimittel enthält, deren

Kostenübernahme für alle Kassen obligatorisch ist. Eine dritte – „Negativliste", von den Krankenkassen zusammen mit dem Apothekerverein herausgegeben, umfaßt einige Mittel wie Kosmetika, Empfängnisverhütungsmittel, Aufputschmittel u.a., deren Kosten die Kassen nicht tragen. Zwar konnte damit in der Schweiz das Preisniveau für Arzneimittel nicht wesentlich gesenkt werden, aber die Zahl der registrierten Mittel beträgt 11000 gegenüber 120000 in der BRD.

Für die Aufnahme eines Arzneimittels in die Schweizer Positivliste gelten die Kriterien:

– medizinisches Bedürfnis (Heilwirkung muß nachgewiesen sein, seine Anwendung muß geboten sein)

– Zweckmäßigkeit und Zuverlässigkeit in bezug auf Wirkung und Zusammensetzung

– Wirtschaftlichkeit (Wirksamkeit im Verhältnis zu anderen Arzneimitteln gleichen Anwendungsgebiets oder ähnlicher Wirkungsweise, Kostenverhältnis, Preisgestaltung im In- und Ausland, Kosten für Forschung bei einem neuen Präparat, keine Patientenwerbung)

Die Arzneimittelkommission, die darüber beschließt, besteht aus Vertretern der Kassen, der Ärzte, der Wissenschaft, der Apotheker, *nicht* jedoch aus Vertretern der pharmazeutischen Industrie.

Obwohl rechtlich gesehen der Positivliste keine Verbindlichkeit zukommt, hat sie sich schon allein deshalb durchgesetzt, weil sie den Ärzten die Durchschaubarkeit des Medikamentenmarktes erleichtert und ihnen eine gewisse Sicherheit bei der Anwendung der Medikamente gibt. Sie wirkt wie ein Filter, den die Kassen vor den Markt geschaltet haben. Direkte Eingriffe in den Markt sind nicht möglich, weil das schweizer Arzneimittelgesetz ähnlich lasch wie das westdeutsche gefaßt ist.

Mit „Markttransparenz" allein ist der mächtigen Pharmalobby allerdings nicht beizukommen. Es gibt inzwischen Transparenzlisten für Monopräparate (sie enthalten nur einen Wirkstoff), die nach Preis pro Gewichtseinheit Wirkstoff aufschlüsseln, ohne Wirkung, Nebenwirkung und andere Eigenschaften der Präparate zu werten. Damit ist aber demjenigen, der die Pille nachher zu schlucken hat, keineswegs gedient. In erster Linie ist entscheidend die Wirkung eines Medikaments, dann die potentiellen Gefahren, zuletzt erst der Preis. Die Krankenkassen zäumen das Pferd vom Schwanze auf, wenn sie meinen, der Sache über die Preise beikommen zu können und die Überprüfung der Wirksamkeit von Medikamenten lediglich als ein Mittel begreifen, die Kosten zu dämpfen. Umgekehrt: Erst wenn es gelingt, nur *die* Arzneimittel auf den Markt zu lassen, deren Wirksamkeit nach dem derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis als gesichert gelten kann und deren Nebenwirkungen und potentiellen Schädigungsmöglichkeiten sich in Grenzen halten, lassen sich Kriterien für die tatsächlichen Preise dieser Mittel finden. Es ist kein Wunder, daß die Pharmaindustrie um die Preisgestaltung, die Kosten für Forschung und Entwicklung und die Werbekosten einen Nebelvorhang legt, der geheimdienstliche oder mindestens Wallraff-Methoden zu ihrer Aufdeckung erforderlich macht. Sie kann das, weil keine Klarheit über den Gebrauchswert der Medikamente besteht.

Denn: Eine Firma, die den Wirksamkeitsnachweis für ein neues Medikament zu erbringen hätte, müßte umfangreiche Forschungsunterlagen offenlegen, die der wissenschaftlichen Nachprüfung standzuhalten hätten. Sie belegten damit gleichzeitig den Zeitaufwand, der zur Entwicklung des Medikaments erforderlich war und ermöglichten somit eine durchsichtige Preiskalkulation. Auf beinahe jedem anderen Markt liegen Tauglichkeit oder Untauglichkeit eines Produkts viel offener zutage. Ein Auto ohne Räder fährt nicht und wird deshalb nicht gekauft. Ein Medikament ohne Wirkung wirkt nicht, wird aber trotzdem gekauft, weil eine Wirkung behauptet wird, an die sich kranke Menschen und ihre Ärzte klammern. Ein wahres Dorado für Scharlatanerie und Betrügereien.

Das heißt, man wird um *einschneidende gesetzliche Bestimmungen* nicht herumkommen, die den Pharma-Unternehmen Auflagen machen, deren Einhaltung von einer ausreichend per-

daß die Pharmaindustrie um die Preisgestaltung, die Kosten für Forschung und Entwicklung und die Werbekosten einen Nebelvorhang legt, der geheimdienstliche oder mindestens Wallraff-Methoden zu ihrer Aufdeckung erforderlich macht. Sie kann das, weil keine Klarheit über den Gebrauchswert der Medikamente besteht.
Denn: Eine Firma, die den Wirksamkeitsnachweis für ein neues Medikament zu erbringen hätte, müßte umfangreiche Forschungsunterlagen offenlegen, die der wissenschaftlichen Nachprüfung standzuhalten hätten. Sie belegten damit gleichzeitig den Zeitaufwand, der zur Entwicklung des Medikaments erforderlich war und ermöglichten somit eine durchsichtige Preiskalkulation. Auf beinahe jedem anderen Markt liegen Tauglichkeit oder Untauglichkeit eines Produkts viel offener zutage. Ein Auto ohne Räder fährt nicht und wird deshalb nicht gekauft. Ein Medikament ohne Wirkung wirkt nicht, wird aber trotzdem gekauft, weil eine Wirkung behauptet wird, an die sich kranke Menschen und ihre Ärzte klammern. Ein wahres Dorado für Scharlatanerie und Betrügereien.
Das heißt, man wird um *einschneidende gesetzliche Bestimmungen* nicht herumkommen, die den Pharma-Unternehmen Auflagen machen, deren Einhaltung von einer ausreichend per-

sonell und finanziell ausgestatteten Behörde durchgesetzt werden kann, die der Kontrolle durch die Pharma-Industrie entzogen, der *Kontrolle durch die Krankenkassen* aber unterworfen sein müßte. Eine solche Kontrolle ist durch Verstaatlichung der pharmazeutischen Industrie, wie sie von Teilen der Jungsozialisten und anderen gefordert wird, nicht zu ersetzen, eben weil es hauptsächlich um eine Kontrolle über das Produkt, die Wirksamkeit des Medikaments geht, während hinter der Forderung nach Verstaatlichung im wesentlichen der Gedanke einer Kontrolle der Profite und der Verfügung über sie steckt.

Bisher konnte die Pharma-Industrie ein Arzneimittelgesetz, das diesen Namen verdient hätte, wirkungsvoll verhindern. Bei der Beratung des heute gültigen Arzneimittelgesetzes gelang es dem Pharma-Bundesverband, die Formulierungen der entscheidenden Bestimmungen über den Wirksamkeitsnachweis so abzuändern, daß das Gesetz seine sowieso schon morschen Zähne gezogen bekam. Ausdrücklich gelobt wurde die damalige Gesundheitsministerin Funke (SPD), die alle Einwendungen und Vorschläge der Industrie sorgfältig bedacht habe. Gelobt wurde auch der Bundesrat, der Änderungsvorschläge „zum Teil wörtlich" vom Verband übernommen habe.

Im Gesamtvorstand des *Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie* sind vertreten: die Hoechst AG, die den Vorsitzenden Max P. Tiefenbacher stellt, die Firma Merck, Hofmann-La Roche, Knoll, Byk Gulden, Boehringer Ingelheim, Boehringer Mannheim, Saarstickstoff-Fatol, Bayer, Klinge Pharma, Schering, Asta-Werke, Dr. Madaus, Beiersdorf, Roha, Pfizer, Organon, Grünenthal, Carl Müller. Allein fünf von ihnen, nämlich Hoechst, Bayer, Schering, Merck und Boehringer Ingelheim konzentrieren ¾ der Forschungskapazitäten auf sich, alle zusammen schon 90%. Der Verband finanziert die Anzeigenkampagne mit dem Slogan „Pharma-Forschung ist teuer, aber ein Menschenleben ist unbezahlbar", für die hier ein Beispiel widergegeben ist. In seinem Vorstand sitzt auch die Firma Grünenthal, die für die Contergan-Katastrophe verantwortlich ist. Der Zynismus ist kaum noch zu überbieten.

Oberflächlich betrachtet herrscht auf dem Arzneimittelmarkt wundervolle, gesunde marktwirtschaftliche Konkurrenz. Neben den Großen gibt es zahlreiche kleine Betriebe, die zum Teil ein umfangreiches Medikamentensortiment anbieten. Diese kleinen Unternehmen sind aber vielfach abhängig und verflochten mit den Großbetrieben. Da sie keine eigene Forschung betreiben, kaufen sie Lizenzen oder warten ab, bis der Patentschutz eines Präparates abgelaufen ist, um es dann mit gleicher Wirksubstanz, aber unter anderem Namen auf den Markt zu bringen. Die Grundstoffe beziehen sie von der chemischen Industrie oder den Großen der Pharma-Branche. Da sie relativ wenig für Werbung ausgeben können, gelingt es ihnen trotz deutlich geringerem Preis nur schwer, das bekannte Originalpräparat vom Markt zu verdrängen. Die Konzerne sichern sich vor allem den Absatz über die Krankenhausapotheken, denen sie große Rabatte einräumen, und verhindern so, daß Nachfolgepräparate einen Schnitt machen können. Zahlreiche Unternehmen, die unter eigenem Namen Arzneimittel vertreiben, sind nichts weiter als Vertriebsgesellschaften, wie z.B. die Firma Cascan, die zu Merck gehört.

Eine wichtige Waffe in der Hand der marktbeherrschenden Unternehmen ist das Patent. Forschende Betriebe lassen sich nicht nur das fertige Medikament, sondern einzelne Zwischenprodukte und Zwischenschritte der Herstellungsverfahren patentieren. Der Patentschutz dauert 18 Jahre. Kurz vor Auslaufen des Patents für Valium 1977/78 begann Hofmann-La Roche Dalmadorm zu vermarkten, obwohl es schon sehr viel länger vorlag. Später folgte Nobrium, dessen Wirkung darauf beruht, daß es im Körper in Valium verwandelt wird. Obwohl von der Wirkungsweise her also kein Fortschritt erreicht worden war, konnte das Unternehmen jedoch ökonomische Punkte machen: Für die „neuen" Präparate gab es wieder einen 18jährigen Patentschutz. Diesen versuchen andere Unternehmen zu umgehen, wie der Pharma-Verband selbst zugibt:

kannte Originalpräparat vom Markt zu verdrängen. Die Konzerne sichern sich vor allem den Absatz über die Krankenhausapotheken, denen sie große Rabatte einräumen, und verhindern so, daß Nachfolgepräparate einen Schnitt machen können. Zahlreiche Unternehmen, die unter eigenem Namen Arzneimittel vertreiben, sind nichts weiter als Vertriebsgesellschaften, wie z.B. die Firma Cascan, die zu Merck gehört.
Eine wichtige Waffe in der Hand der marktbeherrschenden Unternehmen ist das Patent. Forschende Betriebe lassen sich nicht nur das fertige Medikament, sondern einzelne Zwischenprodukte und Zwischenschritte der Herstellungsverfahren patentieren. Der Patentschutz dauert 18 Jahre. Kurz vor Auslaufen des Patents für Valium 1977/78 begann Hofmann-La Roche Dalmadorm zu vermarkten, obwohl es schon sehr viel länger vorlag. Später folgte Nobrium, dessen Wirkung darauf beruht, daß es im Körper in Valium verwandelt wird. Obwohl von der Wirkungsweise her also kein Fortschritt erreicht worden war, konnte das Unternehmen jedoch ökonomische Punkte machen: Für die „neuen" Präparate gab es wieder einen 18jährigen Patentschutz. Diesen versuchen andere Unternehmen zu umgehen, wie der Pharma-Verband selbst zugibt:

„Schließlich beeinflußt auch das Patentgesetz die Art der Differenzierungspolitik, weil der lange Patentschutz die Firmen anspornt, Patente erfinderisch zu umgehen und andersartige Kombinationen bereits bekannter Präparate herauszubringen. Vieles, was als neu angesehen wird, ist also bestenfalls Modifikation und Molekülmanipulation. Dieser Produktwettbewerb liefert nicht nur wenige therapeutische Neuheiten, sondern verstärkt auch die Neigung, Präparate möglichst schnell, also ehe sie gründlich auf Wirksamkeit und Sicherheit getestet worden sind, in den Handel zu bringen." (pharma dialog 32/74) In Italien gibt es keinen Patentschutz für Medikamente, notwendig ist er also selbst unter kapitalistischen Verhältnissen nicht. Es scheint vielmehr so, daß die Patente wenig zur Arzneimittelsicherheit beitragen, sondern eher ein Quell weiterer Gefährdung darstellen und für das Chaos auf dem Arzneimittelmarkt mit verantwortlich zu machen sind.

Literatur zum Thema:

1) Volker Friedrich, Adam Hehn, Rolf Rosenbrock: Neunmal teurer als Gold, rororo aktuell 4067 (1977)

2) Klaus Möbius, Ekkehart Seusing, Adolf Ahnefeld: Die Pharmazeutische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. J.C.B. Mohr (1976)

3) Dietrich Nord: Steuerung im Gesundheitswesen. Systemanalyse der Arzneimittelversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Medizinisch Pharmazeutische Studiengesellschaft e.V. (1979)

4) Adam Hehn, Paul-Helmut Lang, Eike Hansen: Mögliche Nebenwirkung – Tod. rororo aktuell 4742 (1980)



Für die 260 000 Beschäftigten des bayrischen Einzelhandels wurde eine Tariferhöhung von 4,9% rückwirkend zum 1. Mai vereinbart. Für Auszubildende gibt es einen Festbetrag von 35 DM. Weiter wurde vereinbart, daß das Entgelt mit dem siebten Berufsjahr erreicht wird (1 825 DM).

In Frankreich ab 1982 39-Stunden-Woche

mfl. Die Tarifparteien in Frankreich einigten sich auf ein 14 Punkte umfassendes Protokoll. Es ist ein Rahmenabkommen, das bis zum 30. September durch Einzelabschlüsse für die fast 90 Branchen ausgefüllt und anschließend gesetzlich verankert werden soll. Es beinhaltet u.a.: die 39-Std.-Woche bei vollem Lohnausgleich, fünf Wochen Jahresurlaub, Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 80 Std. Überstunden werden bis zu einer Grenze von jährl. 130 Std. erlaubt. Wegen der besseren Nutzung der Maschinen werden statt der bisher vier Schichten fünf Schichten erlaubt. Nachtarbeit für Frauen soll zwei Std. länger möglich sein.

DGB und Bundeswehr

acm. Die „Frankfurter Allgemeine“ hat am Mittwoch über eine gemeinsame Erklärung des DGB und der Bundeswehr berichtet, die in der Vorwoche vom geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gebilligt wurde, aber noch nicht veröffentlicht ist. In der Erklärung wird der Bundeswehr und den Gewerkschaften, jeder auf ihrem Gebiet, „eine unverzichtbare Funktion für unseren demokratischen Staat“ bescheinigt. Weiterhin werden Selbstbehauptungswille und Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO bestätigt. Der Auftrag der Bundeswehr wird als „Friedenssicherung“ und der Wehrdienst als „aktiver Dienst für den Frieden“ beschrieben. Einen Widerspruch zwischen Arbeiterbewegung und Militär gebe es heute nicht mehr.

AG-Weser Vorstand will Einstellung des Schiffsneubaus

mfl. Die Einstellung des Schiffsneubaus nach Fertigstellung der laufenden

Jahresurlaub, Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 80 Std. Überstunden werden bis zu einer Grenze von jährl. 130 Std. erlaubt. Wegen der besseren Nutzung der Maschinen werden statt der bisher vier Schichten fünf Schichten erlaubt. Nachtarbeit für Frauen soll zwei Std. länger möglich sein.

DGB und Bundeswehr

acm. Die „Frankfurter Allgemeine“ hat am Mittwoch über eine gemeinsame Erklärung des DGB und der Bundeswehr berichtet, die in der Vorwoche vom geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gebilligt wurde, aber noch nicht veröffentlicht ist. In der Erklärung wird der Bundeswehr und den Gewerkschaften, jeder auf ihrem Gebiet, „eine unverzichtbare Funktion für unseren demokratischen Staat“ bescheinigt. Weiterhin werden Selbstbehauptungswille und Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO bestätigt. Der Auftrag der Bundeswehr wird als „Friedenssicherung“ und der Wehrdienst als „aktiver Dienst für den Frieden“ beschrieben. Einen Widerspruch zwischen Arbeiterbewegung und Militär gebe es heute nicht mehr.

AG-Weser Vorstand will Einstellung des Schiffsneubaus

mfl. Die Einstellung des Schiffsneubaus nach Fertigstellung der laufenden

Aufträge und eine damit zusammenhängende Massenentlassung steht auf der Tagesordnung einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung. Das würde ca. 1200 Entlassungen bedeuten. Die Unternehmensleitung gibt das Nichtzustandekommen des neuen Tarifvertrages als Ursache an. Die IG Metall erklärt, sie habe die Verhandlungen abgesagt, weil der Vorstand plötzlich neue Forderungen gestellt habe. Bei dem Streit geht es um eine Verdienstabsicherung für die Beschäftigten.

Chiles Bergarbeiter gründen Gewerkschaft

ddp/Santiago. Die chilenischen Bergarbeiter haben einen Gewerkschaftsverband gegründet. In der „Konföderation der Bergarbeiter“ sind Unterorganisationen des Kohle-, Kupfer- und Zementbereichs zusammengeschlossen. Hauptaufgabe des neuen Verbandes soll das gemeinsame Vorgehen bei Lohnverhandlungen und die Bekämpfung der seit zwei Jahren geltenden Arbeitsgesetzgebung sein. Der „Arbeitsplan“ der Regierung, so die Gewerkschaftssprecher, habe Errungenschaften der Arbeiter eingeschränkt oder abgeschafft, den Unternehmern dagegen Vorteile verschafft.

Tarifvertrag über Bildschirmarbeit bei der Post

geh. Zwischen Bundespost und Postgewerkschaft wurde ein Tarifvertrag für die rd. 25000 Beschäftigten an Bildschirmarbeitsplätzen abgeschlossen. Er gilt auch für die mehr als 8000 an Mikrofilm-Lesegeräten. Wichtigste Punkte des Vertrags, gegen den noch vom Innenministerium Veto eingelegt werden kann, sind: pro Stunde Arbeit 10 Minuten Pause, wenn täglich mindestens 2 Stunden am Bildschirm gearbeitet wird. Es ist keine tägliche Höchstarbeitszeit vorgeschrieben, Mischarbeit ist nicht vorgeschrieben, soll aber angestrebt werden. Vor Aufnahme der Tätigkeit an Bildschirmarbeitsplätzen ist eine betriebsärztliche, auf Wunsch fachärztliche Untersuchung notwendig. Weitere Untersuchungen sind nach 5 Jahren, bei Beschäftigten über 45 Jahren alle 3 Jahre fällig. Bei den nicht „überwiegend“ an Bildschirmarbeitsplätzen Tätigen werden die Untersuchungen auf Wunsch durchgeführt. Die Kosten dafür und die erforderlichen Maßnahmen trägt die Bundespost. Die „Sicherheitsregeln für die Bildschirmarbeitsplätze im Bürobereich“ sind anzuwenden.

IG Druck Westberlin unterstützt Instandbesetzungen

kvz. „Die Delegierten des 12. Ordentlichen Landesbezirkstages begrüßen die Besetzung und Instandbesetzung leerstehenden Wohnraumes durch die Berliner Instandbesetzungsinitiativen. Wir fordern von den zuständigen Stellen: – Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten; – Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Hausbesetzer und keine Kriminalisierung; – Abschluß von Mietverträgen mit den Instandbesetzern; – die Erhaltung von billigem Wohnraum durch den Senat; – Eindämmung und strengste Kontrolle der Spekulation mit Wohnraum; – Beibehaltung der Mietpreisbindung für die ca. 600000 Altbauwohnungen als Dauerrecht; – Nichteinführung des „Weißen Kreises“ und der Tabellenmieten; – Schaffung von Wohnungen im „sozialen Wohnungsbau“ in ausreichender Zahl; – Maßnahmen gegen die zunehmende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

chungen sind nach 5 Jahren, bei Beschäftigten über 45 Jahren alle 3 Jahre fällig. Bei den nicht „überwiegend“ an Bildschirmarbeitsplätzen Tätigen werden die Untersuchungen auf Wunsch durchgeführt. Die Kosten dafür und die erforderlichen Maßnahmen trägt die Bundespost. Die „Sicherheitsregeln für die Bildschirmarbeitsplätze im Bürobereich“ sind anzuwenden.

IG Druck Westberlin unterstützt Instandbesetzungen

kvz. „Die Delegierten des 12. Ordentlichen Landesbezirkstages begrüßen die Besetzung und Instandbesetzung leerstehenden Wohnraumes durch die Berliner Instandbesetzungsinitiativen. Wir fordern von den zuständigen Stellen: – Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten; – Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Hausbesetzer und keine Kriminalisierung; – Abschluß von Mietverträgen mit den Instandbesetzern; – die Erhaltung von billigem Wohnraum durch den Senat; – Eindämmung und strengste Kontrolle der Spekulation mit Wohnraum; – Beibehaltung der Mietpreisbindung für die ca. 600000 Altbauwohnungen als Dauerrecht; – Nichteinführung des „Weißen Kreises“ und der Tabellenmieten; – Schaffung von Wohnungen im „sozialen Wohnungsbau“ in ausreichender Zahl; – Maßnahmen gegen die zunehmende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
...“

Kurzmeldungen

DGB gegen Vorschlag „Job-Sharing“ der CDU. Der DGB sieht Gefahren in bezug auf die soziale Sicherung, den Kündigungsschutz und eine erhebliche Leistungsverdichtung. Außerdem bestände Zwang einer Abrufbereitschaft ohne Entgelt bei Ausfall des Kollegen.

Streikwelle in Sambia. Die Bergbauarbeiter im Kupferbergbaugebiet Chiliabombwe befinden sich in anhaltenden Streiks für höhere Löhne. Auch die Lehrer dieses Gebiets sind im Tarifstreit mit der Regierung.

Streik bei Ford in Brasilien beendet. Acht Tage lang streikten 9000 Arbeiter für die Wiedereinstellung von 450 Arbeitern, die am 3. Juli entlassen worden waren, und forderten eine Arbeitsplatzgarantie. Zugesagt wurde, daß im Zeitraum von 120 Tagen keine weiteren Entlassungen stattfinden werden. Die entlassenen Arbeiter wurden nicht wieder eingestellt.

Schwedischer Frauenverband tritt für die 30-Stunden-Woche ein. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in Schweden auf sechs Stunden pro Tag und 30 Std. pro Woche kann nach Ansicht des sozialdemokratischen Frauenverbandes am Ende der achtziger Jahre eingeleitet werden.

Bei Bosch in Brasilien finden Entlassungen statt. In Brasilien sind im 1. Quartal 1981 rund 40% weniger PKW, LKW und Traktoren abgesetzt worden als im Vorjahr. Die Robert Bosch do Brasil will jetzt die Belegschaft um 1 700 Beschäftigte auf 6 500 reduzieren.

Unikliniken Freiburg: Lage ist unerträglich

Durch „Kostendämpfung“ – Arbeitsbedingungen und Verschlechterung der Gesundheitsversorgung

chs.Freiburg. 14,3 Mio. DM kürzte die Landesregierung Baden-Württembergs insgesamt im Nachtragshaushalt an der Gesundheitsversorgung, 4,8 Mio. DM entfielen dabei auf die Unikliniken Freiburg. Das Sozialministerium betonte dabei im September '80 in der Badischen Zeitung, daß vor allem Mittelkürzungen vorgenommen werden, die die Krankenversorgung nicht unmittelbar treffen. Wenig später dann die Meldung, man müsse doch „Abstriche“ in der Krankenversorgung machen. Bisher sei die Landesregierung bemüht gewesen um eine „gute“ Krankenversorgung – jetzt müsse diese einer „ausreichenden“ weichen.

Laut dem Krankenhausbedarfsplan Stufe I, der wenig später als das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz erstellt wurde, sind die Unikliniken der Maximalversorgung zugeordnet. Sie verfügen damit über alle modernen medizinischen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden – ein Zentrum des medizinischen Fortschritts? In der Bevölkerung und bei den Beschäftigten hat das Klinikum einen schlechten Ruf. Manche meinen, es hängt mit der Größe zusammen oder mit der zunehmenden Technik. Anhand von ein paar Zahlen kommt man der Ursache besser auf die Spur. Der Bettenbestand blieb mit ca. 2000 von 1972–79 nahezu konstant, bei einer Steigerung der Gesamtpatientenaufnahmen um 18%. 1976 wurden 199 Planstellen im gesamten Klinikum gestrichen, die teilweise über Zeitverträge oder Aushilfen wieder besetzt werden mußten. Bereits 1974 bei der Einführung der 40-Stunden-Woche haben vor allem Krankenschwestern auf einer außerordentlichen Personalversammlung klar gemacht, daß die Arbeitszeitverkürzung nur durch Schaffung neuer Planstellen realisiert werden kann. Bis heute wurden keine neuen Planstellen bereitgestellt. Dafür nahm die Zahl der Aushilfen wie Rot-Kreuz-Helfer, Praktikanten (ohne Vergütung), studentische Sitzwachen kontinuierlich zu. 1980 waren laut Verwaltung bis zu 3000 Sitzwachen im Einsatz.

1979 untersuchten Beschäftigte auf zwei internistischen und zwei chirurgischen Abteilungen das Verhältnis von examiniertem Pflegepersonal zu Aushilfen, Schülern, ZDL etc., und es kam heraus, daß auf den Allgemeinstationen 60% der Arbeit von Aushilfen, Schülern etc. geleistet wurde und nur 40% von examiniertem Personal. Jetzt wurde diese Untersuchung in einer vergleichbaren Abteilung im gleichen Zeitraum Januar – März 81 wiederholt.

Bei einer Steigerung der Patientenzahlen in den letzten drei Jahren um 13% blieb die Planstellenanzahl gleich, ebenso die Schülerzahl. Allerdings hat sich das Verhältnis von examiniertem Pflegepersonal zu Schülern, Aushilfskräften usw. weiter verschlechtert:

	Exam.	Aush.	Überstd.
Jan. 81	41,1%	58,1%	311,2
Feb. 81	34,8%	65,1%	627,0
März 81	30,6%	69,2%	380,5

Die Überstunden beziehen sich nur auf das examinierte Pflegepersonal.

Seit Januar 81 gibt es bezüglich der Überstunden eine infame Hausregelung, die, obwohl sie nachgewiesener Weise den tarifvertraglichen Regelungen widerspricht, von seiten der Pflegedienstleitung gegenüber den Stationen immer wieder in Anwendung gebracht wird.

Die Pflegekräfte werden angewiesen, am Monatsende auf ihrem Überstundenkonto „ausgeglichen“ zu sein – andernfalls müssen diese Überstunden ausbezahlt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verwaltung überprüfen könne, ob es sich bei den Überstunden um „angeordnete“ handle, denn nur solche werden bezahlt. Ein frecher Angriff der Dienstleitung und auch eine Aufforderung, egal, wie es um die Patientenversorgung steht, soll Feierabend gemacht werden, also bei Überstunden sind die Beschäftigten selber schuld. Die Pflegekräfte weisen diese Angriffe zurück und wehren sich gegen Überstunden und Arbeitshetze, allerdings häufig vereinzelt, denn bei einer Fluktuationsrate von 40% ist der Organisationsgrad in der ÖTV verschwindend gering.

Man kann zusammenfassend sagen, daß die Bundes- und Landesregierung mit der Methode, durch Zentralisierung der Gesundheitsversorgung Kosten zu sparen, gescheitert sind – die Kosten werden gesenkt zu Lasten der Gesundheitsversorgung und Arbeitsbedingungen bei den Beschäftigten.

hand von ein paar Zahlen kommt man der Ursache besser auf die Spur. Der Bettenbestand blieb mit ca. 2000 von 1972–79 nahezu konstant, bei einer Steigerung der Gesamtpatientenaufnahmen um 18%. 1976 wurden 199 Planstellen im gesamten Klinikum gestrichen, die teilweise über Zeitverträge oder Aushilfen wieder besetzt werden

kräften usw. weiter verschlechtert:

Exam. Aush. Überstd.
Jan. 81 41,1% 58,1% 311,2
Feb. 81 34,8% 65,1% 627,0
März 81 30,6% 69,2% 380,5

Man kann zusammenfassend sagen, daß die Bundes- und Landesregierung mit der Methode, durch Zentralisierung der Gesundheitsversorgung Kosten zu sparen, gescheitert sind – die Kosten werden gesenkt zu Lasten der Gesundheitsversorgung und Arbeitsbedingungen bei den Beschäftigten.



So sieht „Die Feder“, Zeitung der IG Druck und Papier für Journalisten und Schriftsteller, die Tätigkeit eines Redakteurs. Anfang 1980 hatten mittlerweile zwei Dutzend Verlage ihre Redaktionen an elektronische Systeme angeschlossen, mehr als 500 Bildschirmterminals waren in Betrieb. Die Arbeitslast ist so für die Journalisten erheblich gestiegen. Ein Projekt „Zeitungsjournalisten unter den Bedingungen der Bildschirmarbeit“ soll im Frühjahr 1982 nähere Aufschlüsse über die Lage bringen. Doch schon jetzt stellt „Die Feder“ nach kleineren eigenen Untersuchungen fest: Die Einführung der Bildschirmgeräte hat sich durchgesetzt, jetzt beginnt der Kampf um die Arbeitsbedingungen, die Qualität der Geräte und die Ausgestaltung der Arbeitsräume. Auf diesem Gebiet müsse man Fortschritte machen.



So sieht „Die Feder“, Zeitung der IG Druck und Papier für Journalisten und Schriftsteller, die Tätigkeit eines Redakteurs. Anfang 1980 hatten mittlerweile zwei Dutzend Verlage ihre Redaktionen an elektronische Systeme angeschlossen, mehr als 500 Bildschirmterminals waren in Betrieb. Die Arbeitslast ist so für die Journalisten erheblich gestiegen. Ein Projekt „Zeitungsjournalisten unter den Bedingungen der Bildschirmarbeit“ soll im Frühjahr 1982 nähere Aufschlüsse über die Lage bringen. Doch schon jetzt stellt „Die Feder“ nach kleineren eigenen Untersuchungen fest: Die Einführung der Bildschirmgeräte hat sich durchgesetzt, jetzt beginnt der Kampf um die Arbeitsbedingungen, die Qualität der Geräte und die Ausgestaltung der Arbeitsräume. Auf diesem Gebiet müsse man Fortschritte machen.

Englische Regierung macht letztes Angebot

Seit 19 Wochen andauernder Tarifkampf im öffentlichen Dienst

thf. In dem seit 19 Wochen andauernden Lohnkampf in den britischen öffentlichen Diensten zeichnet sich ein Ende ab. Die Regierung hat ein ultimatives letztes Angebot von 7,5% unterbreitet. Die 9 Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, um deren Tarife es geht, hatten 15% gefordert. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig bei 11,7%, und mit einem Absinken ist in nächster Zeit nicht zu rechnen, eher mit dem Gegenteil. Trotz der Differenz zwischen Forderung und Regierungsangebot wollen acht Gewerkschaften ihren Mitgliedern die Annahme des Regierungsangebots empfehlen, und nur eine ist für Ablehnung und Vollstreik. Schon während des Kampfes bisher hat es über die Aktionen Meinungsverschiedenheiten gegeben. Geführt worden ist er mit nationalen Aktionstagen und Schwerpunktstreiks. Über einen Vollstreik hat es verschiedentlich Diskussionen gegeben, aber nur eine Gewerkschaft war dann letztendlich dafür.

Das Regierungsangebot beinhaltet die Zusage, keinerlei Suspendierungen und andere Disziplinierungen vorzunehmen. Allerdings soll durch Streik ausgefallene Zeit auch nicht bezahlt und während der Zeit verloren gegangene Pensionsansprüche sollen nicht ersetzt werden. Das Angebot der Regierung liegt 1,5% über dem, was sie an Personalkostenzuwachs im öffentlichen Dienst kalkuliert hat und woran sie unbedingt festhalten will. Die Differenz soll über Personalabbau ausgeglichen werden. In dem Brief an die Gewerkschaften schreibt die Regierung auch, daß ihr Angebot zurückgezogen werde, falls die Kampfmaßnahmen nicht beendet werden.

Dieser Lohnkampf im öffentlichen Dienst war der längste derartige, sich über das ganze Land erstreckende Kampf seit dem Generalstreik von 1929; es ging um die Löhne und Gehälter von 530 000 Beschäftigten. Die Gewerkschaft der Ambulanzwagenbesatzungen, die sich ebenfalls in einem Tarifstreit mit dem Dienstherrn befindet, wird wahrscheinlich auf ein solches Angebot auch eingehen. Kampfmaßnahmen stehen womöglich noch bei den Eisenbahnbeschäftigten an. Die Schlichtungsstelle hat einen Vorschlag mit einem Kostenvolumen von 10,5% gemacht. Der Vorschlag sieht eine etappenweise Lohnerhöhung und eine stärkere Anhebung der unteren Löhne und Gehälter vor. Der Sekretär der Nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner (NUR), eine der betroffenen Gewerkschaften, hat schon erklärt, mit dem Vorschlag könne „man leben‘. Dem steht bis jetzt aber nur ein 7% Angebot des öffentlichen Dienstherrn gegenüber, und der Vorschlag ist für keine der beiden Seiten bindend.

Vor dem Hintergrund des anstehenden Streiks trafen sich die Führer der beiden größten Eisenbahnergewerkschaften, um abschließend formelle Angelegenheiten zur Gründung einer einheitlichen Gewerkschaft zu regeln. Die Gewerkschaft NUR hatte die Vereinigung aller drei Eisenbahnergewerkschaften angestrebt, doch wird eine Gewerkschaft außerhalb der neuen bleiben. Die neue Gewerkschaft wird über 220 000 Beschäftigte vertreten und dem gewerkschaftlichen Anliegen der Eisenbahner damit schon einige Wucht mehr verleihen. Der Generalsekretär des Dachverbandes der Gewerkschaften hatte bei den früher recht scharfen Widersprüchen der Gewerkschaften untereinander die Annäherung vermittelt.

18 Mitglieder der IG Druck sollen wegen Blockadeaktion auf die Anklagebank

Solidaritätsaktion mit dänischen Druckern in Hamburg soll kriminalisiert werden

edd. 18 Kolleginnen und Kollegen der IG Druck und Papier, alles Mitglieder der Ortsvereinsvorstände, des Bezirksvorstandes oder Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Druck, sollen wegen ihrer Teilnahme an einer Solidaritätsaktion für dänische Drucker und Setzer angeklagt werden. Sie hatten während des Streiks dänischer Drucker und Setzer versucht, durch eine Blockade die Auslieferung von Streikbrecherarbeiten in einer Ahrensburger Buchbinderei zu unterbinden. Was ging dem voran?

Seit dem 27. März waren über 7500 Drucker und Setzer in Dänemark ausgesperrt. Dies war der zweite größere Arbeitskampf innerhalb von 3 Jahren in der Druckindustrie. Gegen die Rationalisierung und die Einführung neuer Technologien hatte der DANSK TYPOGRAF FORBUND (DTF) einen Forderungskatalog an die dänischen Druckkapitalisten gestellt:

- Einführung der 35-Stunden-Woche in der gesamten Druckindustrie
- verlängerter Urlaub
- pro geleisteter Überstunde sollen zwei Freistunden gewährt werden, diese müssen abgebummelt werden und können nicht ausgezahlt werden
- Gewerkschaftliches Einspruchsrecht bei der Einführung neuer Technologien.

Als der DTF ein Verhandlungsergebnis des gewerkschaftlichen Dachverbandes LO als unzureichend ablehnte, wurden kurzerhand, ohne daß auch nur ein Betrieb bestreikt war, 7500 Typographen ausgesperrt. Initiiert wurde dies vom Dachverband der Kapitalisten, der den Druckkapitalistenverband unter Androhung hoher Verbandsstrafen zur Aussperrung zwang.

Die dänischen Druckkapitalisten versuchten nun mit der Auslagerung der Aufträge ins Ausland, den Streik zu brechen. Die IG Druck und Papier hatte alle Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, diese dänischen Aufträge zu boykottieren. (1976 und 1978 hatte der DTF ebenfalls jegliche Streikbrecherarbeit gegen die westdeutschen Druckarbeiter verhindert.) Zu diesen Aufträgen gehörte auch einer der Firma Tjaerborg, ein Prospekt mit 80000 Auflage und 176 Seiten, der von der Königlichen Buchdruckerei Kopenhagen zur Firma Mühlmeister und Johler ausgelagert wurde und dort gedruckt werden sollte.

Solidaritätsadressen an: Bezirksvorstand Hamburg der IG Druck, Besenbinderhof 57/61, 2 Hamburg 1







Nachdem sich bei Mühlmeister ein Montierer weigerte, den Streikbruchauftrag zu bearbeiten, mußte dieser das Betriebsgelände verlassen. Später mußte Johler diesen Rauswurf in eine Beurlaubung umwandeln. Obwohl ein Teil der über 20 Drucker dem Aufruf der IG Druck zum Boykott folgte, gelang es Johler doch, eine Handvoll Meister und unorganisierter Drucker zu gewinnen, diesen Streikbruchauftrag zu fertigen. Die Verarbeitung des Prospektes sollte die Firma Schacht in Ahrensburg übernehmen. Während die in der IG Druck organisierten Kolleginnen und Kollegen dem Boykottaufruf vollständig folgten, wurde der Auftrag dennoch von Unorganisierten und Meistern produziert. Dabei gingen allerdings einige teure Maschinen kaputt.



Am Freitag, den 15. Mai sollte nun die Auslieferung aus dem Ahrensburger Werk der Firma Schacht erfolgen. 20 bis 30 Kolleginnen und Kollegen der IG Druck und Papier versperrten den Sattelschlepper mit den 80000 Prospekten jedoch um 19.30 Uhr die Ausfahrt. Die Firmenleitung holte sofort die Polizei. Diese mußte jedoch unverrichteter Dinge abziehen. Der LKW konnte so vorerst das Betriebsgelände nicht verlassen. Im Laufe des Abends versammelten sich immer mehr Kolleginnen und Kollegen der IG Druck, die zu Hause angerufen wurden, vor dem Betriebstor. Diskussionen mit dem LKW-Fahrer ergaben, daß der Spediteur die Anweisung gegeben hatte, bis 23 Uhr zu warten. Dies wohl in der Hoffnung, zu später Stunde und im Regen würde sich die Blockade zerlaufen. Doch auch gegen 23 Uhr waren noch 40 Kolleginnen und Kollegen dort. Ein hoher Polizeioffizier peilte die Lage und versuchte, „Verantwortliche" herauszubekommen.

Die Polizei beschränkte sich darauf, ständlich die Autokennzeichen zu notieren. Die versammelten Kollegen machten über den Fahrer dem Spediteur das Angebot, der LKW könne ohne den Streikbruchauftrag abfahren. Dies wurde abgelehnt, der Fahrer bekam die Anweisung aus Kopenhagen, bis Samstag morgen zu warten. Für die Nacht wurde ein Schichtdienst eingeteilt, eine Notruftelefonkette eingerichtet. Kollegen der Firma Schacht spendeten Getränke für die Nacht. Am nächsten Samstag morgen wurde für 9 Uhr mit einem erneuten Versucht gerechnet, die Auslieferung zu erzwingen. Seit 7 Uhr waren ca. 60 Kolleginnen und Kollegen, durch die Telefonketten mobilisiert, vor dem Tor.

Gegen 14 Uhr rückten ca. 70 Polizisten an, sperrten das Gebiet bis zur Ahrensburger Innenstadt weiträumig ab. Sie forderten die Versammelten auf, ihre Fahrzeuge zu entfernen, da diese sonst konstenpflichtig abgeschleppt würden. Als das Tor geöffnet wurde, setzten sich die Anwesenden in die Einfahrt und hakten sich ein. Ca. 20 Leute, die vor dem Tor gesessen hatten, wurden vorübergehend festgenommen. Der LKW konnte daraufhin das Betriebsgelände verlassen und wurde unter Polizeischutz zur dänischen Grenze gebracht. 19 Stunden war die Auslieferung verhindert worden.

Gegen die festgenommenen Kollegen ermittelt die Polizei wegen „Nötigung" und wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte.

Bereits bei der Blockade gegen die Auslieferung des Streikbruchauftrages TIMES wurde versucht, die IG Druck-Gewerkschafter zu kriminalisieren. Dieser Prozeß mußte vom zuständigen Gericht der Zuständigkeit halber (Arbeitskampf) ans Arbeitsgericht überwiesen werden. Sollte es in Hamburg nun zu Anklagen oder gar Verurteilungen kommen, ist zu befürchten, daß der TIMES-Prozeß auch erneut aufgerollt wird.

Der Landesbezirksvorstand, der laut Satzung eigentlich über die Aktion hätte entscheiden müssen, konnte wegen der Kurzfristigkeit nicht mehr informiert werden. Nachträglich haben Ortsverein und Bezirk Hamburg jedoch die Rechtsvertretung durch die IG Druck verlangt, diese wurde im Falle einer Anklage auch zugesagt. Die Hamburger IG Druck-Kollegen informierten über diese Vorfälle in einem IG Druck-internen Rundschreiben:

„... *Wir müssen zunehmend die Erfahrung machen, daß sich die Polizei in Arbeitskämpfe einmischt. Durch den Einzug neuer Techniken wird es den Unternehmen leicht gemacht, eine Handvoll Meister, Unorganisierte oder Fachfremder zu finden, um Streikbruchaufträge zu fertigen. Deshalb kann es in der Konsequenz nur heißen, daß in den Betrieben, wo gestreikt wird oder Aufträge boykottiert werden, eine Blockade erfolgen muß, wenn diese Maßnahmen nicht den gewerkschaftlichen Erfolg haben.*"

Die Hamburger Drucker rufen alle Kolleginnen und Kollegen zur Solidarität auf.

Solidaritätskonto: F. Schütze, Dresdner Bank, Konto: 82 937 372 00, Stichwort: Blockadeaktion Schacht.

hah.Turin,9. Juli. Zwischen dem FLM-Koordinationsausschuß der Fiat-Fabrikräte und dem Fiat-Vorstand laufen Verhandlungen, in denen es um folgendes geht:
Teil der „Überzähligen" in „Mobilität" gesetzt wird, daß für einen zweiten die Kurzarbeit verlängert wird und daß das Unternehmen für einen dritten Teil *vor* Juni 1983 (also dem Datum,
was einerseits die „Überzähligen" bei Fiat um ca. 1000 verringern würde, andererseits aber gerade deshalb von Bedeutung ist, weil soeben der Verband privater Metall-Industrieller diese Ver-
Das Problem der FLM liegt darin, daß sie ihre Niederlage vom letzten Oktober bei Fiat bisher nur ansatzweise verkraftet hat. Der erbitterte Kampf gegen die damals schon angekündigten
Gelegenheit für Fiat, den Arbeitern vor Augen zu führen, wieviele von ihnen plötzlich in jeder Abteilung, an jedem Band „überzählig" waren. Dieser Effekt wurde dadurch verstärkt, daß es

- pro geleisteter Überstunde sollen zwei Freistunden gewährt werden, diese müssen abgebummelt werden und können nicht ausgezahlt werden
- Gewerkschaftliches Einspruchsrecht bei der Einführung neuer Technologien.

Als der DTF ein Verhandlungsergebnis des gewerkschaftlichen Dachver-
ausgelagert wurde und dort gedruckt werden sollte.
Nachdem sich bei Mühlmeister ein Montierer weigerte, den Streikbruchauftrag zu bearbeiten, mußte dieser das Betriebsgelände verlassen. Später mußte Johler diesen Rauswurf in eine Beurlaubung umwandeln. Obwohl ein Teil der über 20 Drucker dem Aufruf



allerdings einige teure Maschinen kaputt.
Am Freitag, den 15. Mai sollte nun die Auslieferung aus dem Ahrensburger Werk der Firma Schacht erfolgen. 20 bis 30 Kolleginnen und Kollegen der IG Druck und Papier versperrten den Sattelschlepper mit den 80000 Prospekten jedoch um 19.30 Uhr die Ausfahrt. Die Firmenleitung holte sofort die Polizei. Diese mußte jedoch unverrichteter Dinge abziehen. Der LKW konnte so vorerst das Betriebsgelände nicht verlassen. Im Laufe des Abends versammelten sich immer mehr Kolleginnen und Kollegen der IG Druck, die zu Hause angerufen wurden, vor dem Betriebstor. Diskussionen mit dem LKW-Fahrer ergaben, daß der Spediteur die Anweisung gegeben hatte, bis 23 Uhr zu warten. Dies wohl in der Hoffnung, zu später Stunde und im Regen würde sich die Blockade zerlaufen. Doch auch gegen 23 Uhr waren noch 40 Kolleginnen und Kollegen dort. Ein hoher Polizeioffizier peilte die Lage und versuchte, „Verantwortliche" herauszubekommen.
Die Polizei beschränkte sich darauf,
nächsten Samstag morgen wurde für 9 Uhr mit einem erneuten Versucht gerechnet, die Auslieferung zu erzwingen. Seit 7 Uhr waren ca. 60 Kolleginnen und Kollegen, durch die Telefonketten mobilisiert, vor dem Tor.
Gegen 14 Uhr rückten ca. 70 Polizisten an, sperrten das Gebiet bis zur Ahrensburger Innenstadt weiträumig ab. Sie forderten die Versammelten auf, ihre Fahrzeuge zu entfernen, da diese sonst konstenpflichtig abgeschleppt würden. Als das Tor geöffnet wurde, setzten sich die Anwesenden in die Einfahrt und hakten sich ein. Ca. 20 Leute, die vor dem Tor gesessen hatten, wurden vorübergehend festgenommen. Der LKW konnte daraufhin das Betriebsgelände verlassen und wurde unter Polizeischutz zur dänischen Grenze gebracht. 19 Stunden war die Auslieferung verhindert worden.
Gegen die festgenommenen Kollegen ermittelt die Polizei wegen „Nötigung" und wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte.
Bereits bei der Blockade gegen die Auslieferung des Streikbruchauftrages TIMES wurde versucht, die IG Druck-
der Kurzfristigkeit nicht mehr informiert werden. Nachträglich haben Ortsverein und Bezirk Hamburg jedoch die Rechtsvertretung durch die IG Druck verlangt, diese wurde im Falle einer Anklage auch zugesagt. Die Hamburger IG Druck-Kollegen informierten über diese Vorfälle in einem IG Druck-internen Rundschreiben:
„... *Wir müssen zunehmend die Erfahrung machen, daß sich die Polizei in Arbeitskämpfe einmischt. Durch den Einzug neuer Techniken wird es den Unternehmen leicht gemacht, eine Handvoll Meister, Unorganisierte oder Fachfremder zu finden, um Streikbruchaufträge zu fertigen. Deshalb kann es in der Konsequenz nur heißen, daß in den Betrieben, wo gestreikt wird oder Aufträge boykottiert werden, eine Blockade erfolgen muß, wenn diese Maßnahmen nicht den gewerkschaftlichen Erfolg haben.*"
Die Hamburger Drucker rufen alle Kolleginnen und Kollegen zur Solidarität auf.
Solidaritätskonto: F. Schütze, Dresdner Bank, Konto: 82 937 372 00, Stichwort: Blockadeaktion Schacht.

Der Rückschlag bei Fiat ist schwer zu verkraften

Ein umfangreiches Abkommen über „Dauer-Kurzarbeit" hat sich als spaltend und zersetzend erwiesen / Probleme sind noch nicht überwunden

hah.Turin,9. Juli. Zwischen dem FLM-Koordinationsausschuß der Fiat-Fabrikräte und dem Fiat-Vorstand laufen Verhandlungen, in denen es um folgendes geht:

1. Laut Abkommen vom Oktober 1980 hätte eigentlich schon bis zum 30.6.81 geklärt werden müssen, wieviele von den 23000 Arbeitern, die damals auf Dauer-Kurzarbeit gesetzt wurden, in die „Mobilitäts-Listen" eingeschrieben werden. Diese wurden im Metall-Tarifvertrag von 1979 vereinbart und sind eine Zwischenform zwischen Kurzarbeit und Entlassung: der auf die „Mobilitäts-Liste" gesetzte Arbeiter scheidet vorerst aus seinem alten Betrieb aus und soll bevorzugt an andere Unternehmen in „zumutbarer" Entfernung vom Wohnort vermittelt werden; er bekommt in der Zwischenzeit Kurzarbeitergeld und *muß* vom alten Unternehmen wieder eingestellt werden, wenn er nach zwei Jahren „Mobilität" immer noch keinen neuen Ausbeuter seiner Arbeitskraft gefunden hat; schlägt er allerdings ein neues „zumutbares" Arbeitsangebot aus, verliert er alle Ansprüche. Von den 23000, die im Oktober 1980 in Kurzarbeit gingen, sind inzwischen viele mithilfe von Frühpensionierungen oder Abfindungen aus dem Rennen geschieden, sodaß nach gewerkschaftlicher Rechnung als Kandidaten für die „Mobilität" höchstens noch 7000 in Frage kommen; der Fiat-Vorstand jedoch ging in die laufenden Verhandlungen mit der Mitteilung hinein, es seien inzwischen weitere 14000 Arbeiter strukturell überzählig. Die FLM argumentiert dagegen, der Turiner Arbeitsmarkt, auf dem sie vor allem zur Disposition stehen würden, könne eine solche Anzahl nicht absorbieren. Sie fordert deshalb, daß nur ein möglichst kleiner, genau umrissener Teil der „Überzähligen" in „Mobilität" gesetzt wird, daß für einen zweiten die Kurzarbeit verlängert wird und daß das Unternehmen für einen dritten Teil *vor* Juni 1983 (also dem Datum, zu dem Fiat die ohne Erfolg in „Mobilität" gesetzten Arbeiter sowieso wieder einstellen müßte) die Rückkehr in den Betrieb garantieren müsse.

2. Seit April 1980 „hängt" ein neues Fiat-Unternehmensabkommen. Die gewerkschaftliche Plattform enthielt Forderungen zur Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, zur „Anreicherung" der Arbeit (Einführung von sog. „Produktionsgruppen"), zur Investitionspolitik (z.B. Verlagerung von Produktionsteilen in die süditalienischen Werke), nach mehr Lohn. Aufgrund der geschwächten gewerkschaftlichen Position scheinen aber gerade die Forderungen nach einem „positiven" Ausweg aus der Krise nur noch auf dem Papier zu stehen, sodaß nur die Forderung nach mehr Lohn übrigbleibt. Zumindest soll aber durchgesetzt werden, daß die 1979 vereinbarte Arbeitszeitregelung, die Arbeitszeit aller in Serienfertigung Beschäftigten jährlich um 40 Std. bzw. wöchentlich von 40 auf 39¼ Stunden zu verkürzen, auf Fiat angewandt wird – was einerseits die „Überzähligen" bei Fiat um ca. 1000 verringern würde, andererseits aber gerade deshalb von Bedeutung ist, weil soeben der Verband privater Metall-Industrieller diese Vereinbarung für nichtig erklärt hat, weil die Arbeiter der Branche keine entsprechend erhöhte Arbeitsproduktivität gebracht hätten.

Das Problem der FLM ist nicht so sehr, daß der Fiat-Konzern sterbenskrank wäre. Trotz der Krise in bestimmten Bereichen der Auto-Produktion hat Agnelli am 2. Juli den Aktionären einen Abschluß für 1980 vorgelegt, der einen Reingewinn von 51 Mrd. Lire (100 Mio. DM) verzeichnet und eine Dividende erlaubt. Das Ausmaß der geplanten Umstrukturierung: die Investitionen sollen von 960 Mrd. Lire 1980 (1,9 Mrd. DM) auf 1260 Mrd. Lire 1981 (2,5 Mrd. DM) steigen. Am 8. Juli hat Fiat mit dem staatlichen Stahlkonzern IRI ein Abkommen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Spezialstähle und der Auto-Produktion (gemeinsame Produktion von Autoteilen mit der IRI-Tochter Alfa Romeo) abgeschlossen: eine „Verlobung" des größten italienischen Privatkapitals mit dem größten staatlichen Kapital.

Das Problem der FLM liegt darin, daß sie ihre Niederlage vom letzten Oktober bei Fiat bisher nur ansatzweise verkraftet hat. Der erbitterte Kampf gegen die damals schon angekündigten Massenentlassungen, der in eine wochenlange Blockade der Turiner Fiat-Werke mündete, endete damit, daß am „Marsch der 40000" Angestellten, Vorarbeiter und Meister von Fiat. Die FLM-Führung befürchtete, damit seien die politischen Bedingungen für den schon lange angekündigten massiven Polizei-Einsatz gegen die Streikposten vor den Werkstoren erfüllt. Als sie erfuhr, dieser stehe unmittelbar bevor, unterschrieb sie am 17.10. eine Vereinbarung, „um zu retten, was zu retten war": Massenentlassungen wurden verhindert, aber 23000 Arbeiter auf Dauer-Kurzarbeit gesetzt. Die Folgen waren trotzdem verheerend, weil

– der Abschluß dieses Abkommens, wie die FML-Funktionäre heute sagen, von Arbeitern „nicht verstanden" wurde und zur Spaltung zwischen Gewerkschaftsführung und Belegschaften führte; weil

– die Belegschaften gespalten wurden in solche, die weiter arbeiteten, und solche, die mit ihrem Kurzarbeitergeld auf unbegrenzte Zeit zuhause saßen; und weil

– es der Fiat-Führung gelang, die „Freisetzung" der 23000 zu einer gründlichen Säuberung zu nutzen: die seit 12 Jahren fällige Stunde der Abrechnung war gekommen, die militantesten gewerkschaftlichen Kader und Delegierten, Träger unzähliger Kämpfe, wurden aus den Werken entfernt.

Die Einschüchterung war so groß, daß schlagartig die Abwesenheitsrate in den großen Turiner Fiat-Werken von 17 auf 5% sank – eine glänzende Gelegenheit für Fiat, den Arbeitern vor Augen zu führen, wieviele von ihnen plötzlich in jeder Abteilung, an jedem Band „überzählig" waren. Dieser Effekt wurde dadurch verstärkt, daß es nun auch gelang, die Arbeitsintensität drastisch zu erhöhen. Als die FLM Anfang Juni erstmals nach dem Oktober 80 wieder einen Streik in den Fiat-Werken ausrief, lag die durchschnittliche Streikbeteiligung bei 5–8%; gerade in großen Fiat-Werken wie dem Turiner Mirafiori-Werk mit 50000 Beschäftigten, das seit 1980 Vorreiter aller italienischen Gewerkschaftskämpfe war und wo es der Werksleitung im Oktober 1980 gelang, alle Arbeitsgruppen zu zerschlagen, scheiterte er fast vollständig. Die Fiat-Führung erklärte höhnisch, es zeige sich jetzt, daß die Arbeiter „genug haben von der dauernden Konfliktstrategie". Nach intensiver Vorbereitung in vielen Abteilungsversammlungen rief die FLM am 1. Juli erneut zu einem 3stündigen Streik in allen Fiat-Werken auf und versuchte gleichzeitig, die Dauer-Kurzarbeiter vor die Turiner Werkstore zu mobilisieren. Beides gelang halb; während z.B. im Mirafiori-Werk nach FLM-Angaben ca. 30–45% am Streik teilnahmen, versammelten sich vor dem Hauptor etwa 2000 Kurzarbeiter zu einer Kundgebung. Die Turiner FML-Führer sehen hierin die ersten Anzeichen eines gewerkschaftlichen Wiederaufschwungs. Ob es aber gelingt, noch vor Beginn der Fiat-Werksferien, die in diesem Jahr durch 2 Wochen Kurzarbeit verlängert werden, zu einem annehmbaren Unternehmensabkommen zu gelangen, ist ungewiß. Auf längere Sicht, so sagt uns ein Turiner FLM-Sekretär, sehe er den einzigen Ausweg im Kampf für die 35-Stunden-Woche.

Gewerkschaften und Friedensbewegung

Doppelbeschluß Ja oder Nein?

Die Debatte in den Gewerkschaften und einige Fragestellungen, die darüber hinausgehen / Von Michael Ackermann

Die Debatte in den Gewerkschaften um das Eingreifen in die Friedensbewegung hat sich fortentwickelt, aber die Auseinandersetzung wird scheinbar bestimmt durch formale Beschlüsse bezüglich der Abgrenzung von „Krefelder Appell" und anderen Initiativen in der Friedensbewegung. Der kürzlich erfolgte Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, die DGB-Jugend dürfe nicht zur Demonstration der „Aktion Sühnezeichen" aufrufen und an ihr teilnehmen, hat Fronten in dieser Hinsicht verstärkt. Bei einer Enthaltung (Vertreter der GTB-Jugend) hatte der Bundesjugendausschuß den Beschluß gefaßt, an der Demonstration teilzunehmen *unter dem Aufruf des DGB-Bundesjugendausschusses* und diesen in der Demonstration zu vertreten. Jetzt hat der DGB-Landesbezirksjugendausschuß in NRW einstimmig beschlossen an der Demonstration teilzunehmen und den DGB-Bundesvorstand aufgefordert, seinen Beschluß zu überdenken. – Im folgenden soll die begonnene Debatte in den Gewerkschaften skizziert werden.

Die Debatte und Stellungnahme der Gewerkschaften zu Krieg und Frieden hat nicht erst heute begonnen. In den 50iger Jahren haben die Gewerkschaften insgesamt eine Politik des Kampfes gegen den „Kalten Krieg" verfolgt, und seit dem Ende der 60iger Jahre, vor allem nach Antritt der sozial-liberalen Koalition, eine Strategie von „Frieden, Abrüstung und Entspannung". Bis in die 70iger Jahre hinein schien sich diese Politik zu bestätigen, indem auf die Ostpolitik der Bundesregierung verwiesen wurde und insbesondere auf den Umstand, daß es zu Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR kam. Gepocht wurde weiterhin darauf, daß es seit 30 Jahren keinen Krieg mehr in Europa gegeben habe.

Aber die scheinbare Abstumpfung der Widersprüche durch „Entspannung und Abrüstung" wurde durch die Entwicklung der Verhältnisse selber in den letzten Jahren relativiert. Die Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte brachten keine Abrüstung, sondern Aufrüstung. Zusätzlich zog die Sowjetunion gleich und ging daran, die USA zu überholen. Mit Kampuchea und Afghanistan manifestierte sich eine größere Wende in der Weltlage, und Polen hat diese Tendenz nur noch verstärkt. Der NATO-Doppelbeschluß hat in dieser Situation, gerade auf Basis einer vorher propagierten „Entspannungspolitik", auf die demokratischen Kräfte im Lande treibend gewirkt, und eine verstärkte Friedensbewegung hat sich entwickelt. Die Gewerkschaften sind Bestandteil dieser Bewegung, wenn auch vielleicht nicht der demonstrationsfreudigste. Das liegt in der Natur der Sache selber, bei einer Einheitsgewerkschaft, die die Kräfte der Arbeiterbewegung konzentriert und deren Meinungsbildung selber auch immer einen Prozeß bedeutet. Ein Umbruch ist in Gang gekommen, da die bislang vertretenen Positionen durch die reale Entwicklung ins Wanken gekommen sind.

Eindeutige Erklärungen in den Gewerkschaften für oder gegen den Doppelbeschluß der NATO gibt es nicht sehr viele. Die IG Druck und Papier, HBV und die Gewerkschaft Holz und

> *„Und so auch die nukleare Nachrüstung der NATO in Europa überflüssig machen"*
>
> Deutsche Postgewerkschaft

Kunststoff (GHK) nehmen in ihrer Propaganda Stellung gegen die Stationierung der Mittelstreckenrakten, aber nur die *Druck und Papier*, bzw. Detlef Hensche, Chefredakteur der gleichnamigen Zeitung, hat bislang definitv die Aufhebung des Beschlusses gefordert. Seine Argumentation:

„Die eigentliche Wende würden erst die vor der NATO beschlossenen Mittelstreckenraketen bringen. Ihre Besonderheit: sie sind so treffsicher und zielen so tief ins Innere der Sowjetunion, daß sich der atomare Erstschlag ‚lohnt' ...

Mit anderen Worten: an die Stelle der gegenseitigen Abschreckung tritt eine Strategie des vernichtenden Erstschlags; und zwar begrenzt auf Europa ...

Blanke Heuchelei ist es, wenn in diesem Zusammenhang (der Entspannungspolitik, d.Red.) Vorwände wie Afghanistan oder Polen ins Spiel gebracht werden, um die Entspannungspolitik totzusagen.

Die Bundesrepublik ist und bleibt Mitglied der NATO. Doch das kann nicht bedeuten, in Nibelungen-Treue jede Wendung der amerikanischen Politik mitzumachen, bis zur Preisgabe des eigenen Standpunktes! Und unsere Lage gebietet, den Nachrüstungsbeschluß aufzukündigen; im Interesse des Friedens; im Interesse Europas; und im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten. Die Nachrüstung sichert nicht den Frieden, sondern sie vergrößert umgekehrt die Gefahr der sicheren Vernichtung ..." („Druck und Papier", 4.5.81)

Die GHK hat bislang als einzige über einen Kommentar in der „*Holzarbeiterzeitung*" gegen den Vorstandsbeschluß des DGB Stellung genommen, der die Funktionäre der Gewerkschaft auffordert, nicht organisationsfremde Aufrufe zu unterschreiben. In dem Kommentar wird der Erfolg des „Krefelder Appell" betont und daß sich die Menschen heutzutage nicht mehr alles gefallen lassen würden. Für solcherlei Richtlinien gäbe es kein Verständnis. Der Bezirkstag Hessen/Rheinland-Pfalz habe auch schon Protest eingelegt. Aber über diesen Kommentar hinaus wurde in der „Holzarbeiterzeitung" noch nichts über die Friedensbewegung geschrieben. Darin liegt dann ein erheblicher Mangel.

Gegenüber diesen Positionen haben sich die Gewerkschaften ÖTV, Post und IG Chemie mehr in die Richtung geäußert, daß eine einseitige Abrüstung nicht in Frage käme. Der Krefelder Aufruf wird abgelehnt. Sie pochen auf das zu erreichende Gleichgewicht der Kräfte. Aber auch hier gibt es wesentliche Nuancen in der Politik.

Der *ÖTV-Vorstand* hat sich in seinem Beschluß auf die Passage des Grundsatzprogramms bezogen und ist in seiner Konkretisierung nicht darüber hinausgegangen. Gleichzeitig hat er einen Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses für ungeeignet befunden, weil er „in wesentlichen Positionsbestimmungen nicht den Festlegungen der Gewerkschaft ÖTV zur Friedens- und Entspannungspolitik" entspricht und das „Prinzip einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West nicht hinreichend" beachtet. So ganz richtig ist dies aber nicht. In dem Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses werden auch die Aufrüstungsmaßnahmen der SU erwähnt, auch der Einmarsch in Afghanistan (aber nicht definitiv verurteilt), doch bleibt der Beschluß in seinem *Forderungsteil* auf die Abrüstung der NATO beschränkt und bildet die Forderung nach Nichtstationierung der Mittelstreckenraketen den Mittelpunkt. Das war augenscheinlich ausschlaggebend für den Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes.

Gegenüber dieser eher defensiven Politik des ÖTV-Hauptvorstandes geht die Postgewerkschaft in die Initiative. Die „*Deutsche Post*" hat in den letzten fünf Ausgaben eine Debatte begonnen. Auftakt bildete der Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses (siehe KVZ Nr. 18, Seite 11, Wortlaut des Beschlusses), der als „Diskussionsgrundlage begrüßt" wird. Ein Kommentar von Joachim Scherzer vom 20.6.81 versucht das Positive in der Friedensbewegung herauszuarbeiten. Nachdem festgestellt wird, daß die Meinungen in den Gewerkschaften auseinandergehen, führt er im Zusammenhang aus:

„Die Zustimmung (zum NATO-Doppelbeschluß, d.Red.) zurückzuziehen hieße, aus dem Doppelbeschluß der NATO auszusteigen und damit die NATO platzen zu lassen. Dieses aber will die Bundesregierung mit Zustimmung fast des ganzen Deutschen Bundestages mit Recht nicht tun. Das hieße nämlich, unser ganzes System des Gleichgewichts der Abschreckung – das in Europa immerhin seit 1945 jeden Krieg verhindert hat – mit einem Schlag aufzugeben. Insofern ist der Appell unrealistisch. Was wir aber vermeiden sollten, ist, Mitmenschen den Willen zum Frieden abzusprechen, nur weil sie einen anderen Weg gehen wollen, als wir ihn für richtig halten. Manche sind ja nun wirklich lieber rot als tot. Wieder andere sind bereit, einseitig Vorleistungen zu treffen. Pazifisten schließlich gestehen einem bewaffneten Angreifer von vornherein den militärischen Erfolg zu ... Wir dürfen jenen, die den NATO-Doppelbeschluß für überholt halten, genausowenig den Willen zu Frieden und Abrüstung abstreiten wie jenen, die dazu bereit sind, notfalls die Stationierung von Mittelstreckenrakten in Europa hinzunehmen ... Wichtig ist vor allem, daß die deutschen Gewerkschaften sich ihrer Tradition als Friedensbewegung bewußt bleiben. Sie dürfen sich darin von niemand übertreffen lassen. Nein, mehr noch: Gewerkschaften sind radikale Anhänger, ja sogar Antreiber jeder Politik, die gegen Rüstung, Militarismus und Krieg zielt. Deshalb sollten sie auch eigene Aktionen dafür unternehmen.

Zu denken wäre dabei an Veranstaltungen wie einen Friedensmarsch, eine Friedenswoche und den Antikriegstag, vor allem aber auch an eine Unterschriftensammlung. Der Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses oder die entsprechenden Passagen aus der Präambel des neuen Grundsatzprogrammes wären dafür geeignete Grundlagen. Nicht nur junge Leute, alle die vielen, denen der Rüstungswettlauf Grausen einjagt, wollen mit ihrer Unterschrift zum Frieden beitragen."

Der *Beschluß des Hauptvorstandes der DPG* vom 1./2. Juli geht denn auch konsequent diesen Weg:

„1. Der Hauptvorstand der DPG unterstützt die Bemühungen des DGB, gegenüber den Verantwortlichen in Ost und West gemäß den Beschlüssen, wie sie im Grundsatzprogramm und beim DGB-Bundeskongreß gefaßt wurden, für eine schrittweise und kontrollierte Abrüstung in Ost und West einzutreten.

Er unterstützt alle Bemühungen, die politisch Verantwortlichen der USA und der UdSSR an den Verhandlungstisch zu bringen, um Rüstungskontrollen, Rüstungsbegrenzungen sowie wirksame Abrüstungsmaßnahmen zu vereinbaren, die ein annäherndes Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau bewirken *und so auch die nukleare Nachrüstung der NATO in Europa überflüssig machen.*

2. Durch eine umfassende Information – auch über unterschiedliche Standpunkte – der Mitglieder soll eine konstruktive Diskussion zum Thema Frieden, Abrüstung und Entspannung geführt werden.

3. Die Mitglieder der DPG werden aufgefordert, an den Veranstaltungen des DGB teilzunehmen, um damit dem 1. September als Antikriegstag zu entsprechen.

4. Der Hauptvorstand empfiehlt zur einheitlichen Vorgehensweise der DGB-Gewerkschaften, daß der DGB-Bundesvorstand über den 1. September hinausgehend geeignete Aktivitäten zum Thema Frieden, Abrüstung und Entspannung einleitet."

Dieser Beschluß enthält die Elemente einer zukünftigen Debatte, und das macht ihn nützlich für die Entwicklung in den Gewerkschaften.

Nachdem die IG Metall schon auf ihrem Gewerkschaftstag die Stationierung der Mittelstreckenraketen ablehnte (Loderer trat noch dagegen auf), aber nicht direkt die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses forderte, nachdem in der IG Metall zum 1. Mai in einem Artikel zur Friedensbewegung die Parole „Friede dem Frieden, Krieg dem Krieg" ausgegeben wurde, hat *Loderer* jetzt im jüngsten Kommentar der „*Metall*" ausgeführt:

„Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO, der gegenwärtig im Zentrum der Diskussion steht, ist als Reaktion auf die Bedrohung Mittel- und Westeuropas durch sowjetischen Mittelstreckenraketen entstanden, die nicht zuletzt auch auf Ziele in der Bundesrepublik gerichtet sind. Umstritten ist allerdings, ob dieser Beschluß in seinem militärischen Teil, das heißt in der Absicht, ähnliche Waffen auch hier bei uns aufzustellen, wenn Verhandlungen nicht zum Abbau der sowjetischen Raketen führen, eine sinnvolle Reaktion auf die bestehende Bedrohung darstellt, oder ob er gar gegenüber anderen Lösungen die Bedrohung für uns noch verstärkt. Schließlich hat nicht zuletzt auch Helmut Schmidt diese Auffassung in seinen früheren Analysen vertreten. Aber eines bleibt klar: Jeder, der die Bedrohung nur von dieser einen Seite her sieht und sich in seinen Aktivitäten nicht gleichzeitig gegen die Raketenrüstung der anderen Seite wendet, macht sich selbst unglaubwürdig.

Der Atomkrieg darf nicht zur kalkulierbaren Möglichkeit werden. Ganz gleich, wie begrenzt ein solcher Konflikt in diesem Falle geführt würde, die Existenz Mitteleuropas und gerade der Bundesrepublik wäre in höchstem Maße gefährdet."

Hoffnungen werden aber weiterhin gesetzt in Abrüstungsverhandlungen. Wobei in die Diskussion neue Akzente hineinkommen. So hat das *ÖTV-Magazin* in der Nr. 6 neben einem vehementen Befürworter des Doppelbeschlusses Thesen von Carl Friedrich von Weizsächker „zur Kernwaffen-Rüstung" und von Hermann Scheer, MdB und Mitglied des Verteidigungsausschusses, zur „deutschen Friedenspolitik" dokumentiert. In beiden Beiträgen kommt das Streben zum Ausdruck, in den zukünftigen Abrüstungsverhandlungen die Position der europäischen Staaten zu stärken und gleichzeitig eine andere Verteidigungspolitik anzustreben (Weizsäcker: Keine Nutzung der Kernenergie, Schutz der Zivilbevölkerung). Beide wollen als Alternative zur Mittelstreckenraketenstationierung eine Seestationierung dieser Raketen; für Scheer zusätzlich ein Schritt zu einem atomwaffenfreien Mitteleuropa. Natürlich bleiben auch diese Vorschläge gebunden an die „Abrüstungs- und Entspannungsstrategie" und rührt auch keiner an der NATO und der Mitgliedschaft der BRD. Interessanterweise wirft diese Frage aber auch keine Gewerkschaft auf, auch die nicht, die für eine einseitige Abrüstung der NATO eintreten, wie z.B. Detlef Hensche von der Druck und Papier. Wobei hier sowieso mehr eine Abkoppelungspolitik und Anlehnung an die Sowjetunion vorliegt.

Man kann die Stellungnahmen der meisten Gewerkschaften als große Regierungstreue und Stärkungsabsicht der sozial-liberalen Koalition deuten. Das allein ist es aber nicht. Vielmehr sehen die Kräfte keine Alternative zur „Entspannungs- und Abrüstungspolitik", und die Ablösung von den USA und Auskoppelung aus der NATO ist für sie gleichbedeutend mit der Einladung an die UdSSR, ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Deswegen gehen sie auch nicht frontal gegen den Doppelbeschluß. Die offensichtliche Schwäche dieser Position liegt in der fast gänzlichen Bewegungslosigkeit, in der man sitzt. Man bleibt recht schnell auf Appellen und Aufrufen hängen, die sich an die Großmächte richten, und der Druck auf die eigene Regierung geht auch nicht sehr weit, während sich die Kriegsgefahr selber von Tag zu Tag erhöht.

> *„Blanke Heuchelei ist es, wenn Vorwände wie Afghanistan und Polen ins Spiel gebracht werden"*
>
> Detlef Hensche

Ansätze für eine Änderung dieser Lage in den Gewerkschaften sind aber vorhanden. Tatsächlich muß über eine alternative Verteidigungspolitik diskutiert werden, die Stationierung von Mittelstreckenraketen ist ja z.B. auch nicht einfach verrückt. In Loderers Aussagen, die in seinem Kommentar weiter enthalten sind, betont er das Verhältnis „zwischen den Blöcken" und der Dritten Welt. Hierin besteht auch der Boden für eine Debatte der Blockfreiheit der Länder Europas gegenüber einem jetzigen NATO-Bündnis, was auch nicht einfach utopistisch ist. In diesem Zusammenhang stellt sich nämlich die Frage, welche Interessen mehr zusammenrücken, die der Länder der Dritten Welt und der kapitalistischen europäischen Mächte, gegenüber den beiden Supermächten und dem Vordringen insbesondere der SU; oder ob man davon ausgeht, daß die kapitalistischen Mächte einfach an der Seite der USA ihr Los sehen. Jedenfalls ist letzteres erheblich mit Widersprüchen belastet.

Es ist notwendig, daß diese Auseinandersetzung um Alternativen (die gesellschaftliche Mehrheiten bewegen können) in den Gewerkschaften geführt wird. Denn man kann sicher sein, daß der DGB zum 1. September *nicht* die Verurteilung des *NATO-Doppelbeschlusses* beschließen wird. Er wird sich an sein Grundsatzprogramm halten, und wenn es sehr gut läuft, auch an den Beschluß der DGB-Jugend, der die Elemente der genannten Debatte allemal enthält, und hoffentlich gelingt es auch, eine Flexibilität gegenüber stattfindenden Initiativen und Vorschlägen zu erreichen. Wenn der DGB nicht die Verurteilung des Doppelbeschlusses vornimmt, besteht die Gefahr, daß er als konservatives Element in der Friedensbewegung gehandelt wird. Das wiederum würde den Tatsachen nicht entsprechen. Es handelt sich eben nicht einfach um „konservativ" oder „fortschrittlich", sondern um *zu entwickelnde Perspektiven über die Front gegen die Mittelstreckenraketen hinaus.*

Grundsatzprogramm des DGB 1981

Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, ihr Selbstbestimmungsrecht und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen respektieren. Den Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, lehnen die Gewerkschaften ab.

Entspannung, Abrüstung und Frieden haben für die an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik ganz besonderes Gewicht. Deshalb sind alle gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Lande aufgefordert, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen. Dazu gehört der systematische Ausbau einer weltumspannenden Konfliktforschung und Friedensplanung zur frühzeitigen Erkennung und Abwendung von Spannungen.

Der anhaltende Rüstungswettlauf gefährdet zunehmend den Frieden in der Welt. Das gilt auch für die Aufrüstung der Dritten Welt, wo schon lokale Kriegsherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen. Durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben werden darüber hinaus Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders in der Dritten Welt dringend erforderlich sind.

Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.

Die Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetismus und Unterdrückung ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.

bend gewirkt, und eine verstärkte Friedensbewegung hat sich entwickelt. Die Gewerkschaften sind Bestandteil dieser Bewegung, wenn auch vielleicht nicht der demonstrationsfreudigste. Das liegt in der Natur der Sache selber, bei einer Einheitsgewerkschaft, die die Kräfte der Arbeiterbewegung konzentriert und deren Meinungsbildung selber auch immer einen Prozeß bedeutet. Ein Umbruch ist in Gang gekommen, da die bislang vertretenen Positionen durch die reale Entwicklung ins Wanken gekommen sind.

Eindeutige Erklärungen in den Gewerkschaften für oder gegen den Doppelbeschluß der NATO gibt es nicht sehr viele. Die IG Druck und Papier, HBV und die Gewerkschaft Holz und

„Und so auch die nukleare Nachrüstung der NATO in Europa überflüssig machen" Deutsche Postgewerkschaft

Kunststoff (GHK) nehmen in ihrer Propaganda Stellung gegen die Stationierung der Mittelstreckenrakten, aber nur die Druck und Papier, bzw. Detlef Hensche, Chefredakteur der gleichnamigen Zeitung, hat bislang definitv die Aufhebung des Beschlusses gefordert. Seine Argumentation:

„Die eigentliche Wende würden erst die vor der NATO beschlossenen Mittelstreckenraketen bringen. Ihre Be-

tung" noch nichts über die Friedensbewegung geschrieben. Darin liegt dann ein erheblicher Mangel.

Gegenüber diesen Positionen haben sich die Gewerkschaften ÖTV, Post und IG Chemie mehr in die Richtung geäußert, daß eine einseitige Abrüstung nicht in Frage käme. Der Krefelder Aufruf wird abgelehnt. Sie pochen auf das zu erreichende Gleichgewicht der Kräfte. Aber auch hier gibt es wesentliche Nuancen in der Politik.

Der ÖTV-Vorstand hat sich in seinem Beschluß auf die Passage des Grundsatzprogramms bezogen und ist in seiner Konkretisierung nicht darüber hinausgegangen. Gleichzeitig hat er einen Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses für ungeeignet befunden, weil er „in wesentlichen Positionsbestimmungen nicht den Festlegungen der Gewerkschaft ÖTV zur Friedens- und Entspannungspolitik" entspricht und das „Prinzip einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West nicht hinreichend" beachtet. So ganz richtig ist dies aber nicht. In dem Beschluß des ÖTV-Bundesjugendausschusses werden auch die Aufrüstungsmaßnahmen der SU erwähnt, auch der Einmarsch in Afghanistan (aber nicht definitiv verurteilt), doch bleibt der Beschluß in seinem Forderungsteil auf die Abrüstung der NATO beschränkt und bildet die Forderung nach Nichtstationierung der Mittelstreckenraketen den Mittel-

notfalls die Stationierung von Mittelstreckenrakten in Europa hinzunehmen ... Wichtig ist vor allem, daß die deutschen Gewerkschaften sich ihrer Tradition als Friedensbewegung bewußt bleiben. Sie dürfen sich darin von niemand übertreffen lassen. Nein, mehr noch: Gewerkschaften sind radikale Anhänger, ja sogar Antreiber jeder Politik, die gegen Rüstung, Militarismus und Krieg zielt. Deshalb sollten sie auch eigene Aktionen dafür unternehmen.

Zu denken wäre dabei an Veranstaltungen wie einen Friedensmarsch, eine Friedenswoche und den Antikriegstag, vor allem aber auch an eine Unterschriftensammlung. Der Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses oder die entsprechenden Passagen aus der Präambel des neuen Grundsatzprogrammes wären dafür geeignete Grundlagen. Nicht nur junge Leute,

dem Krieg" ausgegeben wurde, hat Loderer jetzt im jüngsten Kommentar der „Metall" ausgeführt:

„Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO, der gegenwärtig im Zentrum der Diskussion steht, ist als Reaktion auf die Bedrohung Mittel- und Westeuropas durch sowjetischen Mittelstreckenraketen entstanden, die nicht zuletzt auch auf Ziele in der Bundesrepublik gerichtet sind. Umstritten ist allerdings, ob dieser Beschluß in seinem militärischen Teil, das heißt in der Absicht, ähnliche Waffen auch hier bei uns aufzustellen, wenn Verhandlungen nicht zum Abbau der sowjetischen Raketen führen, eine sinnvolle Reaktion auf die bestehende Bedrohung darstellt, oder ob er gar gegenüber anderen Lösungen die Bedrohung für uns noch verstärkt. Schließlich hat nicht zuletzt auch Helmut Schmidt diese Auffassung in seinen früheren Analy-

Grundsatzprogramm des DGB 1981

Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, ihr Selbstbestimmungsrecht und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen respektieren. Den Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, lehnen die Gewerkschaften ab.

Entspannung, Abrüstung und Frieden haben für die an der Nahtstelle zweier

„Blanke Heuchelei ist es, wenn Vorwände wie Afghanistan und Polen ins Spiel gebracht werden" Detlef Hensche

tik", und die Ablösung von den USA und Auskoppelung aus der NATO ist für sie gleichbedeutend mit der Einladung an die UdSSR, ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Deswegen gehen sie auch nicht frontal gegen den Doppelbeschluß. Die offensichtliche Schwäche dieser Position liegt in der fast gänzlichen Bewegungslosigkeit, in der man sitzt. Man bleibt recht schnell auf Appellen und Aufrufen hängen, die sich an die Großmächte richten, und der Druck auf die eigene Regierung geht auch nicht sehr weit, während sich die Kriegsgefahr selber von Tag zu Tag erhöht.

Ansätze für eine Änderung dieser Lage in den Gewerkschaften sind aber vorhanden. Tatsächlich muß über eine alternative Verteidigungspolitik diskutiert werden, die Stationierung von Mittelstreckenraketen ist ja z.B. auch nicht einfach verrückt. In Loderers Aussagen, die in seinem Kommentar weiter enthalten sind, betont er das Verhältnis „zwischen den Blöcken" und der Dritten Welt. Hierin besteht auch der Boden für eine Debatte der Blockfreiheit der Länder Europas gegenüber einem jetzigen NATO-Bünd-

Bundeswehr

Soldaten in Hamburg fordern Dienstausgleich und „Rheinländerwochenende"

Eine umfangreiche Untersuchung des „Arbeitskreises Wehrpflichtiger" im DGB über die hohen Dienstzeitbelastungen und die langen Fahrtzeiten

cas.Hamburg. Seit mehreren Jahren existiert in Hamburg der Arbeitskreis Wehrpflichtige im DGB (AKWP). In ihm arbeiten Kollegen aller Einzelgewerkschaften, aber auch unorganisierte Wehrpflichtige und Reservisten mit, um eine gewerkschaftliche Vertretung der Soldaten in den Kasernen aufzubauen. Beim AKWP stehen zur Zeit die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Wehrpflichtigen im Mittelpunkt. Als Hauptpunkt werden die hohe Dienstzeitbelastung und die langen Fahrzeiten der heimatfern versetzten Kollegen behandelt, da Dienstschlußregelungen in jeder einzelnen Kompanie durchgekämpft werden können und auch schon erreicht wurden. Darüberhinaus wird Aufklärung über die Rechte der Wehrpflichtigen und die Pflichten der Vorgesetzten betrieben. Aufgrund der Arbeit des AKWP steht z.B. in den Einberufungsbescheiden nicht mehr, daß der Rekrut Schlösser, Bügel usw. mitbringen muß. Zu solchen „Nebenpunkten" hat der AKWP Materialblätter erstellt, auch bringt der AKWP eine eigene Zeitung heraus, in der interessante Präzedenzfälle angedruckt werden. Materialblätter existieren zu folgenden Themen: Küche, Kantinenfonds, Ausrüstungsgegenstände und wer sie zahlt, Miete. Außerdem hat der AKWP ein eigenes Liederbuch herausgebracht.

Die Forderungen des AKWP sind: Wegfall des Spindappells, Aufhebung des Haarerlasses, freier Ausgang bis zum Wecken, Abschaffung der Formalausbildung. 40-Stunden-Woche für Wehrpflichtige, für jeden Zusatzdienst ein ebensolanger Dienstausgleich, 6 Wochen Jahresurlaub, ein regelmäßiges verlängertes Wochenende für heimatfern stationierte Wehrpflichtige. Auf Dauer ist eine heimatnahe Stationierung anzustreben. Der Wehrsold soll 70% vom Facharbeiterecklohn betragen, als erster Schritt 100 DM mehr, der Sold muß jährlich entsprechend der Inflation erhöht werden, Benzingelderstattung, Selbstkostenpreis in den Mannschaftskantinen, Nulltarif im Nahverkehr. 12 Monate Weiterbeschäftigungspflicht, uneingeschränkte Zurückstellung von Vertrauensleuten, Jugendvertretern, Betriebs- und Personalräten für die gesamte Amtszeit, Zu-

z.B. in den Einberufungsbescheiden nicht mehr, daß der Rekrut Schlösser, Bügel usw. mitbringen muß. Zu solchen „Nebenpunkten" hat der AKWP Materialblätter erstellt, auch bringt der AKWP eine eigene Zeitung heraus, in der interessante Präzedenzfälle angedruckt werden. Materialblätter existieren zu folgenden Themen: Küche, Kantinenfonds, Ausrüstungsgegenstände und wer sie zahlt, Miete. Außerdem hat der AKWP ein eigenes Liederbuch herausgebracht.

Die Forderungen des AKWP sind: Wegfall des Spindappells, Aufhebung des Haarerlasses, freier Ausgang bis zum Wecken, Abschaffung der Formalausbildung. 40-Stunden-Woche für Wehrpflichtige, für jeden Zusatzdienst ein ebensolanger Dienstausgleich, 6 Wochen Jahresurlaub, ein regelmäßiges verlängertes Wochenende für heimatfern stationierte Wehrpflichtige. Auf Dauer ist eine heimatnahe Stationierung anzustreben. Der Wehrsold soll 70% vom Facharbeiterecklohn betragen, als erster Schritt 100 DM mehr, der Sold muß jährlich entsprechend der Inflation erhöht werden, Benzingelderstattung, Selbstkostenpreis in den Mannschaftskantinen, Nulltarif im Nahverkehr. 12 Monate Weiterbeschäftigungspflicht, uneingeschränkte Zurückstellung von Vertrauensleuten, Jugendvertretern, Betriebs- und Personalräten für die gesamte Amtszeit, Zu-
rückstellung aller Jugendlichen, die sich in einer Ausbildung befinden oder eine in Aussicht haben, Vertrauensmänner müssen auch rechtlich eindeutig Interessenvertreter der Mannschaften sein, sie dürfen nur von ihren Wählern absetzbar sein, Bildung von Vertretungen auch über die Kompanie hinaus.

Um die Forderungen nach Dienstausgleich und Rheinländerwochenende mit Fakten zu belegen, hat der Arbeitskreis Ende letzten Jahres eine Fragebogenaktion auf Hamburger Bahnhöfen und in einigen norddeutschen Kasernen durchgeführt. Dabei wurden über 700 Wehrpflichtige aus über 100 Einheiten erfaßt. Die Fragen waren u.a.: wie lang die Heimfahrt dauert, wann die Kollegen zuhause sind, wann sie am Sonntag wieder losfahren, welche Unkosten sie pro Fahrt haben, welche Dienststundenbelastung sie haben, welche Dienstausgleichsregelungen es gibt. Hier nun ein Auszug aus der Broschüre, die der AKWP als Auswertung der Fragebögen herausgegeben hat:

Fahrzeit in Std.	Wehrpflichtige	Fahrzeit in Std.	Wehrpflichtige
0– 1	79	8– 9	13
1– 2	55	9–10	10
2– 3	59	10–11	9
3– 4	85	11–12	8
4– 5	116	12–13	2
5– 6	138	13–14	4
6– 7	45	14–15	3
7– 8	47	15–16	2

Keine Angabe: 8; über 16 Stunden, ohne genauere Angabe: 21.

Wenn am Freitag „normal" Dienstschluß ist, sind die Kollegen teilweise erst in der Nacht oder gar am Samstagmorgen zuhause:

Ankunft	Anzahl	Ankunft	Anzahl
13 Uhr	1	24 Uhr	55
14 Uhr	6	1 Uhr	5
15 Uhr	11	2 Uhr	3
16 Uhr	21	3 Uhr	2
17 Uhr	71	4 Uhr	0
18 Uhr	56	5 Uhr	2
19 Uhr	66	6 Uhr	2
20 Uhr	75	7 Uhr	4
21 Uhr	81	8 Uhr	2
22 Uhr	95	9 Uhr	7
23 Uhr	92	12 Uhr	1

Keine Angabe: 46.

Nicht nur, daß einige Kollegen erst am Samstag zuhause sind, sie müssen auch am Sonntag als erste wieder losfahren: Abfahrt am Sonntag in die Kaserne:

Abfahrt	Anzahl	Abfahrt	Anzahl
7 Uhr	1	16 Uhr	39
8 Uhr	0	17 Uhr	81
9 Uhr	1	18 Uhr	81
10 Uhr	0	19 Uhr	87
11 Uhr	2	20 Uhr	97
12 Uhr	3	21 Uhr	68
13 Uhr	8	22 Uhr	47
14 Uhr	11	23 Uhr	21
15 Uhr	21	24 Uhr	21

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß für viele Kollegen das halbe Wochenende nur aus Bahnfahrt besteht. Kommt jetzt noch ein Dienst am Wochenende, so ist es ganz kaputt. Der AKWP fordert deshalb, daß alle Kollegen so frühzeitig am Freitag Dienstschluß haben müssen, daß sie um 20 Uhr zu Hause sein können. Aber auch daß für jeden zusätzlichen Dienst voller Ausgleich gewährt werden muß. Damit entfällt auch das beliebte Disziplinierungsmittel des Wochenenddienstes.

Um am Freitag schneller zu Hause zu sein, fahren von den 704 Befragten

Nicht nur, daß einige Kollegen erst am Samstag zuhause sind, sie müssen auch am Sonntag als erste wieder losfahren: Abfahrt am Sonntag in die Kaserne:

Abfahrt	Anzahl	Abfahrt	Anzahl
7 Uhr	1	16 Uhr	39
8 Uhr	0	17 Uhr	81
9 Uhr	1	18 Uhr	81
10 Uhr	0	19 Uhr	87
11 Uhr	2	20 Uhr	97
12 Uhr	3	21 Uhr	68
13 Uhr	8	22 Uhr	47
14 Uhr	11	23 Uhr	21
15 Uhr	21	24 Uhr	21

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß für viele Kollegen das halbe Wochenende nur aus Bahnfahrt besteht. Kommt jetzt noch ein Dienst am Wochenende, so ist es ganz kaputt. Der AKWP fordert deshalb, daß alle Kollegen so frühzeitig am Freitag Dienstschluß haben müssen, daß sie um 20 Uhr zu Hause sein können. Aber auch daß für jeden zusätzlichen Dienst voller Ausgleich gewährt werden muß. Damit entfällt auch das beliebte Disziplinierungsmittel des Wochenenddienstes.

Um am Freitag schneller zu Hause zu sein, fahren von den 704 Befragten
131 mit dem Auto. Auffällig ist dabei, daß bei größeren Entfernungen kaum noch Wehrpflichtige mit dem Auto fahren.



Zitat aus der Broschüre des AKWP: „Die bisher genannten Zahlen sind Durchschnittswerte. Die Wirklichkeit sieht immer anders aus. Um die Sache etwas mit Leben zu füllen, wollen wir hier ein Gespräch wiedergeben, das wir mit einem Wehrpflichtigen ... geführt haben.

Du bist z.Z. Kanonier in der Scharnhorst-Kaserne in Lüneburg. Aus welchem Ort kommt Du, und wielange fährst Du gewöhnlich nach Hause?

Ich komme aus Heidelberg/Reichshof, das ist in der Nähe von Gummersbach. Die Fahrtzeit ist immer unterschiedlich.

Was ist bisher die kürzeste und was die längste Fahrtzeit gewesen, und wie lange fährst Du normalerweise?

Normalerweise fahre ich 8½ Stunden. Wenn ich Glück habe, brauche ich 7½ Stunden; das längste ist 16 Stunden.

... wie kommt das?

Das hängt davon ab, ob meine Eltern mich mit dem Wagen vom Bahnhof abholen können.

Und wann bist Du dann jeweils zu Hause?

Wenn sie mich abholen, meist gegen 24 Uhr, wenn nicht, dann erst Samstagvormittag gegen 9 Uhr ...

Fangen wir mal mit der Abfahrt an: Wann ist Dienstschluß bei Euch, und wie kommst Du zum Bahnhof?

Dienstschluß wechselt wöchentlich: 15.30 Uhr, 16.00 Uhr, 17.00 Uhr. Zum Bahnhof fahren wir zu viert mit dem Taxi, das kostet 7,50 DM, also für jeden ca. 2 DM.

Fährt da kein Bus?

Doch, aber selten, und der braucht wesentlich länger, dann ist unter Umständen der Zug weg.

Wie gehts dann weiter?

Erstmal muß man noch 'ne Wartezeit

horst-Kaserne in Lüneburg. Aus welchem Ort kommt Du, und wielange fährst Du gewöhnlich nach Hause?

Ich komme aus Heidelberg/Reichshof, das ist in der Nähe von Gummersbach. Die Fahrtzeit ist immer unterschiedlich.

Was ist bisher die kürzeste und was die längste Fahrtzeit gewesen, und wie lange fährst Du normalerweise?

Normalerweise fahre ich 8½ Stunden. Wenn ich Glück habe, brauche ich 7½ Stunden; das längste ist 16 Stunden.

... wie kommt das?

Das hängt davon ab, ob meine Eltern mich mit dem Wagen vom Bahnhof abholen können.

Und wann bist Du dann jeweils zu Hause?

Wenn sie mich abholen, meist gegen 24 Uhr, wenn nicht, dann erst Samstagvormittag gegen 9 Uhr ...

Fangen wir mal mit der Abfahrt an: Wann ist Dienstschluß bei Euch, und wie kommst Du zum Bahnhof?

Dienstschluß wechselt wöchentlich: 15.30 Uhr, 16.00 Uhr, 17.00 Uhr. Zum Bahnhof fahren wir zu viert mit dem Taxi, das kostet 7,50 DM, also für jeden ca. 2 DM.

Fährt da kein Bus?

Doch, aber selten, und der braucht wesentlich länger, dann ist unter Umständen der Zug weg.

Wie gehts dann weiter?

Erstmal muß man noch 'ne Wartezeit
einrechnen, mal mehr – mal weniger, vielleicht 'ne halbe Stunde. Dann geht es mit dem Zug nach Hannover, dort steige ich in den Intercity um.

Hast Du da auch noch Wartezeit?

Ja, manchmal 'ne Stunde. Mit dem Intercity geht es dann bis Köln, dann wieder umsteigen und weiter nach Gummersbach. Eigentlich müßte ich über Hagen fahren nach Gummersbach, weil die Strecke kürzer ist. Das dauert aber länger und ich müßte dann spätestens um 17 Uhr in Hagen sein, danach gibt's keinen Anschluß mehr.

Und über Köln hast Du immer Anschluß?

Auch nicht. Von Köln fährt der letzte um 20 Uhr nach Gummersbach. Wenn ich den nicht kriege, müssen meine Eltern mich ganz aus Köln abholen. Wir fahren dann ungefähr 'ne halbe Stunde bis nach Hause. Wenn ich in Köln noch Anschluß habe, holen sie mich aus Gummersbach ab, von da fahren wir ca. 20 Minuten.

Da kommt ja einiges an Benzingeld zusammen ...

Ja, nach Köln sind es wohl 70 km von zu Hause, nach Gummersbach ca. 30 km. Und man muß ja das doppelte rechnen, mein Vater fährt ja jedesmal hin und zurück. Und am Sonntag dann nochmal das gleiche Spiel!

Aber Deine Eltern können Dich nicht jedesmal abholen?

Nein. Deshalb ist es schon mal vorgekommen, daß ich die Nacht in Köln verbringen mußte ...

Wann mußt Du am Sonntag spätestens aus dem Haus?

Spätestens um 18 Uhr, ich bin dann um 1 Uhr nachts in der Kaserne. Montag ist um 5.30 Uhr Wecken. Deshalb fahre ich meistens schon um 14 Uhr los, ich bin dann um 22 Uhr in der Kaserne.

Einmal ... saß ich in Uelzen um Mitternacht. Da mußte ich mir ein Taxi nehmen, das hat mich mal eben 50 DM

gibt's keinen Anschluß mehr.

Und über Köln hast Du immer Anschluß?

Auch nicht. Von Köln fährt der letzte um 20 Uhr nach Gummersbach. Wenn ich den nicht kriege, müssen meine Eltern mich ganz aus Köln abholen. Wir fahren dann ungefähr 'ne halbe Stunde bis nach Hause. Wenn ich in Köln noch Anschluß habe, holen sie mich aus Gummersbach ab, von da fahren wir ca. 20 Minuten.

Da kommt ja einiges an Benzingeld zusammen ...

Ja, nach Köln sind es wohl 70 km von zu Hause, nach Gummersbach ca. 30 km. Und man muß ja das doppelte rechnen, mein Vater fährt ja jedesmal hin und zurück. Und am Sonntag dann nochmal das gleiche Spiel!

Aber Deine Eltern können Dich nicht jedesmal abholen?

Nein. Deshalb ist es schon mal vorgekommen, daß ich die Nacht in Köln verbringen mußte ...

Wann mußt Du am Sonntag spätestens aus dem Haus?

Spätestens um 18 Uhr, ich bin dann um 1 Uhr nachts in der Kaserne. Montag ist um 5.30 Uhr Wecken. Deshalb fahre ich meistens schon um 14 Uhr los, ich bin dann um 22 Uhr in der Kaserne.

Einmal ... saß ich in Uelzen um Mitternacht. Da mußte ich mir ein Taxi nehmen, das hat mich mal eben 50 DM
gekostet.

Wenn Du Sonntags um 14 Uhr los mußt, hast Du ja eigentlich nicht mehr viel vom Tag?

Nein, essen und dann geht's los. Viel machen kann man nicht mehr. Alle fünf Minuten guckt man auf die Uhr, ob man schon los muß.

Als richtige Freizeit bleibt da eigentlich nur der Sonnabend. Wie verbringts Du den?

Hauptsächlich mit Pennen. Ich hab auch nicht mehr viel Antrieb, noch viel zu unternehmen.

Und der Kontakt zum Bekanntenkreis?

Ist zusammengebrochen.

Völlig?

Völlig!"

Während seiner jetzigen Kampagne für Rheinländerwochenende und Dienstzeitausgleich hat der AKWP vor vielen Kasernen in und um Hamburg Stände und Flugblattverteilungen gemacht. Einem Kollegen sind von der Bundeswehr alle gewerkschaftlichen Aktivitäten wie Treffen und Verteilen verboten worden. Zur Zeit werden ihm 4 Tage Knast angedroht, weil er in Uniform am 1. Mai demonstriert hat und in seiner Kaserne DGB-Flugblätter verteilt hat. Auch in anderen Kasernen wurden Kollegen in ihrer Arbeit behindert, indem ihnen Treffen mit anderen Wehrpflichtigen, Flugblattverteilen und anderes verboten wurde. Es gibt aber auch Gutes über die „Zusammenarbeit" mit Vorgesetzten zu berichten: als die Bundesbahn den letzten Zug zur Sachsenwald-Kaserne bei Hamburg gestrichen hat, schrieben die Kollegen Leserbriefe an Hamburger Zeitungen, die von allen einschließlich einiger Offiziere unterschrieben wurden. Aufgrund der Aktivitäten wird der Zug wieder eingesetzt werden.

Wer die Broschüre oder die Materialblätter bestellen will, hier die Adresse des AKWP:

zu unternehmen.

Und der Kontakt zum Bekanntenkreis?

Ist zusammengebrochen.

Völlig?

Völlig!"

Während seiner jetzigen Kampagne für Rheinländerwochenende und Dienstzeitausgleich hat der AKWP vor vielen Kasernen in und um Hamburg Stände und Flugblattverteilungen gemacht. Einem Kollegen sind von der Bundeswehr alle gewerkschaftlichen Aktivitäten wie Treffen und Verteilen verboten worden. Zur Zeit werden ihm 4 Tage Knast angedroht, weil er in Uniform am 1. Mai demonstriert hat und in seiner Kaserne DGB-Flugblätter verteilt hat. Auch in anderen Kasernen wurden Kollegen in ihrer Arbeit behindert, indem ihnen Treffen mit anderen Wehrpflichtigen, Flugblattverteilen und anderes verboten wurde. Es gibt aber auch Gutes über die „Zusammenarbeit" mit Vorgesetzten zu berichten: als die Bundesbahn den letzten Zug zur Sachsenwald-Kaserne bei Hamburg gestrichen hat, schrieben die Kollegen Leserbriefe an Hamburger Zeitungen, die von allen einschließlich einiger Offiziere unterschrieben wurden. Aufgrund der Aktivitäten wird der Zug wieder eingesetzt werden.

Wer die Broschüre oder die Materialblätter bestellen will, hier die Adresse des AKWP:
Deutscher Gewerkschaftsbund, Jugendbildungsreferat, Udo Lindhorst, Arbeitskreis Wehrpflichtige, 2000 Hamburg 1, Besenbinderhof 56, Tel.: 040/28 58-243

Informationen über die dänische Soldatenbewegung

bag.Aarhus. Seit 1950 haben die dänischen Soldaten eine ständige Senkung der Zahl der Wehrpflichtigen und der Dienstzeit durchsetzen können.

Jahr	Soldaten	Wehrpflicht
1951	19000	18 Monate
1954	16000	16 Monate
1960	13000	14 Monate
1969	–	12 Monate
1973	8500	9 Monate

Die letzten Zahlen gelten bis heute.

Gleichzeitig mit der Abnahme der Freiwilligen fand jedoch eine Zunahme des Berufsheeres statt. 1975 waren es 15000.

Die Zahl der Militärdienstverweigerer nahm von 1,8% im Jahre 1965 auf 11,2% 1973 zu.

Seit 1975 werden Wehrpflichtige per Los zum Wehrdienst eingezogen. Rund 40% ziehen dabei eine „Freinummer", d.h. sie werden nicht eingezogen.

Am 1.4.76 wurde auf Forderungen der Soldatenbewegung ein sogenannter „Soldatenlohn" eingeführt. Er beträgt zur Zeit 5990 Kronen, wovon ca. 40% Lohnsteuer abgehen. Die Soldaten fordern eine Erhöhung dieses Lohns entsprechend dem Lohn eines ungelernten Arbeiters, der zur Zeit 7800 Kronen beträgt. Bei einer Umfrage im September 1980 gaben 64% der Soldaten an, daß sie weniger Geld als den früheren Lohn bei der Einberufung bekamen und deshalb zum Teil verschuldet waren. Das Essen in der Kaserne kostete im Oktober 1980 43 Kronen pro Tag. Darüber hinaus haben die dänischen Soldaten jedoch schon seit langem freie Beförderung in allen öffentlichen Verkehrsmitteln durchgesetzt.

Die dänischen Wehrpflichtigen sind seit einigen Jahren im Prinzip nicht mehr kaserniert. Wird man einem Standort in der Nähe seines Wohnorts zugeteilt, kann man jeden Tag um 16 Uhr die Kaserne verlassen und den Dienst erst wieder um 8 Uhr am nächsten Tag beginnen und zwar nur montags bis freitags; die Wochenenden sind grundsätzlich frei. Im Prinzip jedenfalls. Es kommen nämlich in der Wirklichkeit häufig Wachdienste und Übungen dazu, so daß die reale Arbeitszeit nach Berechnungen des geschäftsführenden Ausschusses der Wehrpflichtigen Ende 1980 48 Stunden 30 Minuten betrug; im Heer 51 Stunden und 15 Minuten, in der Marine 38 Stunden und 20 Minuten. Seit 1979 fodern die dänischen Wehrpflichtigen die reale 40-Stundenwoche, u.a. über die Forderung nach 1 freien Tag pro Manövertag.

Mindestens 70% der dänischen Wehrpflichtigen stammen aus der Arbeiterklasse. Zitat aus einer Extranummer der linksliberalen Zeitung „Information" vom Februar 1980: „Deshalb vergleichen die Soldaten spontan ihre Arbeitsbedingungen in der Armee mit dem Verhältnissen in den Betrieben ... Die Wehrpflichtigen wollen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Übereinstimmung mit den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt bringen. Das wird sowohl die Soldaten- als auch die Arbeiterbewegung stärken, sagen sie."

Seit Frühjahr 1980 steht die dänische Soldatenbewegung deshalb auch in engem Kontakt mit dem Gewerkschaftsbund, um die eventuelle Gründung einer eigenen Soldatengewerkschaft, auf jeden Fall aber eine engere Zusammenarbeit zwischen Soldaten- und Arbeiterbewegung zu beraten. Der Spezialarbeiterverband (SID) als größte Industriegewerkschaft innerhalb des dänischen Gewerkschaftsbundes stützt die Forderungen der Wehrpflichtigen nach der realen 40-Stundenwoche und der Erhöhung des Soldatenlohns auf den Lohn der ungelernten Arbeiter.

Die Organisation der Wehrpflichtigen selbst sieht seit 1969 folgendermaßen aus:

Je eine Gruppe von 30 Mann wählt einen Sprecher. Diese Sprecher wählen mehrere Landessprecher, die wiederum einen sogenannten geschäftsführenden Ausschuß von 6 Mann wählen. Das System wurde damals vom Verteidigungsministerium gutgeheißen, weil man sich davon „Integration durch Zusammenarbeit" versprach. Es wurde jedoch zu einem Kampfinstrument der Soldatenbewegung. Die 6 Mann des geschäftsführenden Ausschusses stehen in der Regel weit links von der Sozialdemokratie. Das Ministerium hat mehrmals versucht, „allzu aktive" Sprecher aus der Armee zu entlassen oder ihnen den Zutritt zu den Kasernen zu verwehren. (Der geschäftsführende Ausschuß ist nämlich ganztags in einem Büro des Verteidigungsministeriums bzw. auf Inspektion, um sich die Klagen der Soldaten zu notieren.) Auch wird immer wieder versucht, die Post an den Ausschuß zu öffnen, Unterschriftensammlungen zu verbieten und die eigene Zeitung der Wehrpflichtigen, „Kanonen", die seit einem Jahr neben der Zeitung des Verteidigungsministeriums, „Soldaten", erscheint, zu zensieren.

Monika Maron: „Flugasche“

ror.Berlin. Josefa Nadler ist Journalistin bei der Illustrierten Woche und erhält den Auftrag, über B., gemeint ist wohl Bitterfeld, eine Reportage zu schreiben. Die Reportage wird nicht erscheinen. „B. ist die dreckigste Stadt Europas“ so beginnt der Bericht, den J. Nadler schreibt.

Bei dem Roman Flugasche von Monika Maron handelt es sich aber um mehr, als eine Anklage gegen die Zensur. Es handelt sich auch um eine Kritik der Verhältnisse der DDR, die der Zensur unterzogen werden. Was sie kritisiert, ist nicht nur der Zwang für die Journalisten, sondern die sytematische Verbreitung der Unwahrheit. Monika Maron weiß, wovon sie schreibt. Sie selber war als Journalistin der Illustrierten Woche angestellt, ist gekündigt worden und arbeitet heute als freie Journalistin in der DDR.

Sie kann es nicht ab, daß über B. nichts anderes in den Medien zu erfahren ist, als das Neueste aus dem Kulturpalast, die vorfristige Planerfüllung und noch mehr ausgezeichnete Arbeiter, aber „nichts über das Kraftwerk, keine Worte von den Aschekammern, die das Schlimmste sind“.

Die Reportage wird nicht veröffentlicht, die Reporterin höchstnotpeinlichen Verhören unterzogen, kleinlichsten Kritiken und letztlich aus der Partei ausgeschlossen.

Unterstützung findet sie nur bei einer in der Zeitung einflußreicheren Kollegin und denen, über die sie berichten will.

Daß es Zensur in der DDR gibt, daß nicht geschrieben werden darf, was nicht sein darf, das ist nicht neu. Frau Maron ist es aber gelungen, dem Leser des Buchs einen Eindruck zu vermitteln, wie der sogenannte Überbau, in diesem Fall die Journalisten, funktionieren. Wie die eigentlich berufsmäßigenPropagandisten, durch ein System von Selbstzensur, Überzeugung, Bejahung der Verhältnisse, Kontrolle durch die SED und letzten Endes Zensur gefangen, arbeiten und leben. Es gelingt ihr, mit einfachen sprachlichen Mitteln, eine spannungsvolle Chronologie zu schreiben. Die exakte Schilderung der Beweggründe der handelnden Personen, wo die einen durch ihre Erfahrungen unter dem Faschismus und den ersten Jahren des Aufbaus der Volksdemokratie heute positiv zu den Verhältnissen stehen, die sich durchlavieren, auch kritisch zu den Verhältnissen stehen, aber wo Staatstreue und Parteitreue immer wieder über die Wahrheit siegen, und die anderen, die giftigen, feigen, privileg- und machtgierenden Bürokraten, zeigt dem Leser, daß die DDR mehr zusammenhält als die Mauer drumherum.

Vor allem die Auseinandersetzung über das notwendige Maß der Selbstzensur, der Einsicht in die notwendige Selbstdisziplinierung, verdeutlichen die Situation, aber auch das Dilemma der Journalisten (und sicherlich nicht nur der Journalisten) in der DDR.

Josefa Nadler sieht es so: „Das schlimmste ist, sie haben uns soviel über Revolutionen erzählt, daß ein Leben ohne Revolution ganz sinnlos erscheint. Und dann tuen sie so, als sei für uns keine übrig geblieben, als hätten alle Revolutionen der deutschen Geschichte bereits stattgefunden. Die letzte war ihre. Wir dürfen noch den Staub beiseite kehren, der dabei aufgewirbelt wurde. Eure Revolution ist die Verteidigung der Errungenschaften sagen sie, und machen uns zu Museumswärtern.“

ror.Berlin. Die Pressegesetzgebung der DDR regelt nicht nur, daß die Presseerzeugnisse im Einklang mit den Gesetzen der DDR stehen müßten, sondern hat dem vorgeschaltet strenge Regelungen, ob jemand eine Zeitung überhaupt herausbringen darf.

Die Presse der DDR ist Lizenzpresse. Über die Vergabe der Lizenz entscheidet das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates. Eine Erlaubnis wird erteilt, wenn „der Charakter des Presseerzeugnisses den Gesetzen der DDR entspricht“ und „im Rahmen des Volkswirtschaftsplans die erforderlichen Kontingente zur Herstellung zur Verfügung stehen“. (VO über die Herausgabe von Presseerzeugnissen vom 12.4.1962.) Dies gilt für alle Wochen- und Tageszeitungen, örtlichen Mitteilungsblätter und Kulturspiegel, aber auch für Kreis- und Betriebszeitungen.

Das Presseamt erhielt 1963 seinen Namen, vorher hieß es Amt für Information, und davor war es die Zensur-

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesens stehen. Hiermit erreicht die Zensur auch die Auslandspresse, nur wird hier halt gleich der Leser zensiert.

Die auflagenstärksten Zeitungen der DDR: Neues Deutschland (über 1 Mio.), 14 Bezirkszeitungen der SED in 218 Kreisen mit Lokalseiten (4,7 Mio), die Tageszeitungen der Blockparteien, CDU (40000), LDPD (40000), NDPD (55000), die Zeitung der FDJ (900000), die Gewerkschaftszeitung Tribüne (900000). An größeren Wochenzeitungen: Horizont, Wirtschaft, Sonntag, Wochenpost, FF-Dabei. 1977 erschienen 31 Wochenzeitungen mit einer Gesamtauflage von 8,7 Mio. Exemplaren.

Liest man zwei DDR-Tageszeitungen, weiß man nach der ersten, was in der anderen steht. Dies obwohl es offiziell keine Zensur gibt. Dies liegt nicht nur an der Bedienung der Zeitung durch ADN und die ausrichtenden Bulletins des Presseamtes und deren

ner in der Zeitung einflußreicheren Kollegin und denen, über die sie berichten will.

Daß es Zensur in der DDR gibt, daß nicht geschrieben werden darf, was nicht sein darf, das ist nicht neu. Frau Maron ist es aber gelungen, dem Leser des Buchs einen Eindruck zu vermitteln, wie der sogenannte Überbau, in

für uns keine übrig geblieben, als hätten alle Revolutionen der deutschen Geschichte bereits stattgefunden. Die letzte war ihre. Wir dürfen noch den Staub beiseite kehren, der dabei aufgewirbelt wurde. Eure Revolution ist die Verteidigung der Errungenschaften sagen sie, und machen uns zu Museumswärtern.“

ror.Berlin. Die Pressegesetzgebung der DDR regelt nicht nur, daß die Presseerzeugnisse im Einklang mit den Gesetzen der DDR stehen müßten, sondern hat dem vorgeschaltet strenge Regelungen, ob jemand eine Zeitung überhaupt herausbringen darf.

Die Presse der DDR ist Lizenzpresse. Über die Vergabe der Lizenz entscheidet das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates. Eine Erlaubnis wird erteilt, wenn „der Charakter des Presseerzeugnisses den Gesetzen der DDR entspricht“ und „im Rahmen des Volkswirtschaftsplans die erforderlichen Kontingente zur Herstellung zur Verfügung stehen“. (VO über die Herausgabe von Presseerzeugnissen vom 12.4.1962.) Dies gilt für alle Wochen- und Tageszeitungen, örtlichen Mitteilungsblätter und Kulturspiegel, aber auch für Kreis- und Betriebszeitungen.

Das Presseamt erhielt 1963 seinen Namen, vorher hieß es Amt für Information, und davor war es die Zensurbehörde der sowjetischen Besatzungsmacht. Neben dieser Zensurbehörde hat sich die Regierung das staatliche Presse- und Vertriebsmonopol vorbehalten. Ausländische und inländische Erzeugnisse dürfen nur vertrieben werden, wenn sie auf der Postzeitungsliste des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesens stehen. Hiermit erreicht die Zensur auch die Auslandspresse, nur wird hier halt gleich der Leser zensiert.

Die auflagenstärksten Zeitungen der DDR: Neues Deutschland (über 1 Mio.), 14 Bezirkszeitungen der SED in 218 Kreisen mit Lokalseiten (4,7 Mio), die Tageszeitungen der Blockparteien, CDU (40000), LDPD (40000), NDPD (55000), die Zeitung der FDJ (900000), die Gewerkschaftszeitung Tribüne (900000). An größeren Wochenzeitungen: Horizont, Wirtschaft, Sonntag, Wochenpost, FF-Dabei. 1977 erschienen 31 Wochenzeitungen mit einer Gesamtauflage von 8,7 Mio. Exemplaren.

Liest man zwei DDR-Tageszeitungen, weiß man nach der ersten, was in der anderen steht. Dies obwohl es offiziell keine Zensur gibt. Dies liegt nicht nur an der Bedienung der Zeitung durch ADN und die ausrichtenden Bulletins des Presseamtes und deren Verhackstückung in der Presse, sondern auch sehr an der Kontrolle durch die SED-Betriebsgruppen. Die nämlich unterliegen einer Zensur durch die höheren Ebenen. Wie es funktioniert, ist dem Roman „Flugasche“ sehr gut zu entnehmen.

Fernsehvorschau

„Der eiskalte Engel“

Der Film von Jean-Pierre Melville – bekannt durch seine zumeist unterkühlten, düsteren und doch beeindruckenden Gangsterstudien – schildert die letzten Wochen eines professionellen Killers (Alain Delon), der zwischen die Fronten von Auftraggeber und Polizei gerät. – Das rororo-Film-Lexikon: „Auf ihre essentielle Einsamkeit, die das zentrale Motiv dieses Films ist, weist das vorangestellte Bushido-Motto hin: ‚Es gibt keine größere Einsamkeit als die eines Samurei, es sei denn die eines Tigers im Dschungel.‘ Diese Einsamkeit bedingt, daß sie ihre Existenzberechtigung verlieren, wenn sie ihren Beruf nicht mehr ausüben können; indem der Film genau diese Situation nüchtern und ständig auf ihre Unvermeidlichkeit verweisend durchspielt, gewinnt er Züge einer klassischen Tragödie. Die Virtuosität, mit der Melville das Interesse und die Gefühle der Zuschauer allein durch die Perfektion des Dargestellten wie der Darstellung lenkt, macht seinen konsequentesten und stilisiertesten Film auch zu seinem ergreifendsten.“

Sonntag, 26.7., 22.00 Uhr im ZDF

„Die Abfahrer“

Einer der ersten „neuen deutschen“ Filme, die sich der Thematik des individuellen „Abhauens“, der Flucht aus dem Alltag annahmen, wurde 1978 von Adolf Winkelmann gedreht. Seine Fastfortsetzung „Jede Menge Kohlen“ läuft gerade in den Programmkinos. Auch hier das Aussteigen eines Einzelnen im Mittelpunkt. Erfolg hat er mit beiden Filmen. – Ein Kritiker schrieb 1979: „Die Story ist einfach, manchmal zu einfach – scheint es. Doch daß ein bundesdeutscher Film sich mit Realitäten wie Arbeitsplatzvernichtung, Werkstillegung und moralischer Demoralisierung durch Arbeitslosigkeit befaßt, ist Winkelmanns Verdienst.“ Nun ist das wohl ein bißchen übertrieben, denn es gab auch schon vorher einige Fernsehspiele, die Arbeitslosigkeit usw. behandelten. Richtig ist, daß hier erstmals zusammen mit anderen Filmen, wie „Schluchtenflitzer“ und „Nordsee ist Mordsee“ das individuelle Ausrasten und Ausflippen als selbstverständlich gezeigt werden. Und noch eine Neuerung, wie der „Spiegel“ 1979 feststellt: „... Der Film lebt aus dem Jargon des Ruhrgebiets ...“ – Die Musik: von den „Schmetterlingen“.

Mittwoch, 29.7., 21.00 Uhr im ARD

„Sie sind zu absolut“, sagte der Genosse

Der kleine Mann hinter dem Schreibtisch mustert mich mit traurigen Eulenaugen hinter dicken Brillengläsern, als ich ihm sage, ich wolle über den Dreck in B. schreiben und über die Leute, die darin leben. Alfred Thal ist Pressebeauftragter des Direktors. (...)

Hätte ich nach dem Kollegen Soundso, Ordensträger, verlangt, wäre er sicher nicht erstaunt gewesen. Das passiert ihm jeden Tag, wenn meine Kollegen von Presse, Funk und Fernsehen auf der Suche nach dem Neuen in sein verwinkeltes Zimmerchen gelangen. Der Kollege Soundso kommt ihnen gerade recht. (...)

Nein ich werde den Kollegen Soundso verschonen.

Alfred Thal wiegt den Kopf. Selbst wenn er lächelt, sieht er traurig aus. „Sie können ins alte Kraftwerk gehen, sehen sie dahinten die vier Schornsteine, das ist es. Da kommt der Dreck her. Wir sollten längst ein neues haben, aber irgendwie waren die Mittel nie da. Und wenn sie da waren, ist woanders ein Kraftwerk zusammengebrochen. Dann haben die ein neues gekriegt, und wir haben unser altes behalten. Nun kriegen wir ja ein neues auf Erdgasbasis.“ In Thals Stimme schwingt ein zynischer Ton.

„Wann“? frage ich.

„In einem halben Jahr soll es fertig sein,



Das Photo zeigt Rolf Stieler. Er arbeitet in einem Betrieb des Kombinats Bitterfeld. Eine ganze Seite widmet ihm die Wochenpost vom 30.1.81 unter dem Titel „Mit Feingefühl für einen Koloß“, und der Artikel endet: „Heute dehnt sich an ihrer Stelle ein künstlicher See, das neue Nahrerholungszentrum der Bitterfelder. Am Ufer wachsen schon Bäume.“

aber wer weiß. Haben sie die Baustelle nicht gesehen? Das große hellblaue Gebäude.“ Thal kichert. „Hellblau war eine Empfehlung der Landschaftsgestallter. Wenn wir schon keinen blauen Himmel haben, dann bauen sie uns wenigstens ein himmelblaues Kraftwerk –“

„Und dann hört das auf mit dem Ruß?“ Thal lacht, ohne dabei seine gelben Zahnstummel zu entblößen. Aber lachen ist nicht

Variante, falls mir selbst Zweifel kommen sollten an dem Sinn der ungegliederten Schilderung meiner Erlebnisse in B.

Erst als ich den letzten Satz geschrieben hatte, wußte ich, daß ich nichts anderes mehr schreiben konnte über B. Ich hätte zuerst die halbe Wahrheit sagen müssen, um danach noch Lust auf die ganze zu haben. Aber nachdem ich geschrieben hatte, was mir als die ganze Wahrheit erschien, war ich



Das Photo zeigt Rolf Stieler. Er arbeitet in einem Betrieb des Kombinats Bitterfeld. Eine ganze Seite widmet ihm die Wochenpost vom 30.1.81 unter dem Titel „Mit Feingefühl für einen Koloß“, und der Artikel endet: „Heute dehnt sich an ihrer Stelle ein künstlicher See, das neue Nahrerholungszentrum der Bitterfelder. Am Ufer wachsen schon Bäume.“

aber wer weiß. Haben sie die Baustelle nicht gesehen? Das große hellblaue Gebäude.“ Thal kichert. „Hellblau war eine Empfehlung der Landschaftsgestallter. Wenn wir schon keinen blauen Himmel haben, dann bauen sie uns wenigstens ein himmelblaues Kraftwerk –“

„Und dann hört das auf mit dem Ruß?“ Thal lacht, ohne dabei seine gelben Zahnstummel zu entblößen. Aber lachen ist nicht der richtige Ausdruck für seinen spitzen Mund und das ironische Glitzern in seinen Augen. Er kostet seinen Vorteil aus, wartet ab, bis ich Ungeduld zeige.

„Der bleibt“, sagt Thal, spitzt wieder seinen Mund und freut sich, weil ich überrascht bin. In seinem grinsenden Schweigen liegt die Herausforderung. Ich soll weiterfragen, freiwillig erzählt er nichts.

„Warum“, frage ich.

„Wer sagt das?“

Thals Grinsen wird breit. Er macht eine Faust, stellt den Daumen senkrecht und zeigt mit ihm nach oben, wobei er den Blick an die Decke richtet, was wohl heißen soll: ganz oben. (...)

In zwei Stunden fährt mein Zug, und ich bin froh, B. verlassen zu können. Mir ist, als hätte ich einen Schlag vor den Kopf bekommen, jetzt ist mir schwindlig, ich muß ausruhen und nachdenken, das vor allem, nachdenken. Der Gedanke an Thals Lächeln, das beim Abschied um seinen Mund zu finden sein wird, läßt Peinlichkeit in mir aufkommen. Er wird mich entlassen wie meine Kollegen, die vor mir hier waren, die ähnlich betroffen und erschüttert abgefahren sind wie ich. Thal glaubt zu wissen, was ich schreiben werde, und er wird lächeln. (...)

•

Als ich kam, war Louise nicht in ihrem Zimmer. Zwei Tage hatte ich an dem Manuskript geschrieben, ohne Unterbrechung von morgens bis abends, obwohl es noch eine Woche war bis zum Abgabetermin. Aber ich wollte noch Zeit haben für eine zweite Variante, falls mir selbst Zweifel kommen sollten an dem Sinn der ungegliederten Schilderung meiner Erlebnisse in B.

Erst als ich den letzten Satz geschrieben hatte, wußte ich, daß ich nichts anderes mehr schreiben konnte über B. Ich hätte zuerst die halbe Wahrheit sagen müssen, um danach noch Lust auf die ganze zu haben. Aber nachdem ich geschrieben hatte, was mir als die ganze Wahrheit erschien, war ich unfähig, ein vernünftiges Maß an Unwahrheit zu finden. Ich wollte es so schnell wie möglich perfekt machen, wollte keinen Spielraum lassen für kleinmütige Grübeleien über eine Entscheidung, die ich als endgültig betrachtete.

Am anderen Morgen um acht fuhr ich in die Redaktion, und als ich kam, war Louise nicht da. Nur ihre Handtasche stand neben dem Stuhl und auf dem Schreibtisch die kleine braune Teekanne. Ich legte das Manuskript daneben und schrieb auf einen Zettel: „Komme in zwei Stunden wieder und bin auf alles gefaßt. Sei du es bitte auch, bevor du es liest. J.“

•

Der Mann der vor dem Paternoster stand, kam Josefa einige Schritte entgegen. „Sind sie die Genossin Nadler von der Illustrierten Woche?“ Der Mann stellte sich als der zuständige Genosse vor, sagte, es sei schwer für einen Besucher, sich in diesem monströsen, furchteinflößenden Haus zurechtzufinden. Darum würde er seine Besucher am Paternoster abholen, denn nur das Haus sei furchteinflößend, nicht seine Bewohner. Er lachte, Josefa lachte auch. (...) Der zuständige Genosse bat seine Sekretärin, sie möge doch Kaffee aus der Kantine holen, zwei oder drei Tassen, ganz wie es ihr beliebe. (...) Er wurde ernst. „Und sie machen unserem Genossen Strutzer solchen Kummer?“ fragte er. (...)

Ich glaube nicht, daß ich dem Genossen Strutzer mehr Kummer mache als er mir“, sagte Josefa. Sie lächelte auch, um sich den Ausweg in den Scherz vorzubehalten, falls der Genosse die Antwort als anmaßend empfinden würde. Aber er schien eher Gefallen an Josefas respektloser Äußerung zu finden. Er lachte und fragte, ob sie vielleicht einen Kognak zum Kaffee trinken wollte. Er holte den Schnaps, goß zwei Gläser voll und gab ein Glas Josefa.

„Aber Spaß beiseite“, sagte er, „ich habe ihren Artikel gelesen. Ich möchte,“ sagte der zuständige Genosse, „daß Sie unsere Entscheidung verstehen.“ Ihm hätte die Reportage gut gefallen, sagte er, Leidenschaft und Engagement hätte er deutlich gespürt, auch sachlich seien ihm keine Unrichtigkeiten aufgefallen. Das alles hätte ihn, das müsse er einmal so sagen, sehr für Josefa und ihre Arbeit eingenommen. (...)

Er wünscht sich, sagte er jetzt, es würden alle Journalisten so ehrlich und kämpferisch für die Sache eintreten. Er sagte „unsere Sache“.

Demzufolge wünsche er, sagte Josefa, unbedrucktes Papier statt Zeitungen austragen zu lassen.

Der Genosse nickte zufrieden. Mit dieser Bemerkung, sagte er, offenbare Josefa einen wesentlichen Fehler. „Sie sind zu absolut“, sagte der Genosse, „zu jeder Zeit gibt es im Klassenkampf ein taktisches und ein strategisches Ziel ...

Darum, Genossin Nadler, ringe ich, und jetzt muß ich doch du sagen, um dein Verständnis.“

Von allen Worten, die der zuständige Genosse gesagt hatte, blieb in Josefa nur das Wort Verständnis haften, weitete sich aus. Verständnis sollte sie haben. Sie hatte den Anarchisten verstanden und Thal, vor allem Hordiwitzka hatte sie verstanden. Jetzt sollte sie den Genossen verstehen. Zu viel Verständnis ist schlecht. Ein Verständis hebt das andere auf. So viel Verständnis konnte sie nicht ertragen.

finden. Er lachte und fragte, ob sie vielleicht einen Kognak zum Kaffee trinken wollte. Er holte den Schnaps, goß zwei Gläser voll und gab ein Glas Josefa.

„Aber Spaß beiseite“, sagte er, „ich habe ihren Artikel gelesen. Ich möchte,“ sagte der zuständige Genosse, „daß Sie unsere Entscheidung verstehen.“ Ihm hätte die Reportage gut gefallen, sagte er, Leidenschaft und Engagement hätte er deutlich gespürt, auch sachlich seien ihm keine Unrichtigkeiten aufgefallen. Das alles hätte ihn, das müsse er einmal so sagen, sehr für Josefa und ihre Arbeit eingenommen. (...)

Er wünscht sich, sagte er jetzt, es würden alle Journalisten so ehrlich und kämpferisch für die Sache eintreten. Er sagte „unsere Sache“.

Demzufolge wünsche er, sagte Josefa, unbedrucktes Papier statt Zeitungen austragen zu lassen.

Der Genosse nickte zufrieden. Mit dieser Bemerkung, sagte er, offenbare Josefa einen wesentlichen Fehler. „Sie sind zu absolut“, sagte der Genosse, „zu jeder Zeit gibt es im Klassenkampf ein taktisches und ein strategisches Ziel ...

Darum, Genossin Nadler, ringe ich, und jetzt muß ich doch du sagen, um dein Verständnis.“

Von allen Worten, die der zuständige Genosse gesagt hatte, blieb in Josefa nur das Wort Verständnis haften, weitete sich aus. Verständnis sollte sie haben. Sie hatte den Anarchisten verstanden und Thal, vor allem Hordiwitzka hatte sie verstanden. Jetzt sollte sie den Genossen verstehen. Zu viel Verständnis ist schlecht. Ein Verständis hebt das andere auf. So viel Verständnis konnte sie nicht ertragen.

Hodriwitzka ist tot, sagte sie, er kann keinen Brief mehr schreiben. Einer muß es schreiben.

Der Roman durfte in der DDR nicht erscheinen, bei uns ist er bei Fischer erschienen. (Nr.2317)